

5144

Ost- EUROPA MARKT

19. Jahrgang

Heft 9/10

September/Oktober 1939

Zeitschrift des Wirtschaftsinstituts für die Oststaaten
Königsberg (Pr) / Berlin
Herausgeber: Hans Jonas
Ost-Europa-Verlag, Königsberg (Pr) / Berlin W. 35

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Jahrgang 19, Heft 9/10

September/Oktober 1939

	Seite
Die Industrie in Posen und Westpreußen. Von Dr. Imma Swart	418
Die Wirtschaft Danzig-Westpreußens. Entwicklungsmöglichkeiten in der groß- deutschen Volkswirtschaft. Von Edgar Sommer, Danzig	424
Die Bedeutung der ost-oberschlesischen Industrie für die deutsche Wirtschaft. Von Werner Brzezinka	431
Litauens Wirtschaft unter der Einwirkung des Krieges. Von Dr. A. Scholz, Kaunas	440
Pflanzenzüchterische Fortschritte in Mandschukuo. Von Johann Newel, Mukden	443
Osteuropäische Wirtschaftsbriefe	449
Aktuelle Fragen der lettischen Außenwirtschaft. Von W. I.	
Die Auswirkungen des Krieges auf die Wirtschaft Estlands. Von H. von Schulmann, Reval.	
Osteuropäische Wirtschaftschronik	457
Osteuropäische Messen und Ausstellungen	469
Osteuropäische Märkte und Preise	469
Aus den osteuropäischen Fachzeitschriften	471
Osteuropäische Wirtschaftsliteratur	471

Die monatlich erscheinende Zeitschrift „Ost-Europa-Markt“ kostet vierteljährlich RM 4.—, Einzelheft RM 1.50. Für das Ausland RM 3.—, Einzelheft RM 1.10.

Herausgeber: Konsul Hans Jonas.

Schriftleitung und Verlag: Königsberg (Pr), Adolf-Hitler-Straße 6/8. Fernruf: Sammelnummer 344 22. Bankkonto: Stadtsparkasse, Königsberg (Pr), Stadthaus. Postscheckkonto: Königsberg 16 675

Die Deutsche Wirtschafts- wissenschaftliche Gesellschaft

hat sich bei ihrer Begründung der Öffentlichkeit vorgestellt mit dem Versprechen, die verschütteten großen und wertvollen Überlieferungen der deutschen Wirtschaftswissenschaft und ihrer seitherigen Vereinigungen zu neuem Leben zu erwecken, Theorie und Wirtschaftspraxis zu der notwendigen, das Leben gestaltenden Synthese zu vereinigen und die deutsche Wirtschaftswissenschaft zu erneuern. Sie erstrebt weiterhin, schöpferische Kräfte aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung zu fruchtbarer Gemeinschaftsarbeit zusammenzuführen und auch die Beziehungen zu ausländischen führenden Vertretern der Wirtschaft und Wissenschaft sorgfältig zu pflegen. Die Gesellschaft ist weit davon entfernt, einen exklusiven Klub bilden zu wollen; sie strebt im Gegenteil nach der Erfassung aller schöpferischen Kräfte der wirklichen Wirtschaft und legt besonderen Wert darauf, daß die Probleme, soweit sie die Belehrteten nicht von sich aus aufgreifen, von den Wirtschaftsgestaltern an die Wissenschaft herangetragen werden.

Auch das Schrifttum der Gesellschaft ist von diesen Bedanken beherrscht. Es entspricht der Dreiteilung ihrer Arbeit und geht hervor: 1. aus der Forschertätigkeit oder den praktischen Erfahrungen einzelner Mitglieder, die ihre Ergebnisse der Gesellschaft zur Verfügung stellen; 2. aus dem Zusammenwirken der Arbeitsgruppen, die in der Schriftenreihe die Ergebnisse ihrer Arbeiten veröffentlichen; und 3. aus den Veranstaltungen der Gesellschaft, insbesondere aus den Tagungen.

Aus diesen Quellen fließend gliedern sich die Veröffentlichungen in zwei Reihen:

I. Reihe:

„Schriften der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft“

(Die Preise sind auf Seite 11 angegeben.)

Band 1:

„Bericht über die Gründungstagung 1936 und den Tag der Deutschen Wirtschaftswissenschaft 1937“ mit Beiträgen von:

Generaldirektor **Braß**, früherer Leiter der Wirtschaftsgruppe Privatversicherung: Sozialisierte oder sozialistische Versicherungswirtschaft; Professor Dr. **Bräuer**, Leipzig: Die deutsche Wirtschaft und die Wirtschaftswissenschaft, Ziele und Aufgaben der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft; Professor Dr. von **Gottl-Ottlilienfeld**, Berlin: Technischer Fortschritt und Lebensraum des Volkes; Professor Dr. **Hafenack**, Leipzig: Aufbau und wirtschaftspolitische Aufgaben der Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftslage und Bilanzgestaltung; Professor Dr. **Heske**, Tharandt: Der deutsche Holzbedarf und seine Befriedigung; Professor Dr. **Hofmann**, Breslau: Der synthetische Kautschuk, seine Geschichte und seine Bedeutung für die deutsche Rohstoffwirtschaft; Professor Dr. **Hünke**, Werberat der Deutschen Wirtschaft: Auftrag der Wirtschaftspolitik an die Wirtschaftswissenschaft; Dr. **Jeserich**, Geschäftsführender Präsident des Deutschen Gemeindetages: Lage und Zukunft der deutschen Gemeindefinanzen; Professor Dr. **Kalveram**, Frankfurt a. M.: Wirtschaftlichkeitsprobleme im deutschen Bank- und Kreditwesen; Generalkonsul z. D. **Karlowa**, Stab des Stellvertreters des Führers: Die wirtschaftliche Seite des deutschen Kolonialproblems; Professor Dr. **Niklisch**, Wirtschafts-Hochschule Berlin: Die Aufgabe der Betriebswirtschaftslehre im Rahmen der deutschen Wirtschaftspolitik; Reichshauptamtsleiter Dr. **von Kenteln**, Präsident des Deutschen Genossenschaftsverbandes: Wissenschaft und Freiheit, Neues Wirtschaftsdenken; Professor Dr. **Röfle**, München: Die Einheit „Wirtschaftswissenschaft“; Präsident Dr. **Scholz**, Berlin: Wirtschaftsaufschwung im Zeichen der Motorisierung; Reichsfinanzminister **Graf Schwerin von Krofigk**: Fragen der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzpolitik; Reichsbahndirektor Dr. **Spieß**, Reichsverkehrsministerium: Der Eisenbahntarif und seine Beeinflussung durch die konkurrierenden Verkehrsmittel; Staatssekretär Dr. **Syrup**: Der Arbeitseinsatz in der deutschen Wirtschaft.

Als **Sonderausgaben** sind daraus nachstehende Beiträge erschienen:

- Hafenack**: „Wirtschaftslage und Bilanzgestaltung“;
Heske: „Der deutsche Holzbedarf und seine Befriedigung“;
Jeserich: „Lage und Zukunft der deutschen Gemeindefinanzen“;
Kalveram: „Wirtschaftlichkeitsprobleme im Bank- und Kreditwesen“;
Karlowa: „Die wirtschaftliche Seite des deutschen Kolonialproblems“;
Scholz: „Wirtschaftsaufschwung im Zeichen der Motorisierung“;
Graf Schwerin von Krofigk:
„Fragen der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzpolitik“;
Spieß: „Der Eisenbahntarif und seine Beeinflussung durch die konkurrierenden Verkehrsmittel“;
Syrup: „Der Arbeitseinsatz in der deutschen Wirtschaft“.

Der erste „Tag der Deutschen Wirtschaftswissenschaft“ hat in der Presse des ganzen Reiches starken Widerhall gefunden.

„Es ist unbedingt notwendig, nachdem seit der Machtergreifung gerade auf dem Gebiete der Wirtschaft eine gewaltige Revolution durchgeführt wurde, auch jene Wissenschaft, die eng mit der Wirtschaftspraxis zusammenhängt, gründlich unter die Lupe zu nehmen. Deshalb begrüßen wir freudig und vorbehaltlos die Wirksamkeit der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft, deren diesjährige Tagung soeben zu Ende gegangen ist, und die zweifellos ein starkes Echo in der breitesten Öffentlichkeit gefunden hat“, schreibt der „Westdeutsche Beobachter“, Köln.

Die „Leipziger Tageszeitung“ bringt unter der Überschrift „Ein neues Wirtschaftsdenken bricht sich Bahn“, Randbemerkungen zum ersten „Tag der Deutschen Wirtschaftswissenschaft“ in Berlin: „Daß sich die Wirtschaftswissenschaft seit langem in einer Krise befindet, ist eine nicht abzuleugnende Tatsache. Besonders nach der scharfen Ablehnung, die der Führer in Nürnberg den ewigen Dogmatikern zuteil werden ließ, als er erklärte, daß die Wirtschaft eine der vielen Funktionen des völkischen Lebens sei und als solche nur nach Zweckmäßigkeitserwägungen geführt werde, nicht aber nach Theorien, tauchte verschiedentlich die Meinung auf, als sei die Wirtschaftswissenschaft gegenstandslos geworden. Daß dem nicht so sein konnte, war eigentlich für jeden klar, der die Leistungen der deutschen Wissenschaft auf allen Gebieten des völkischen Lebens, und der die gerade vom Nationalsozialismus immer wieder erhobene Forderung nach Fruchtbarmachung dieser wissenschaftlichen Leistungen durch engste Verbindung mit dem praktischen Leben kennt. Genau so wenig wie die Technik der Wissenschaft entraten kann, genau so wenig kann die Wirtschaft auf die Wissenschaft verzichten. Diese muß sich nur freimachen von der Sucht zu Dogmen und sich mit dem großen Umbruch des Denkens, den die nationalsozialistische Revolution gebracht hat, auch auf ihrem Gebiete abfinden. Sie muß neu denken lernen. Es ist das Verdienst der seit einem Jahr bestehenden „Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft“ und ihres Leiters, Professor Dr. Bräuer, Leipzig, daß sie bei der Veranstaltung des ersten „Tages der Wirtschaftswissenschaft“, der von nun ab jährlich stattfinden soll, als Ausdruck dieser Erkenntnis an die Spitze ihres Vortragsprogramms den Vortrag „Neues Wirtschaftsdenken“ von Dr. von Kenteln stellte. Hier wurden der Deutschen Wirtschaftswissenschaft die neuen Aufgaben gezeigt. Nicht mehr dogmatisch, sondern methodisch muß das neue Wirtschaftsdenken sein. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Jedes Dogma beansprucht für sich Unfehlbarkeit. Nun sind aber, wie der zweite Redner des Tages, Reichsfinanzminister Graf Schöerlin von Rösigg, sagte, „die großen Erfolge des Wiederaufbaues der Wirtschaft nicht nach den Grundsätzen der klassischen Nationalökonomie, sondern durch die praktischen Taten und den harten Willen großer Männer erreicht worden!“ Die Dogmatiker mußten also in Widerspruch geraten zu dieser neu geschaffenen harten Wirklichkeit. Daraus erklärt sich einerseits das Zögern, diese Wirklichkeit anzuerkennen und zweitens der Zweifel an der Dauer der so erreichten Erfolge. Weil man die lieb gewordenen Theorien nicht aufgeben wollte, mußte man zu dem Zweifel kommen, ob das, was da in der Praxis geschah, „richtig“ sein könne, ob es überhaupt getan werden dürfe und ob es von Dauer sein könne. Die Frage nach diesem „ob“ greift aber in die Willenssphäre der Männer ein, die die Entwicklung gerade so bestimmt und angeordnet haben. Sie mußte daher zurückgewiesen werden, und es mußte der Wirtschaftswissenschaft bedeutet werden, daß dies ihre Aufgabe nicht sei und nicht sein könne. Nicht zu erforschen, „ob“ etwas geschehen soll, ist die Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft, sondern „wie“ es am besten geschehen kann. Die Erforschung der wirtschaftlichen Tatsachenbestände und die Herausarbeitung der Methoden, wie man auf Grund dieser bis ins einzelne erforschten Tatsachenbestände das von der politischen Führung herausgestellte Ziel am besten erreichen kann, wird der Inhalt der neuen Wirtschaftswissenschaft sein. Hier ist ein weites Feld mit dankbaren Aufgaben. Eine davon kennzeichnete der Reichsfinanzminister, als er von den dankenswerten Veröffentlichungen über den Wert der in den lebenden Menschen verkörperten Arbeitskraft sprach, und die weitere Erforschung dieses Gebiets als eine Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft hinstellte.“

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, Essen, macht unter der Schlagzeile „Ein Divot der deutschen Wissenschaft“ u. a. folgende Ausführungen: „Der Chronist ist von Tagungen keineswegs begeistert und wäre leicht versucht, zu wünschen, daß auf jede Tagung eine Sondersteuer gelegt wird. Am schlimmsten für den Leser und für den Chronisten sind die Tagungen, auf denen sachlich nichts Neues gesagt wird, und die Redner in Selbstbelobigungen ausbrechen, nicht ohne den Nationalsozialismus durch die Brille ihrer eigenen Interessenvertretung zu sehen. Eine angenehme Ausnahme — und darum sei sie heroorgehoben — von dieser Regel war der ‚Tag der Deutschen Wirtschaftswissenschaft‘ in Berlin, den wir bringen wollen, und zwar insoweit, als die Wissenschaft überhaupt wieder zu Ehren gekommen ist und einen besonderen Platz im deutschen Geistesleben und in der deutschen Wirtschaft zugewiesen erhielt.“

Die „Soziale Praxis“ schreibt: „Die Betonung liegt auf dem Worte ‚Deutsch‘. Diese Akzentuerteilung, die den Gegensatz zu artfremdem Denken heraushebt, berechtigte die Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft, ihre erste Jahresversammlung, die in Berlin vom 11. bis 14. Oktober stattfand, als ‚Ersten Tag der Deutschen Wirtschaftswissenschaft‘ zu bezeichnen. Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen gab es schon seit Jahrzehnten in Deutschland. Das neue aber, das die Tagung der oorigen Woche in sich barg, ergab sich aus der erwähnten Besinnung auf deutsches Denken und der daraus folgenden Zielsetzung und Methode. Die Ziele der Gesellschaft sind im übrigen autonom aus der neuen Wirklichkeit der Wirtschaft hergeleitet, wie wir sie seit dem Umbruch erleben. Ja, es ist gerade diese Wirtschaftswirklichkeit, an der sich die Gesellschaft aufs stärkste orientiert. Gewiß suchte auch der Verein für Sozialpolitik eine gewisse Verbindung zu den Praktikern der Wirtschaft. Er war, zum mindesten in den Jahrzehnten seines Anfangs, nicht allein ein Verein von Professoren. Die neue Gesellschaft will die Verbindung zur Wirtschaft jedoch in viel stärkerem Grade.“

D a n d 2:

„Grundfragen der Erziehung für Beruf und Wirtschaft“, herausgegeben von Professor Dr. Friedrich Feld, Wirtschafts-Hochschule Berlin, mit Beiträgen von:

Ministerialrat Dr. S ü d h o f, Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung: Die geschichtliche Entwicklung der deutschen Berufserziehung; Professor Dr. F e l d, Wirtschafts-Hochschule Berlin: Berufserziehung im Lichte der gegenwärtigen national- und wirtschaftspolitischen Lage, Entwicklung und Ausbau der wirtschaftspädagogischen Theorie und ihre Stellung im Ausbildungsgang der wirtschaftsberuflichen Erzieher; Professor Dr. U r b s c h a t, Handels-Hochschule Königsberg/Pr.: Berufserziehung im Lichte der neuen Erziehungswissenschaft; Dr. habil. G e d s, Berlin: Die menschlichen Betriebsverhältnisse als Ausgangspunkte einer Betriebspädagogik; Dr. R e i n e r s, Deutsches Handwerksinstitut Berlin: Erziehungs- und Ausbildungsfragen für den handwerklichen Nachwuchs; Diplomb Kaufmann M e s s a r i u s, Amt für Berufserziehung und Betriebsführung der Deutschen Arbeitsfront: Methode und Form der Berufserziehung für Erwachsene innerhalb und außerhalb der Betriebe; Professor Dr. L ö b n e r, Handels-Hochschule Leipzig: Formen und Inhalte der Wirtschaftserziehung an Wirtschaftshochschulen.

In der Epoche des Liberalismus standen die Fragen der Erziehung für Wirtschaft und Beruf an der Peripherie der Wirtschaftspolitik. Heute sind sie unter dem Gesichtspunkt der L e i s t u n g s s t e i g e r u n g in das Z e n t r u m d e r w i r t s c h a f t s p o l i t i s c h e n E r w ä g u n g e n g e r ü c k t. Von verschiedenen Seiten und mit verschiedenen Methoden ist ihre Lösung schwungvoll in Angriff genommen worden. Die Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft legt als erstes Ergebnis der Gemeinschaftsarbeit ihrer Forschungsabteilung „Wirtschaftserziehung“ dieses Buches oor, das weit über eine bloße Einführung hinaus richtungweisend die Grundgedanken nationalsozialistischer Erziehung für Wirtschaft und Beruf herausstellt.

Band 3:

„Die Zukunft des unbaren Zahlungsverkehrs in Deutschland“, von Dr. Paul Steuer.

„Unachtet der heute bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten sind die Fragen des unbaren („bargeldlosen“) Zahlungsverkehrs bisher noch keiner endgültigen Lösung zugeführt worden. Insbesondere besteht noch immer der unbefriedigende Zustand, daß die Abwicklung des unbaren Zahlungsverkehrs unverhältnismäßig hohe Kosten verursacht. Der Verfasser hat nun das Problem aufgegriffen und zeigt, daß die Lösung der Schwierigkeiten viel einfacher ist, als die Öffentlichkeit und auch wohl die Nächstbeteiligten nach den langjährigen vergeblichen Bemühungen anzunehmen geneigt sind. Die so widerstrebend erscheinenden Interessen aller Beteiligten werden auf einen Nenner gebracht. Größtmögliche Einfachheit und damit Billigkeit der Abwicklung dürften auf dem vorgeschlagenen Wege vereinigt sein mit weitgehender Beschleunigung der bankmäßigen Zahlungsvermittlung. Die Reichsbank ist in den Mittelpunkt der gesamten Zahlungsverkehrsorganisation gerückt, und zwar unter gleichzeitiger Entlastung von aller bisher von ihr auf diesem Gebiet geleisteten rein handwerklichen Arbeit. Das Verhältnis der Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften zu ihrer Kundschaft wird nicht beeinträchtigt.“

„Berliner Börsenzeitung“, 22. 1. 1938.

Band 4:

„Die Wirtschaftsgenossenschaften im Dienste der deutschen Wirtschaftsgestaltung“, von Dr. Max Richard Behm, Dozent an der Universität Leipzig.

Der Anteil der Genossenschaften an der Leistungssteigerung der deutschen Wirtschaft wird mit diesem Band in klaren Zügen umrissen. Hier wird tollends energisch aufgeräumt mit den Vorurteilen, gegen die die Genossenschaften zuweilen zu kämpfen hatten. Es wird hier vielmehr überzeugend dargestellt, wie sich die Genossenschaften gerade auch seit der Machtübernahme als Organisationsformen der Wirtschaft im Dienste der Neugestaltung und Leistungssteigerung der deutschen Wirtschaft bewährt haben. Verfasser schildert anschaulich ihre Leistungen auf dem Gebiete der Erzeugung und der Verteilung, ihre Eignung zu wehrwirtschaftlichen Aufgaben, ihre Vereinbarkeit mit dem ständigen Aufbau und ihre soziale Leistung durch die Förderung der kleinen Selbständigen.

Band 5:

„Die Leistungssteigerung der deutschen Wirtschaft, Bericht über den Tag der Deutschen Wirtschaftswissenschaft 1938“, mit Beiträgen von:

Dozent Dr. Groß, Universität Leipzig: Die wirtschaftliche Bedeutung Südosteuropas für das Deutsche Reich; Professor Dr. Großmann, Handels-Hochschule Leipzig: Steuern, Kosten, Preise; Professor Dr. Gutenberg, Universität Münster (Bergakademie Clausthal-Zellerfeld): Die Stellung des Rechnungswesens im Aufbau der gewerblichen Wirtschaft; Professor Dr. Hesse, Universität Breslau: Die Voraussetzungen der Volkswirtschaftslehre; Staatssekretär Koening, Reichsverkehrsministerium: Wasserstraßenbaupolitik im Großdeutschen Reich; Staatssekretär Dr. Krohn, Reichsarbeitsministerium: Die Reform der deutschen Sozialversicherung; Staatsminister Lenk, Sächsisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit: Sachsens Bedeutung in der deutschen Außenwirtschaft; Gebietsführer Dr. Lorenz, Reichsjugendführung: Wirtschaft und Rasse; Dr. Lütke, Wirtschafts-Hochschule Berlin: Weltanschauung, Wirtschaft, Wirtschaftswissenschaft; Dr. Rasmussen, Reichsstudentenführung: Studentische Wissenschaftsarbeit; Kommerzienrat Dr. Röchling, Dölklingen/Saar: Aufgaben auf dem Gebiete von Kohle und Eisen; Professor Dr. Sandig, Universität Heidelberg: Der Untersuchungsstandpunkt der Betriebswirtschaftslehre; Professor Dr. Schmalz, Universität Halle: Die Aufgaben

der Pflichtprüfung unter dem Gesichtspunkt der Leistungssteigerung; Dr. S e l i g e r, stellvertretender Leiter der Reichsgruppe Industrie, Leiter der Wirtschaftsgruppe Druck: Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft im Dienste der Leistungssteigerung; Professor Dr. T h o m s, Universität Heidelberg: Die Wirtschaftstheorie im Dienste der Leistungssteigerung der Wirtschaft des deutschen Volkes; Professor Dr. V a r o r e s s o s, Universität Athen, Vizegouverneur der Bank von Griechenland: Entwicklung und Probleme der griechischen Währung; Dozent Dr. W i n t e r, Universität Berlin: Das Rationalisierungsproblem vom volkswirtschaftlichen Standpunkt. Der Band enthält auch die Aussprache.

Daraus sind nachstehende Beiträge als S o n d e r a u s g a b e n erschienen:

- G r o ß: „Die wirtschaftliche Bedeutung Südosteuropas für das Deutsche Reich“
H e s s e: „Die Voraussetzungen der Volkswirtschaftslehre“
K o e n i g s: „Wasserstraßenbaupolitik im Großdeutschen Reich“
K r o h n: „Die Reform der deutschen Sozialversicherung“

Auch über diese Tagung brachten fast alle größeren Zeitungen des Reiches Berichte.

Das „**Berliner Tageblatt**“ sagt in einem Artikel „Die Beiträge der Wissenschaft“ betitelt: „Es liegt unseres Erachtens auch im Sinne der Tätigkeit der veranstaltenden Gesellschaft, im Zusammenhang des Tagungsthemas sogar die Wirtschaftswissenschaft selbst in gewissem Verstande als einen Teil der Wirtschaft anzusehen. In dieser Richtung wird auch die Mischung von praktischen und theoretischen Vorträgen dieses Kongresses ausgelegt werden können. Der denkbare Beitrag der Wirtschaftswissenschaft zur Leistungssteigerung der Wirtschaft wird u. a. auf zwei besonders wichtigen Gebieten zu suchen sein: In der Beförderung des allgemeinen wirtschaftlichen Begreifens beim Praktiker und im Nachwuchs an Menschenmaterial, den die Wissenschaft der Wirtschaft liefert.“

Die „**Deutsche Allgemeine Zeitung**“ bringt unter der Überschrift „Wirtschaftswissenschaft in der Lehre, Tag der Deutschen Wirtschaftswissenschaft in Leipzig“ folgende Ausführungen: „Die alte Wirtschaftswissenschaft, die auf liberalen Grundlagen beruhte, ist durch den Sieg des Nationalsozialismus überannt und entwertet worden. Sie stand unfruchtbar und überflüssig beiseite, als die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik durch kühne und undogmatische Praktiker ihr Aufbauwerk vollzog. Sie mußte sich ein neues Fundament legen und eine neue Ordnung geben. An die Stelle der früheren wissenschaftlichen Autonomie trat die bindende Ausrichtung durch die nationalsozialistische Weltanschauung, als Erfahrungswissenschaft und Kunstlehre mußte sich die Nationalökonomie an neuen Methoden und Einrichtungen orientieren. Der Professor der Wirtschaftswissenschaft mußte wieder in die Lehre gehen, einmal beim Nationalsozialismus, zum anderen bei der Praxis der staatlichen Wirtschaftslenkung, vom Dierzehnjahresplan bis zur Devisenbewirtschaftung, von der neuen Finanzierung bis zur Verbrauchslenkung. Unter diesen Umständen ist ein Blick auf die Tagung der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft in Leipzig von Interesse. Aus den wissenschaftlichen Vorträgen spricht durchweg das Ringen um den wissenschaftlichen Charakter der Wirtschaftswissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Weltanschauung, während die praktischen Vorträge ... der Verbindung von Wissenschaft und Praxis sowie der Unterrichtung der Wissenschaftler dienen.“

Die „**Berliner Börsenzeitung**“ meint: „Die Tagung der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft hat gezeigt, daß in engster Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Praxis alle wirtschaftlichen Kräfte für das Aufbauwerk der Volkswirtschaft mobilisiert sind. Ein außerordentlich lebhaftes Interesse wurde den Ergebnissen der Tagung gerade seitens der Wirtschaftspraxis entgegengebracht.“

Die „**Niedersächsische Tageszeitung**“, Hannover, äußert sich unter dem Schlagwort: „Der objektive Professor, Tag der Deutschen Wirtschaftswissenschaft“: „Indem der Nationalsozialismus von der nationalökonomischen Wissenschaft forderte, daß sie sich auf den Boden seiner Weltanschauung stelle, tat er nichts

anderes, als von ihr das gleiche zu fordern, das der Liberalismus gefordert und so weitherzig erhalten hatte. Es hat Jahre gedauert, bis die Wissenschaft das allmählich einsehen lernte. Die Leipziger Tagung hat das Verdienst, noch einmal öffentlich klargestellt zu haben, daß Objektivität und Weltanschauung sich keineswegs ausschließen."

„Von besonderer Bedeutung ist es," so schreiben die „**Dresdner Neuesten Nachrichten**" in einem Artikel „Wissenschaft und Praxis Hand in Hand", „daß die Vertreter der Volkswirtschaftslehre und der Betriebswirtschaftslehre sich zusammengefunden haben, um gemeinsam ihren Aufgaben nachzugehen. Der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft und dem Präsidenten der Tagung, Professor Dr. B r ä u e r, ist es zu danken, wenn die Tagung in so vorbildlicher Weise und mit derartigem Erfolge durchgeführt werden konnte."

Band 6:

„Die Entstehung der Angestelltenchaft in Deutschland" von Dr. Manfred Ditt rich, Referent im Statistischen Reichsamt. Preis 7.80 RM. für Mitglieder 5.45 RM., in Vorbereitung.

Wer die völkische Neugestaltung, die wir gegenwärtig in Deutschland erleben, in ihrem gewaltigen Ausmaß und in ihrer ganzen Tiefe und Tragweite erfassen will, bedarf einer gründlichen Kenntnis der gesellschaftlichen Entwicklung des neunzehnten und beginnenden zwanzigsten Jahrhunderts.

Die Entstehung der deutschen Angestelltenchaft, dieser jüngsten gesellschaftlichen Schicht, ist bisher noch nicht Gegenstand einer ernsthaften sozialwissenschaftlichen Untersuchung geworden. Schuld daran tragen zweifellos die großen Schwierigkeiten, die einer soziologischen Wesensbestimmung dieser Schicht und vor allem einer statistischen Erfassung ihrer Entstehung und ihres Wachstums entgegenstehen. Der Verfasser bemüht sich, diese Schwierigkeiten zu überwinden, indem er einerseits an Hand der gesamten erreichbaren Literatur der ehemaligen Angestelltenverbände das Wesen der Angestelltenbewegung, der Angestelltenchaft und des Angestellten zu klären versucht (Teil I), andererseits das vorhandene statistische Material einer kritischen Untersuchung unterzieht (Teil II A) und durch gewissenhaft begründete Umrechnungen zahlenmäßige Unterlagen für die Klärung des Gesamtproblem und der Teilprobleme schafft (Tabellenwerk). Es wurden hier zum ersten Male die Berufs- und Betriebszählungen des Deutschen Reichs in größerem Umfange zur Klärung einer gesellschaftswissenschaftlichen Frage herangezogen. Die Darstellung der Entstehung der deutschen Angestelltenchaft (Teil II B) baut auf der damit geschaffenen sicheren soziologischen und statistischen Grundlage auf. — Die Arbeit führt die soziologische forschung auf einem wichtigen Gebiete ein Stück weiter.

Die Schriften sind abteilungsmäßig gegliedert. Und zwar gehören zu der

Abteilung „Tagungsberichte"

Band 1: „Bericht über die Gründungstagung 1936 und den Tag der Deutschen Wirtschaftswissenschaft 1937."

Band 5: „Die Leistungssteigerung der deutschen Wirtschaft, Bericht über den Tag der Deutschen Wirtschaftswissenschaft. 1938."

Abteilung „Wirtschaftserziehung"

Band 2: „Grundfragen der Erziehung für Beruf und Wirtschaft."

Abteilung „Bankwesen und Finanzierung"

Band 3: „Die Zukunft des unbaren Zahlungsverkehrs in Deutschland."

Abteilung „Genossenschaftswesen"

Band 4: „Die Wirtschaftsgenossenschaften im Dienste der deutschen Wirtschaftsgestaltung."

Abteilung „Sozialpolitik"

Band 6: „Die Entstehung der Angestelltenchaft in Deutschland."

II. Reihe: „Vorträge und Abhandlungen der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft"

Diese Reihe der kleineren Arbeiten ist es besonders, die dafür sorgt, daß die Gesellschaft durch ihre Veröffentlichungen zu den jeweils dringenden Gegenwartsfragen stets Beiträge zu bieten vermag, durch

die sie „aktuell“ sein kann in einer Weise, wie sie einer wissenschaftlichen Gesellschaft angemessen ist. Bisher sind folgende Hefte erschienen:

Heft 1: Professor Dr. Nöll von der Nahmer: „Probleme und Voraussetzungen einer internationalen Währungsstabilisierung.“

„Nöll von der Nahmer stellt als Geldtheoretiker und auf Grund eigener früherer Praxis in der Leitung eines Bankkonzerns auch mit den empirischen Daten vertraut, klar die schädlichen Wirkungen heraus, die die immer erneuten Schwankungen der Wechselkurse und der bei zahlreichen Volkswirtschaften vorliegende Mangel an internationalen Zahlungsmitteln für die betroffenen Volkswirtschaften und die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Nationen haben muß. Endgültiger Verzicht auf Devaluationen und anschließend eine wohlüberlegte dauernde Kontrollierung des internationalen Zahlungsoerkehrs seien die anzuwendenden Heilmittel; keineswegs etwa die Rückkehr zu einer planlosen, völlig freien Devisenwirtschaft, wie sie insbesondere nach der Casselschen Kaufkraftparitätentheorie nach Anpassung der heute im Kurse noch „zu hohen“ Werten an die devaluierten Währungen als Endergebnis herzustellen wäre. Der notwendige Exportschutz läßt sich auch mit anderen Mitteln als mit dem höchst bedenklichen der Devaluation erzielen. Eine wirkliche Beseitigung der Übelstände ist nur durch eine großzügige Neugestaltung der gesamten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Welthandelsvölkern möglich, bei der die sog. reichen Völker den devisenarmen Völkern ihre Mächte stärker öffnen, bei der das Problem des internationalen Verschuldens bereinigt, die Kapitalflucht unterbunden und die Devisennachfrage in den devisenarmen Ländern auf die wichtigsten Verwendungszwecke gelenkt wird und bei der ein planmäßiges Zusammenwirken der Notenbanken Rückschläge verhütet. Damit wird das Stabilisierungsproblem dem großen allgemeinen politischen Problem der Wiederherstellung einer normalen fruchtbaren Zusammenarbeit der großen Nationen eingeordnet.“

Weltwirtschaft, 1938, Heft 9.

Heft 2: Ministerialdirigent Dr. Hans Spitta: „Methode und Technik der Handelsvertragsverhandlungen.“

„Während vor dem Kriege dem deutschen Handelspolitiker ein ganzes System von Verträgen und Methoden zur Verfügung stand, die sich zum größten Teil schon seit Jahrzehnten bewährt hatten, erforderte die Nachkriegszeit, besonders seit den Krisenjahren, ein vollständig neues Verfahren. Die komplizierte Welt dieser neuen Methoden und Begriffe, ihre Entstehung und die Ziele, die es zu erreichen gilt, wird hier von einem der Schöpfer unserer neuen Handelspolitik mit souveräner Überlegenheit geschildert. Daß der Verfasser nicht blind ist für die Mängel dieses Notsystems, wird den Kenner der Verhältnisse nicht überraschen; der Kaufmann kann daraus die beruhigende Gewißheit schöpfen, daß man für seine Sorgen volles Verständnis hat.“

Der Deutsche Volkswirt, 1938, Heft 38.

Heft 3: Dr. Justus Reme r: „Johann Heinrich Gottlob Justi, ein deutscher Volkswirt des 18. Jahrhunderts.“

„Oft überging man die deutschen Kameralisten mit einem mitleidigen Lächeln und verlegte den Anfang einer Wirtschaftswissenschaft in die Zeit der Physiokraten und der „klassischen“ englischen Schule. Reme r weist nach, daß bereits Justi die Konzeption eines umfassenden und wirklichkeitsnahen wirtschaftswissenschaftlichen Systems gehabt habe; auch Justi stellte beispielsweise Steuergrundsätze auf (nicht nur A. Smith!), die sogar heute noch im Grunde ihre Gültigkeit besitzen. Justi ist — z. T. wegen verleumderischen Behauptungen über seinen Lebenswandel, deren Stichhaltigkeit die Nachfahren nicht überprüften — von der wissenschaftlichen Nachwelt nicht recht gewürdigt worden. Heute, wo auch von anderer Seite der Ruf nach einem „neuen Kameralismus“ erschallt — damit soll eine Abkehr von der nicht immer glücklichen systematischen Trennung von theoretischer und praktischer Nationalökonomie zum Ausdruck gebracht werden —, wird zwangsläufig auf den deutschen Volkswirt des 18. Jahrhunderts zurückgegriffen werden müssen, der mit einem unserer ganz Großen, mit Friedrich List, die fruchtbare Synthese von Theorie und Praxis gemeinsam hat. Hier Vorarbeit geleistet zu haben, ist das Verdienst der Reme rschen Schrift.“

Die Deutsche Volkswirtschaft, 1938, Heft 32.

Heft 4: Generaldirektor Andreas Braß: „Gegenwartsfragen der deutschen Versicherungswirtschaft.“

In diesem Vortrag werden eine Reihe von Lebensfragen der deutschen Versicherungswirtschaft mit dem Blick auf die großen Fragen der deutschen Volkswirtschaft behandelt. Der Verfasser erörtert die Versicherungswirtschaft in der Ostmark und ihre organische Verbindung mit der des alten Reichsgebietes, die Einbeziehung des Handwerks in die Sozialversicherung, die Entwicklung des Außendienstes, die Verbilligung des Versicherungsschutzes für den

Kleinkraftwagen und anderen wichtigen Fragen. Diese Ausführungen eines Mannes, der zur Beurteilung dieser Fragen besonders berufen ist, gehen jeden Versicherungsfachmann, aber auch jeden Wirtschaftspolitiker in Deutschland an.

Heft 5: Professor Dr. Paul H a e n s e l: „Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika“.

Die Dollarabwertung hat keinen nennenswerten Einfluß auf den Wiederaufbau der amerikanischen Wirtschaft gehabt. Das Wesentliche sind vielmehr die direkten Eingriffe des Staates in die Wirtschaft gewesen. Die überaus starke Inanspruchnahme des Staatskredits sind in einem so reichen Lande wie USA. durchaus vertretbar, doch haben die geradezu konfiskatorischen Steuern nach Haensel den Unternehmungsgeist in wichtigen Teilen der amerikanischen Wirtschaft gehemmt. Diese auf den Grund gehende, rückschauende Erörterung der USA.-Politik ist für den deutschen Leser überaus instruktiv.

Heft 6: Generaldirektor Dr. Max T e i c h m a n n: „Der Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der privaten Krankenversicherung.“

Der Gesetzentwurf ist in seiner jetzigen, der Reichsregierung vorliegenden Fassung wie wenige andere Gesetze das Ergebnis der Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen und Kreise und daher eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung der gesamten privaten Krankenversicherung. Er beseitigt den Zustand, daß für die Institute in der Rechtsform der AG. und Institute in der Form des Vereins auf Gegenseitigkeit zweierlei Recht besteht und schafft für wichtige, der privaten Krankenversicherung eigentümliche Tatbestände klares Recht.

Was bietet dieses Schrifttum der Gesellschaft dem Leser?

Nachdem immerhin — ungerechnet die Sonderausgaben aus den Tagungsberichten — schon 6 Bände der „Schriften...“ und 6 Hefte der „Vorträge und Abhandlungen...“ vorliegen bzw. im Satz sind, darf die Frage nach der Leistung des Schrifttums der Gesellschaft aufgeworfen werden. Dieses Schrifttum soll in gleicher Weise der theoretischen Forschung wie der unmittelbaren Anregung von wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Praxis dienen.

Im Dienste der theoretischen Forschung:

Kein Wirtschaftswissenschaftler wird diese Veröffentlichungen der Gesellschaft durchsehen, ohne Gedanken zu begegnen, die ihn in seiner Forschung anregen und weiterbringen. Nicht nur, daß die Vorträge führender Persönlichkeiten des Inlandes und auch schon des Auslandes auf den Tagungen mitten aus der gestaltenden Arbeit an der Wirtschaft heraus gehalten wurden und daher dem akademischen Forscher eine Fülle von Material bringen, nicht nur, daß eine Studie wie die Arbeit von S t e u e r zugleich durch Material, Fragestellungen und Lösungen jeden Bearbeiter der Geldwirtschaftsfragen interessieren muß; es liegen auch bereits auf den Kerngebieten der Theorie Beiträge vor, an denen die fachwissenschaftliche Diskussion nicht vorbeigehen kann. Außer den grundlegenden und programmatischen Äußerungen auf den Tagungen, die zu den heute neu zu durchdenkenden erkenntniskritischen Problemen des Faches und zur Ausrichtung auf seine neuen Aufgaben Stellung nehmen, ist hier vor allem eine R e i h e v o n b e t r i e b s w i r t s c h a f t l i c h e n A r b e i t e n zu nennen, die über jene programmatischen Äußerungen hinaus bereits wichtige Einzelergebnisse im Dienste der neuen Aufgaben des Faches vortragen.

Als Beispiel sei der viel beachtete, auch heute noch ganz aktuelle Vortrag Professor H a f e n a c k s über das Abschreibungsproblem in der voll- und überbeschäftigten Wirtschaft auf der Berliner Tagung 1937 und der Vortrag Professor G u t e n b e r g s über die neuartigen Aufgaben des Rechnungswesens in der nationalsozialistischen gewerblichen Wirtschaft auf der Leipziger Tagung 1938 sowie der Vortrag S a n d i g s über den Untersuchungsstandpunkt der Betriebswirtschaftslehre und die anschließende ausgiebige Diskussion auf der gleichen Tagung heroorgehoben. Zum Rechnungswesen der öffentlichen Unternehmungen werden im zuständigen Ausschuß wichtige Arbeiten vorbereitet, die schon jetzt das

Interesse der Berufenen erregt haben. Einen Beitrag der Wissenschaft zur deutschen Außenwirtschaft stellt der Vortrag von Gros über die wirtschaftliche Bedeutung Südosteuropas für das Deutsche Reich dar. Remers Studie über Justi in Heft 3 der „Vorträge und Abhandlungen . . .“ wird weitere lehr-geschichtliche Arbeiten über jene uns heute wieder nähergerückte Zeit im Gefolge haben. Ein wissenschaftliches Unternehmen wie Dittichs im Satz befindliche Arbeit „Die Entstehung der Angestellten-schaft in Deutschland“ muß gerade in dem Zeitpunkt, in dem Deutschland und andere Staaten wie insbesondere das befreundete Italien ihre Sozialpolitik stark ausbauen und neu orientieren, von jedem Fachmann begrüßt werden. Behms Schrift „Die Wirtschaftsgenossenschaften im Dienste deutscher Wirtschaftsgestaltung“ ist trotz ihrer Kürze eine systematische Neubegründung des Genossenschafts-gedankens vom Standpunkt der planvoll nationalsozialistisch geleiteten Volkswirtschaft aus. Äußerst anregend und unterrichtend ist der aus genauer Kenntnis der amerikanischen Verhältnisse und aus über-legener Urteilskraft erwachsene Bericht Professor Hagens über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der USA. in Heft 5 der „Vorträge und Abhandlungen . . .“; er ist dazu angetan, auch die deutsche finanz-wissenschaftliche Diskussion zu befruchten. Naturgemäß stellen diese — keineswegs erschöpfend auf-gezählten — Beiträge zur deutschen Wirtschaftsforschung aus den ersten drei Jahren des Bestehens der Gesellschaft nur einen Anfang dar.

Im Dienste der Wirtschaftspolitik:

Es ist offensichtlich, daß eine wirtschaftswissenschaftliche Vereinigung der Wirtschaftspolitik dann am besten dienen wird, wenn sie bei ihrer Arbeit die Wissenschaftler zu engstem Zusammenwirken mit den Politikern und verantwortlichen Verwaltungsmännern zusammenführt. Nach diesem Grundsatz wird in den Arbeitsgruppen der Gesellschaft verfahren. Die erste so entstandene Veröffentlichung liegt vor; es ist die von Professor Feld in Verbindung mit Ministerialrat Dr. Hermann Südhof, Professor Dr. Fritz Urbach, Dr. habil. L. H. Ad. Gedz, Dr. Heinrich Reiners, Diplom-Kaufmann Gustaf Messarius und Professor Dr. Walther Löbner verfaßte Schrift: „Grundfragen der Erziehung für Beruf und Wirtschaft.“ Hier ist ein Material entstanden, das unmittelbar der gestaltenden politischen Arbeit zur Unterlage dienen wird, dabei zugleich auch wissenschaftlich um so mehr Beachtung verdient, als das Gebiet der Wirtschaftspädagogik bisher von der Wirtschaftsforschung fast völlig vernachlässigt worden ist. Die bereits erwähnte Arbeit von Hagen über die Abschreibungsgrundsätze in der voll-beschäftigten Wirtschaft gelangt u. a. auch zu Vorschlägen wirtschaftspolitischer Art, die zweifellos die Beachtung der berufenen Stellen verdienen. Nöll von der Nahmers Kritik an den Casselschen währungspolitischen Forderungen bietet Argumente im Kampfe um die internationale Währungs-stabilisierung. Generalkonsul Karlowa hat in seinem auch als Sonderdruck erschienenen Vortrag über das deutsche Kolonialproblem auf der Berliner Tagung weit mehr geboten, als der Titel versprach: nicht weniger als eine prinzipielle Neubegründung des kolonialen Gedankens und der Verwirklichungs-methoden vom nationalsozialistischen Standpunkt aus; besonders an seinen Ausführungen über das Verhalten den Eingeborenen gegenüber kann kein Verwaltungsmann und Wirtschaftsführer, der sich kolonial betätigt oder sich darauf vorbereitet, vorübergehen. Dem Verwaltungsmann und Politiker, der sich wirtschaftswissenschaftlich schulen und auf dem laufenden halten will, werden also die genannten Arbeiten der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft und ihr in Vorbereitung befindliches Schrifttum dazu trefflich dienen können.

Im Dienste der Wirtschaft selbst:

Das Ansehen der Wirtschaftswissenschaft bei der wirtschaftlichen Praxis und ihr objektiver Nutzen für die Praxis der Wirtschaftsgestaltung wird heute dadurch sehr geschmälert, daß sich die Wirtschaftslehre

in einer tiefgreifenden Umgestaltung befindet. In solcher Lage hat sich die Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft zum Ziele gesetzt, nicht nur Professoren, sondern planmäßig auch Männer der Wirtschaftsverwaltung und führende Männer aus der Wirtschaftspraxis selbst zu Äußerungen und Abhandlungen über die die Praxis vorzugsweise interessierenden Gegenwartsfragen zu gewinnen. Dies kommt im vorliegenden Schrifttum mit vorzüglichem Erfolg zum Ausdruck. Geht es nicht unmittelbar den praktischen Gestalter der Wirtschaftsunternehmungen in Handel und Gewerbe an, wenn die Verbesserung der Möglichkeiten des Betriebsvergleichs durch den Ausbau und die Normung des Rechnungswesens so anschaulich erörtert wird wie in dem Vortrag Dr. Seeligers auf der Leipziger Tagung? Geht es nicht den Betriebsführer an, wenn über die Eignung des Gedankens der Betriebsgemeinschaft als Maßstab für den Unternehmens-Wert und -Erfolg beraten wird wie in der Diskussion über den Vortrag Sandigs auf der gleichen Tagung? Wenn sich der Reichsfinanzminister auf der Berliner Tagung zu dem Grundsatz bekannte „besser hohe Steuern als Inflation“ — ist das nicht eine Richtschnur der Politik, an der sich auch der einzelne Unternehmer orientieren kann? Sind die von Hasenack erörterten Abschreibungsprobleme nicht in der ganzen gewerblichen Wirtschaft höchst brennende Fragen? Klorams Bestrebungen, von den Kategorien der Betriebswirtschaftslehre aus auf Grund genauer Kenntnis der Praxis Vorschläge zur Rationalisierung des Bankwesens zu machen, müssen jeden Bankfachmann interessieren. Die programmatischen Ausführungen Staatssekretärs Krohn über die Fortführung der Sozialversicherung auf der Linie der Selbsthilfe und in Anlehnung an lebende Gemeinschaften, die Darlegungen des Staatssekretärs Koenig über die Ausrichtung der deutschen Binnenwasserstraßen auf die Stärkung unserer Seehäfen, die Darlegungen von Reichsbahndirektor Spieß über die Notwendigkeit, dem Eisenbahntarif seine Eignung als ungeschwächt funktionierendes Mittel zur Lenkung von Produktion und Absatz zu erhalten — sind alle diese von der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft veranlaßten Äußerungen und Untersuchungen nicht Fragen gewidmet, die den Wirtschaftler ganz unmittelbar angehen? Auch in dieser Hinsicht werden die Bemühungen der Gesellschaft fortgesetzt, so daß ihr Schrifttum in immer stärkerem Maße die Beachtung der Leiter von Unternehmungen, der Betriebsführer, der Leiter und Geschäftsführer der Gruppen, der Wirtschaftsprüfer und Treuhänder und aller Praktiker des Wirtschaftslebens verdienen wird.

Preisobergünstigungen für Mitglieder und Dauerbezoher

Auf die Preise der Veröffentlichungen der Gesellschaft, die für die bisher erschienenen unten angegeben sind, werden für Dauerbezoher, die nicht Mitglied sind, bei Bezug der ganzen Reihe 15 % und bei Bezug einzelner Abteilungen der Reihe I 10 % des Ladenpreises als Rabatt gewährt. Für die Mitglieder gelten darüber hinaus weitere Ermäßigungen: sie erhalten bei Bezug einer Einzelschrift 30 % Rabatt, bei Bezug einzelner Abteilungen der Reihe I 33 1/3 % und bei Dauerbezug einer ganzen Reihe 35 %. Ferner wird den Mitgliedern der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft für das von dem mit der Gesellschaft befreundeten Institut für angewandte Wirtschaftswissenschaft herausgebrachte

„Verzeichnis der wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer“

das über den Werdegang, die Arbeitsgebiete und die Veröffentlichungen der Hochschullehrer Auskunft gibt, eine beträchtliche Preisermäßigung eingeräumt. Der annähernd 1000 Seiten umfassende Band kostet gebunden 24.— RM., für Mitglieder 15.— RM.; broschiert 22.50 RM., für Mitglieder 13.80 RM.

Die korporativen Mitglieder der Gesellschaft erhalten sämtliche vom Tage des Eintritts an erscheinende Veröffentlichungen unentgeltlich. Einzelmitglieder erhalten jährlich 10 Bogen unentgeltlich. Bei Bestellung von Schriften über den Buchhandel ist der Nachweis der Mitgliedschaft erforderlich.

Bestellschein

Ich bestelle aus dem Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, Urbanstr. 12—16, und Berlin NW 7, Schiffbauerdamm 19, durch die Buchhandlung

zum Einzelbezugspreis:

Schriften:

..... Stück Band 1: Tagungsbericht 1937	gebunden	Diese Bände sind gleichzeitig die ersten Bände der Unterabteilungen „Tagungsberichte“, „Wirtschaftserziehung“, „Bankwesen und Finanzierung“, „Genossenschaftswesen“, „Sozialpolitik“	13.20 RM.	9.25 RM.
..... Stück	brotschiet		11.70 RM.	8.20 RM.
..... Stück Band 2: Feld, Erziehung zu Beruf und Wirtschaft			6.60 RM.	4.60 RM.
..... Stück Band 3: Steuer, Unbarer Zahlungsverkehr			3.80 RM.	2.70 RM.
..... Stück Band 4: Behm, Wirtschaftsgenossenschaften			2.70 RM.	1.90 RM.
..... Stück Band 5: Tagungsbericht 1938	gebunden		15.50 RM.	10.85 RM.
..... Stück Band 5:	brotschiet	14.— RM.	9.80 RM.	
..... Stück Band 6: Dittrich, Entstehung der Angestelltenchaft		7.80 RM.	5.45 RM.	

Sonderausgaben aus dem Tagungsbericht 1937

..... Stück Hasenack, Wirtschaftsfrage und Bilanzgestaltung		1.70 RM.	1.20 RM.
..... Stück Hesse, Halzbedarf		1.10 RM.	— .80 RM.
..... Stück Jeferich, Gemeindefinanzen		1.20 RM.	— .85 RM.
..... Stück Kalberam, Bank- und Kreditwesen		1.60 RM.	1.15 RM.
..... Stück Karlowa, Kolonialprobleme		1.10 RM.	— .80 RM.
..... Stück Scholz, Wirtschaftsaufschwung durch Motorisierung		— .90 RM.	— .65 RM.
..... Stück Schöerlin v. Krosigk, Wirtschafts- und Finanzpolitik		— .60 RM.	— .45 RM.
..... Stück Spieß, Eisenbahntarif		— .90 RM.	— .65 RM.
..... Stück Syrup, Arbeitseinsatz		— .75 RM.	— .55 RM.

Sonderausgaben aus dem Tagungsbericht 1938

..... Stück Graß, Südosteuropa		1.80 RM.	1.25 RM.
..... Stück Hesse, Voraussetzungen der Volkswirtschaftslehre		1.— RM.	— .70 RM.
..... Stück Koenigs, Wasserstraßenbaupolitik		1.30 RM.	— .90 RM.
..... Stück Krohn, Reform der Sozialversicherung		— .60 RM.	— .45 RM.

Vorträge und Abhandlungen:

..... Stück Böll von der Rahmer, Währungsstabilisierung		2.10 RM.	1.50 RM.
..... Stück Spitta, Handelsvertragsverhandlungen		— .90 RM.	— .65 RM.
..... Stück Kemmer, J. f. G. Justi		2.20 RM.	1.55 RM.
..... Stück Braß, Versicherungswirtschaft		— .90 RM.	— .65 RM.
..... Stück Haensel, Wirtschafts- und Finanzpolitik der USA		1.10 RM.	— .80 RM.
..... Stück Teichmann, Private Krankenversicherung		— .80 RM.	— .60 RM.

Verzeichnis der wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer,

herausgegeben vom Institut für angewandte Wirtschaftswissenschaft

gebunden	24.— RM.	15.— RM.
brotschiet	22.50 RM.	13.80 RM.

zum Dauerbezug:

(Kündigungsmöglichkeiten jeweils nur zum 31. März jeden Jahres mit 3mon. Frist)

..... Stück	sämtlicher „Schriften der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft“ (Reihe I) mit 15 %iger Ermäßigung.
..... Stück	baselbe für Mitglieder der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft mit 35 %iger Ermäßigung.
..... Stück	sämtlicher „Vorträge und Abhandlungen der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft“ (Reihe II) mit 15 %iger Ermäßigung.
..... Stück	baselbe für Mitglieder der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft mit 35 %iger Ermäßigung.
..... Stück	sämtlicher Schriften, die in der Unterabteilung Tagungsberichte Wirtschaftserziehung Bankwesen und Finanzierung Genossenschaftswesen Sozialpolitik (Nichtzutreffendes ist zu streichen)
	der „Schriften der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft“ (Reihe I) erscheinen, mit 10 %iger Ermäßigung.
..... Stück	sämtlicher Schriften, die in der Unterabteilung Tagungsberichte Wirtschaftserziehung Bankwesen und Finanzierung Genossenschaftswesen Sozialpolitik (Nichtzutreffendes ist zu streichen)
	der „Schriften der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft“ (Reihe I) erscheinen, mit 33 1/3 %iger Ermäßigung für Mitglieder der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft.

Ort und Tag:

Name und Straße:

Mitglieds-Nr. bei der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft:

4A

5731

OST-EUROPA-MARKT

19. Jahrgang

September-Oktober 1939

Heft 9/10

Die Industrie in Posen und Westpreußen.

Von Dr. Imma S w a r t.

Die alten preußischen Agrarprovinzen Posen und Westpreußen sind zum Deutschen Reich zurückgekehrt. Sie waren vor dem Kriege die Getreidekammern Preußens, und die Regierung trieb ihnen gegenüber eine ausgesprochene Agrarpolitik. Sie sorgte für eine Intensivierung der Landwirtschaft und verband damit den Aufbau einer landwirtschaftlichen Industrie, die in den Zweigen der Zuckerindustrie, sowie der Spiritus-, Tabak-, Mühlen-, Kartoffelverarbeitungs- und Düngemittelindustrie, weniger in der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie sehr gut entwickelt und in weiterem Aufblühen begriffen war. Da den Gebieten im Raume des arbeitsteiligen deutschen Industriestaates nur die Aufgabe der Lebensmittelversorgung zukam, so war es selbstverständlich und für das allgemeine Niveau am besten, daß, abgesehen von den ausgesprochen landwirtschaftlichen Industrien, keinerlei sonstige Industriezweige herangezogen wurden.

Allgemeine Entwicklung.

Diese Verhältnisse haben sich im Rahmen des polnischen Staates völlig verändert, da die beiden Provinzen nur Glieder eines Agrarstaates wurden, der in weiten Gebieten keine Industrie oder nur schwache Anfänge einer landwirtschaftlichen Industrie aufwies. Die eigentlichen Industriegebiete des neuen polnischen Staates hatten nur einige wenige Zweige zu einer großindustriellen Entwicklung gebracht bzw. übernommen, so die Schwerindustrie in Oberschlesien und die Textilindustrie in Kongreßpolen. Es fehlten vielfach die weiterverarbeitenden Industrien und die Industrien für die Erzeugnisse des täglichen Bedarfs. Die Lebensmittelindustrie war noch unentwickelt. Der Fortschritt der Technik brachte die Notwendigkeit, neue Industriezweige ins Leben zu rufen.

Die wirtschaftliche Rolle der beiden Provinzen mußte sich diesen Gegebenheiten anpassen und damit der Weg zu einer verhältnismäßig stärkeren Entwicklung der Industrie beschritten werden. Wie alle europäischen Agrarstaaten, so stellte sich auch Polen im Zeitalter der Autarkiebestrebungen auf eine tiefgreifende Industrialisierung ein. Es entstand die Frage, wo die nicht standortgebundenen weiterverarbeitenden Industrien entstehen, bzw. weiter entwickelt werden sollten. Durch ihren gegenüber dem übrigen Polen außerordentlich hohen Lebensstandard boten Posen und Westpreußen die besten Voraussetzungen für den Ausbau der Konsum-

Ext. A

Tartu Ülikooli
Raamatukogu

29035

güterindustrien, zumal es hier Privatkapital und einen Mittelstand gab, der Träger dieser Entwicklung sein konnte, im übrigen Polen aber fehlte. In den beiden Westgebieten entwickelte sich auch tatsächlich eine verhältnismäßig vielseitige Kleinindustrie, die bald einen erheblichen Teil des gesamtpolnischen Bedarfs deckte. Nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter geschätzt, deckte die Posener Industrie zuletzt in den Zweigen der Metallindustrie, der chemischen, Mineral-, Holz-, Konfektions-, Leder-, Papier- und graphischen Industrie 7—12 % des gesamtpolnischen Bedarfs, in der Lebens- und Genußmittelindustrie über 25 % des gesamt-polnischen Bedarfs.

Normalerweise hätte die industrielle Entwicklung Posens und Westpreußens nach dem Kriege einen weit größeren Umfang annehmen müssen, als es tatsächlich der Fall ist. Aber die Unifizierungsmaßnahmen der Regierung, die das Ziel der wirtschaftlichen Vereinheitlichung der drei Teilgebiete anstrebten, vernachlässigten die früheren preußischen Gebiete in einer unverantwortlichen Weise und stützten mit allen Mitteln den Industriesaufbau in den zentralen und östlichen Gebieten. Der zunehmende Zentralismus tat das übrige, um Posen und Westpreußen um die ihnen zukommende führende Stellung in der polnischen Gesamtwirtschaft zu bringen. Die einseitige Industriepolitik hat dazu geführt, daß in Posen und Westpreußen die landwirtschaftliche Industrie bei der Rückkehr zu Deutschland in ihrer Gesamtheit nicht mehr so gesund und leistungsfähig dasteht, wie vor dem Weltkrieg, was in Anbetracht des allgemeinen Fortschritts in anderen Staaten einen empfindlichen Rückschritt bedeutete. Auf der anderen Seite ist der Aufbau der Industrie vielseitiger geworden, ohne daß indessen die finanzielle Leistungsfähigkeit in entsprechendem Umfang zugenommen hätte. Der Handelskrieg mit Deutschland führte wohl zum Aufbau einiger neuer Industrien, aber nicht dazu, daß diese sich auch gesund entwickeln konnten.

Mit der planmäßigen wirtschaftlichen Vernachlässigung seiner wertvollsten Gebiete hat der polnische Staat in zwanzig Jahren die Schuld vergrößert, die er durch den Raub auf sich geladen hatte. Alle wirtschaftlichen Aufbaupläne der polnischen Regierung forderten von dem früher deutschen Teilgebiet nur Opfer und führten zu einer erheblichen Niveausenkung. Merkwürdigerweise hat selbst der viel bewunderte Aufschwung Gotenhafens nicht zu einer wirtschaftlichen Belebung des Hinterlandes geführt. Der wirtschaftliche Stillstand der beiden Westwojewodschaften hat seinen sichtbaren Ausdruck in dem Absterben der Kleinstädte gefunden. Während die großen Zentren wie Posen, Bromberg, Thorn und Graudenz durch einen starken Zuzug vom Lande und infolge der Nachkriegsentwicklung ihrer Industrie für den täglichen Bedarf in schneller Ausdehnung begriffen sind (Wachstum der Bevölkerung von 1921—1931 um 33,5 % in Posen; 34,1 % in Bromberg; 37,7 % in Thorn; 50,4 % in Graudenz), haben die kleinen Städte in den 20 Jahren der polnischen Herrschaft keinerlei wirtschaftliche Fortschritte gemacht.

Ein großer Teil von ihnen weist sogar einen absoluten Rückgang der Einwohnerzahlen auf, der keineswegs allein auf die Abwanderung des Deutschtums, sondern auch auf Abwanderungstendenzen des Polentums nach dem Osten des Landes, wo künstlich Konkurrenzindustrien hochgezüchtet wurden, zurückzuführen ist.

Die Struktur der Industrie in Posen und Westpreußen.

Ueber die heutige Struktur der Industrie in Posen und Westpreußen, wo trotz der angedeuteten Veränderungen die landwirtschaftlichen Industrien noch immer bestimmend sind, gewinnt man durch die Betrachtung der Zahl der beschäftigten Arbeiter und der Betriebe ein Bild.

Die in der Industrie beschäftigten Arbeiter (1937).

Industrie	Posen	%	Westpreußen	%
Insgesamt	47 524	100,0	43 803	100,0
Industrie der Steine und Erden	6 900	14,5	5 292	12,0
Metall- und elektrotechnische	7 420	15,6	7 098	16,1
Chemische Industrie	2 441	5,1	2 793	6,4
Textilindustrie	3 107	5,6	420	1,0
Papierindustrie	974	2,1	1 919	4,4
Lederindustrie	485	1,0	362	0,5
Holzindustrie	4 122	8,7	5 690	13,0
Lebensmittelindustrie	13 960	29,4	11 596	26,4
Konfektions- und Spielwaren	1 946	4,1	931	2,1
Polygraphische Industrie	1 522	3,2	1 402	3,2
Bauindustrie	3 988	8,4	5 031	11,5
Elektrizitäts- und Wasserwerke	652	1,4	569	1,4
Bergbau	7	0,0	680	1,6

Die wichtigsten Industrien sind neben der Lebensmittelindustrie die Metallindustrie, die Industrie der Steine und Erden und die Holzindustrie. Den Rückgang gegenüber der Vorkriegszeit, der mit Ausnahme der Metallindustrie gerade in den grundlegendsten Industrien mit Einschluß der Lebensmittelindustrie, für die vergleichende Angaben fehlen, am größten ist, zeigt folgende Aufstellung:

Zahl der beschäftigten Personen in der Industrie der Wojewodschaft Posen.

Industriezweig	1907	1933	1938
Industrie der Steine und Erden, Bergbau	16 724	2 870	6 130
Metallindustrie	19 862	4 107	17 723
Elektrotechnik	1 152	1 152	1 318
Chemische Industrie	2 290	2 148	3 089
Textilindustrie	809	673	1 030
Papierindustrie	—	1 138	1 298
Graphische Industrie	3 020	1 118	2 096
Lederindustrie	2 171	485	438
Holzindustrie	14 961	3 638	5 104
Lebensmittelindustrie	—	8 769	10 997
Bekleidungsindustrie	30 690	1 587	2 040

Die Gesamtzahl der in der Posener Industrie Beschäftigten belief sich Anfang 1938 auf 40 200 Arbeiter in Betrieben mit über 20 Arbeitern und auf 53 500 Arbeiter in Betrieben unter dieser Zahl. Diese Angaben weisen bereits auf die vorwiegend kleinbetriebliche Struktur der Industrie in diesen Gebieten hin. Die Gesamtzahl der

4 266 Gewerbebetriebe in Posen und Westpreußen verteilte sich, wie folgt, auf die einzelnen Industriezweige:

Industrie	Zahl der Betriebe (Kat. I—VII) (Ende 1937)
Lebensmittel	1984
Steine und Erden	351
Metall	276
Chemische	171
Elektrotechnische	21
Textil	104
Papier	32
Leder	26
Holz	557
Konfektion	160
Spielwaren	4
Graphik	118
Bauindustrie	462
	4266

Deutlich heben sich wieder die Lebensmittelindustrie und in weitem Abstand die Holzindustrie, die Steine- und Erden- und die Metallindustrie als wichtigste Industriezweige ab.

Die Struktur der Industrie ist, wie schon gesagt, vorwiegend kleinbetrieblich, und zwar sind in den letzten Jahren gerade die Klein- und Mittelbetriebe weit schneller gewachsen als die größeren Betriebe, so daß der kleingewerbliche Charakter sich im Vergleich zur Vorkriegszeit wie auch im Vergleich zu der Zeit der Höchstkonjunktur vor der Weltkrise erheblich verstärkt hat. Diese Erscheinung war übrigens für die gesamtpolnische Industrieentwicklung typisch, aber sie hat sich am stärksten in den Westwojewodschaften ausgewirkt. Nehmen wir die Zahl der erteilten Gewerbescheine im Jahre 1928 mit 100 an, so ergaben sich für das Jahr 1937 Indices, die zeigten, in wie weitem Ausmaß gerade die kleinen Handwerksbetriebe mit bis zu fünf Arbeitern das Uebergewicht in der gesamten Industriestruktur erhalten hatten.

Die Betriebsklassen der Gewerbescheine	Westwojewodschaften
Kat. I—III (Großbetriebe)	67
Kat. IV—V (Mittelbetriebe)	62
Kat. VI—VII (Kleinbetriebe)	72
Kat. VIII (Handwerksbetriebe)	166

Durch die große Wirtschaftskrise erfuhr die Zahl der Betriebe mit Ausnahme der Handwerksbetriebe eine starke Verminderung, die in Posen und Westpreußen 34 % erreichte. Am stärksten wurden die Lederindustrie (Rückgang 61,2 %) und die Metallindustrie (Rückgang 34 %) getroffen, etwas weniger die Holzindustrie (Rückgang 27 %). Der Gesamtrückgang in den Jahren 1928 bis 1938 war in Posen und Westpreußen um 30 % größer als in den übrigen Gebieten Polens. An dem Aufschwung nach der Krise nahmen diese beiden Wojewodschaften lange nicht in dem Ausmaße teil wie das übrige Polen. Erst die beiden letzten Jahre haben ihnen einen größeren Aufschwung der Wirtschaft gebracht, was sich in einem Beschäftigungszuwachs ausdrückte.

Infolge der Krise und der langsamen Aufwärtsentwicklung hat die Modernisierung der Industrieanlagen nicht mit der Zeit Schritt gehalten; diese sind weitgehend überaltert und ersatzbedürftig. In Posen müßten 40 % und in Westpreußen 60 % aller Dampfkessel durch neue ersetzt werden. Eine Aufstellung des Warschauer Kesselüberwachungsvereins gab über diesen Zustand Aufschluß.

Das Alter der Kessel in Posen und Westpreußen.

	Posen	Pommellen
Zahl der Kessel 1935	5478	2368
Zahl der Kessel mit einem Alter über 30 Jahren . . .	2677	1429
Zahl der Kessel mit einem Alter unter 30 Jahren . . .	2801	939
Verhältnis der Zahl der Kessel über 30 Jahren zu der Gesamtzahl der Kessel	49 %	60 %

Dieser „Abrüstung“ der Fabriken Einhalt zu gebieten, wird einen erheblichen zusätzlichen Kapitalaufwand erfordern. Polnische Fachkreise hielten 19 Mill. Zl. zur Auffrischung aller Kessel für erforderlich.

Die Hauptindustrieweige.

Die Lebensmittelindustrie in ihrer Gesamtheit umfaßt die bei weitem wichtigsten Industriezweige Posens und Westpreußens, da sie auf der Landwirtschaft basiert. Die einzelnen Zweige haben sich in der Nachkriegszeit ziemlich unterschiedlich entwickelt, alte Industrien sind in erster Linie die Zuckerindustrie, die Mühlenindustrie, die Brennerei-, die Kartoffelverarbeitungs- und die Brauereiindustrie, neu entstanden sind vor allem die Bacon- und die Konservenindustrie. Auch das Molkereiwesen hat nach dem Kriege im Zuge des allgemeinen Fortschritts auf diesem Gebiete eine Ausdehnung erfahren. Die alten Zweige der Lebensmittelindustrie sind alle übersezt, da sie nach dem Kriege ihre alten guten Absatzmärkte verloren haben, ohne daß sich ihnen als Ersatz neue eröffneten. Ihre Leistungsfähigkeit ist daher ungenügend ausgenutzt. Eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und die damit verbundene Steigerung der Erzeugung in den landwirtschaftlichen Industrien einschließlich der landwirtschaftlichen Bedarfsindustrie (Maschinenindustrie) wird infolgedessen im allgemeinen keine Neuanlagen notwendig machen, sondern es wären lediglich Investitionen zur Erneuerung der zum Teil sehr veralteten Produktionseinrichtungen notwendig.

Einer grundlegenden Modernisierung wurde nach dem Kriege nur die Zuckerindustrie unterzogen. Für ihre Entwicklung bestehen gute natürliche und verkehrswirtschaftliche Voraussetzungen. Ein Teil der Fabriken ist schon sehr alt und Ende des vorigen Jahrhunderts errichtet worden. Heute arbeiten in Posen und Westpreußen 22 Zuckerfabriken, die im letzten Jahre 285 400 t Rohzucker erzeugten. Sie wiesen im Durchschnitt ein tägliches Maximalarbeitsvermögen von 17 300 dz auf, doch ist diese besonders im Vergleich zu den kongreßpolnischen Fabriken sehr hohe Erzeugungskapazität nur etwa zur Hälfte ausgenutzt. Der größte Teil der Produktion entfällt auf das Posener Gebiet. Die Erzeugung ist seit 1925 kontingentiert. Ueberhöhte Inlandspreise und Dumpingexport charakterisieren die Entwicklung in der Nachkriegszeit. Der Exportcharakter dieser Industrie ließ eine straffe Kartellorganisation entstehen. Den Zuckerexport für ganz Polen führt die kapitalkräftige Zuckerbank in Posen durch. Man

darf annehmen, daß sich die augenblickliche Zuckererzeugung Posens und Westpreußens bei Einsatz aller Kräfte um etwa das Doppelte steigern ließe.

Mehr noch als die Zuckerindustrie trägt die Bacon- und Fleischkonservenindustrie in Posen und Westpreußen reinen Exportcharakter. Sie entstand erst zur Zeit des Handelskrieges mit Deutschland, als sich Polen mit aller Energie dem englischen Markt zuwandte und in Anpassung an seine Ansprüche das englische Weißschwein zu züchten begann. Seit 1930 begann die Baconausfuhr ein bedeutender Faktor in der polnischen Handelsbilanz zu werden, später entwickelte sich die Ausfuhr von Dosenschinken nach Amerika zeitweise sehr zufriedenstellend. In Posen und Westpreußen liegen 15 Fleischverwertungsfabriken, von denen allein fünf große Fabriken der Firma Bacon-Export, Gnesen, gehören. Die Fabriken sind größtenteils in jüdischer Hand, ausländisches Kapital ist in bedeutendem Umfang beteiligt. Die polnische Ausfuhr von Bacon und Dosenschinken ist zwar in den letzten Jahren sehr gewinnbringend gewesen, aber infolge der englischen Einfuhrkontingentierung ging die Ausfuhr sehr zurück. Im letzten Jahre führte Polen 21 000 t Bacon und 17 000 t Dosenschinken aus, — knapp die Hälfte der Bacon- und 80 % der Dosenschinkenausfuhr entfiel dabei auf Posen und Westpreußen. Hier hat das Aufkommen dieser Industrie indessen dem Fleischereigewerbe erheblich geschadet. Es ist bemerkenswert, daß in den letzten Jahren die Ausfuhr von lebenden Schweinen, deren fast ausschließlicher Abnehmer Deutschland war, im Verhältnis zu der Fleischwarenausfuhr zugenommen hat.

Das Molkereiwesen in Posen und Westpreußen hat nach dem Kriege eine bedeutende Weiterentwicklung erfahren, wohl als einziger Zweig der landwirtschaftlichen Industrie in diesem Gebiet. Die Zahl der Milchkuhe ist seit einer Reihe von Jahren ständig gewachsen, was teilweise auf eine Zunahme der Kleinbetriebe zurückzuführen ist. Die jährliche Milchverarbeitung in den Molkereibetrieben beträgt in Posen 360 Mill. Liter (nach ungefährender Schätzung) oder 40 % der Milcherzeugung und in Westpreußen etwa 200 Mill. Liter.

In Westpreußen sind insgesamt 180—200 Molkereibetriebe vorhanden, in Posen etwa 200, davon sind 57 % private, 35 % genossenschaftliche und 8 % Gutsmolkereien. Die privaten und Gutsmolkereien gehören meist zu dem Typ ganz kleiner Molkereien, die für den lokalen Bedarf arbeiten. Sie verarbeiten etwa ein Drittel der an Molkereien gelieferten Milchmenge, zwei Drittel verarbeiten die Genossenschaften. Die anerkannten Molkereibetriebe, die Standardbutter erzeugen können, sind fast alle genossenschaftlich organisiert, wie das Molkereiwesen im bisherigen Polen überhaupt. Ende 1937 gehörten in Posen 38 Genossenschaftsmolkereien mit 2986 Mitgliedern zum polnischen Genossenschaftsverband und in Westpreußen 39 mit 3005 Mitgliedern. Der Stand der deutschen Molkereigenossenschaften zeigt für Ende 1937 folgende Aufstellung:

	Posen	Pommerellen
Zahl der Genossenschaften	51	49
Mitglieder	3 466	2 361
Zahl der angemeldeten Kühe	47 120	42 056
Milcheinlieferung (Mill. Liter)	116,3	84,8
Buttererzeugung (1000 kg)	3 909	2 742
Bilanzsumme (1000 Zł.)	6 133	4 156

Die Genossenschaften sind fast ganz auf Buttererzeugung eingestellt. Der Frischmilchverkauf ist gering, ebenso die Käseerzeugung. Die Buttererzeugung war bisher in erster Linie auf den Export eingestellt, den die genossenschaftlichen Molkereizentralen fast allein bestritten. Durch die Einführung der großen Standardisierung im Jahre 1936 gelang es in kurzer Zeit, die Qualität der polnischen Butter unter führender Beteiligung der deutschen Molkereien sehr zu heben und auch auf dem englischen Markt gute Preise zu erzielen. Die Butterausfuhr wurde nur staatlich anerkannten Betrieben gestattet.

Posen, weniger Westpreußen, sind als Getreideüberschußprovinzen schon von früher her Gebiete mit einer alten, sehr ausgedehnten Mühlenindustrie. Dieser Zweig der Wirtschaft ist jedoch nicht in dem Maße gestaltet, wie das in Anbetracht der agrarischen Grundlagen des Landes zu erwarten wäre. Da Polen fast 90 % seines Getreides in unverarbeitetem Zustand ausfuhrte und die Mehlausfuhr demgegenüber ständig abnahm, konnte die Leistungsfähigkeit besonders der Großmühlen nicht entfernt ausgenutzt werden. Durch die starke Ueber-

setzung befand sich die Mühlenindustrie in einer permanenten Krise. Die Zahl der Mühlen beträgt nach der allerdings unvollständigen polnischen Industriestatistik von 1937 für Posen 933 Mühlen und für Westpreußen 265 Mühlen. Die maximale Produktionsfähigkeit der Mühlen in beiden Gebieten läßt sich mit 3,3—4,3 Mill. t nur sehr ungefähr angeben.

Die Kartoffelverarbeitungsindustrie liegt sehr danieder, vor dem Kriege blühte sie. Die Stärkeproduktion betrug 1937 in 20 arbeitenden Fabriken 227 000 dz. Der größte Kartoffelverarbeitungs Konzern auf dem Kontinent „Lubań-Wronki“ hat mit seinen sieben Fabriken schwere wirtschaftliche Schläge hinter sich. Die Kartoffeltrocknungsindustrie hat vor dem Kriege das Zehnfache von heute produziert. Die 633 Brennereien in Posen und Westpreußen erzeugten 1937 mit 440 000 hl Spiritus etwa die Hälfte der Vorkriegsmenge. Das staatliche Monopol hat diesen Rückgang sehr verstärkt.

Abgesehen von den Lebensmittelindustrien hat sich in Posen und Westpreußen die Metallindustrie zu erheblicher Bedeutung entwickelt, fußend auf der Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte. Die kleinen Maschinenfabriken in den Provinzstädten, die sich in der Vorkriegszeit meist aus Reparaturwerkstätten entwickelt hatten, können heute nicht leben und nicht sterben, neue Landmaschinenfabriken sind nach dem Kriege nicht entstanden. Die 40—50 vorhandenen sind fast durchweg ziemlich unbedeutende Betriebe geblieben. „Ventzki-Unja“ in Graudenz (3,5 Mill. Zl. Umsatz, 600 Arbeiter) und die Maschinenabteilung der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft in Posen ragen aus der Masse heraus. Dem führenden schwerindustriellen Betrieb des ganzen Gebietes, H. Cegielski in Posen (2500 Arbeiter, 25 Mill. Zl. Bilanzsumme) hat sich nach dem Kriege eine vielseitige Produktion angegliedert, die sich auf Lokomotiv- und Waggonbau, Dampfmaschinen, Walzen u. a. erstreckt. Einige Zweige der Metallindustrie sind nach dem Kriege neu entwickelt worden, so z. B. die Fahrradindustrie, die Armaturenerstellung, die Herstellung von Metallgeräten für Wohnungseinrichtungen, Heizungskörper und dergl.

Ebenso hat sich die elektrotechnische Industrie ausgedehnt.

Die chemische Industrie ist in dem Zweig der Kunstdüngerherstellung durch zwei große Superphosphatfabriken vertreten, in dem der Gummiindustrie durch eine große Fabrik in Graudenz und die „Stomil“ A.-G. in Posen, die Autoreifen herstellt. In der Parfümerie- und Seifenindustrie waren die Westgebiete in Polen neben Warschau führend und man suchte die Verarbeitung inländischer Fette und Öle zu fördern.

Von größerer Bedeutung sind noch die Ziegelindustrie und die Holzindustrie. Nach der polnischen Industriestatistik waren in Posen und Westpreußen 1937 255 Ziegeleien vorhanden, die Ziegelproduktion betrug 447,2 Mill. Stück Ziegeln und 2,6 Mill. Stück Klinker. Die Ziegelindustrie hat unter ungünstigen Entwicklungsbedingungen gestanden. Für die Holzindustrie ist die Lage der Sägemühlen von der größten Wichtigkeit. Sie liegen zu einem Teil in Westpreußen. Bromberg war immer ein wichtiger Holzumschlagsplatz. Das polnische Holz wurde in erster Linie über Danzig ausgeführt. Seit einigen Jah-

ren wird die Ausfuhr von Sperrholz gefördert. Eine nicht unbedeutende Möbelindustrie ist in beiden Gebieten entstanden, die auch in Oberschlesien Absatz gefunden hat.

Es würde viel zu weit führen, alle Industriezweige in ihrer Entwicklung aufzuzeigen. Die Industrie in Posen und Westpreußen steht vor großen Umwälzungen. Das deutsche Element wird wieder überall wirken und neue Möglichkeiten auffinden. Im ganzen ist wohl anzunehmen, daß die auf der Landwirtschaft basierenden Industrien beste Förderung genießen und schnell wieder aufblühen werden, während ein Teil der Nachkriegsindustriezweige das Feld den besser ausgerüsteten Industrien im Altreich überlassen dürfte, so daß das Gebiet seinen landwirtschaftlichen Charakter wieder verstärkt geltend machen wird.

Dieser Aufsatz ist die kurze Zusammenfassung einer Arbeit, die von der Verfasserin im Osteuropa-Institut in Breslau erschienen ist.

Die Wirtschaft Danzig – Westpreußens.

Entwicklungsmöglichkeiten in der großdeutschen Volkswirtschaft.

Von Edgar Sommer, Danzig.

Zehn Wochen sind verstrichen, seitdem die Hansestadt Danzig am 1. September 1939 mit den zu dem früheren Freistaat gehörenden Gebieten die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich im Wege eines Staatsgrundgesetzes verkündete. Verstummt ist heute der Geschützdonner im Hafen und an den Grenzen Danzigs. Beendet sind auch die wirtschaftlichen Kämpfe mit den Polen. Der polnische Staat hat sich in dem ungestümen Vormarsch der deutschen Truppen in seine Bestandteile aufgelöst, von denen einer an Sowjetrußland gefallen ist. Mit dem Zusammenbruch des Staates ist auch die Konstruktion des polnischen Wirtschaftsgebäudes wie eine Seifenblase zerplatzt. Die Kriegswochen haben den Beweis erbracht, daß die Organisation der polnischen Wirtschaft auf tönernen Füßen stand und daß das Kriterium jeder Volkswirtschaft, die wehrwirtschaftliche Bereitschaft, nicht auf Polen anzuwenden war. Zwar hatten die Polen im Zuge ihrer Generalmobilmachung Kriegsvorräte angesammelt, aber weder die Rationierung noch die Verteilung auf die einzelnen Gebiete war erfolgversprechend in die Wege geleitet worden. Heute sind die Teilgebiete des früheren Polens ihren natürlichen Wirtschaftsräumen zugeführt. Mit Ausnahme der östlichen Gebiete, die früher von den Wojewodschaften Wilna, Nowogrodek und Wolhynien erfaßt wurden und jetzt an Rußland gefallen sind, stehen sämtliche übrigen polnischen Gebiete innerhalb der deutschen Reichsinteressen. Die früheren deutschen Provinzen Westpreußen und Posen können jetzt wieder diejenigen wirtschaftlichen Funktionen übernehmen und ausweiten, die sie vor dem Kriege ausgeübt haben. Das Gebiet der ehemaligen Freien Stadt Danzig und Westpreußen bilden einen Reichsgau Danzig, dessen Hauptstadt Danzig ist. Damit verschwinden die Begriffe Westpreußen oder Pomerellen als innenpolitische Größen aus der Reichsverwaltung.

Gebietsgrenzen und agrarische Leistungen.

Der neue Reichsgau Danzig dürfte nach der endgültigen Festlegung seiner Grenzen ein Gebiet von rund 30 000 qkm beherrschen, wovon auf das bisherige Danzig rund 1950 qkm entfallen. Er ist damit kleiner als der neue Gau Posen, welcher rund 38 000 qkm umfassen wird. Dagegen sind aber seine Verkehrsmöglichkeiten weit reichhaltiger. Auf sie wird weiter unten zurückzukommen sein.

In der deutschen Tagespresse ist in den letzten Wochen als Ausgangsstellung für die Betrachtung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Gaus Danzig hauptsächlich die agrarische Leistungsfähigkeit des Gebietes berücksichtigt worden, wie sie in den Jahren 1909 bis 1913 zu deutscher Zeit statistisch festgehalten worden ist. Gewiß geben diese statistischen Unterlagen einen gewissen Anhaltspunkt für die wirtschaftliche Kapazität des Reichsgaues, so daß sie auch hier nicht fehlen sollen.

Bei einer landwirtschaftlichen Gesamtnutzungsfläche Westpreußens im Jahre 1913 von 1 633 238 ha stellte sich der Weizenanbau auf 4,8, der Roggenanbau auf 30,0 v. H. der Ackerfläche. Danach ist Roggen die hauptsächlichste Anbaufrucht in Westpreußen — und auch in Posen. Der Gerstenanbau betrug etwa 5,0 v. H. im Jahre 1913, der Haferanbau etwa 9,5 v. H. der Ackerfläche. Zusammengenommen waren vor dem Weltkriege etwa 49,3 v. H. der Ackerfläche Westpreußens allein mit Getreide bestellt — in Posen 54,8 v. H. Darüber hinaus spielt der Kartoffelanbau eine große Rolle, und zwar stellt sich für diese Hackfruchtart der prozentuale Anteil in 1913 auf 14,9 v. H. der Ackerfläche Westpreußens. Nicht unerwähnt darf auch der Zuckerrübenanbau bleiben, der mit einem Hundertsatz von 2,3 v. H. der Ackerfläche in Erscheinung getreten ist und sehr intensiv betrieben wurde. Einen Begriff von der intensiven Bewirtschaftung des Gebietes zu deutscher Zeit erhalten wir durch einen Blick auf die Statistik der Ernteerträge, wobei wir als Vergleich noch Posen heranziehen wollen:

Ernteerträge Westpreußens und Posens bei den wichtigsten Feldfrüchten
in den Jahren 1909 bis 1913 (in dz):

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln	Zucker- rüben
Westpreußen	924 244	4 657 335	951 442	1 549 026	19 764 072	5 792 500
Posen	1 701 084	11 292 655	2 436 221	3 017 499	42 253 867	21 078 081

Hinzu kommt die Viehzucht, die zwar nicht so intensiv wie beispielsweise in Ostpreußen betrieben wird, dafür aber infolge der geringen Bevölkerungsdichte und der damit verbundenen geringen Konsumkraft erhebliche Überschüsse für die Ausfuhr freiließe. Auch für Holz hatten Posen und Westpreußen vor dem Weltkriege gewisse Ausfuhrüberschüsse. Was die Industrialisierung anbetrifft, so war sie damals in der Hauptache landwirtschaftlich bedingt und gestattete die Errichtung von Veredelungsindustrien, wie Mühlen, Brennereien, Zuckerfabriken, Molkereien usw., welche naturgemäß standortgebunden waren. Die Polen haben späterhin versucht, diese Bemühungen auf ihre Art fortzusetzen, indem sie sich an das Beispiel der Freistaatwirtschaft hielten und in Pommerellen eine Nahrungsmittelindustrie hervorzubringen versuchten, jedoch konnten sie der Danziger Konkurrenz nichts Gleichwertiges entgegenstellen.

Die Veränderungen gegenüber der Zeit vor dem Weltkriege.

Damit sind wir sogleich bei dem Umstand angelangt, der heute einen statistischen Vergleich zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Westpreußens in der Zeit vor dem Weltkriege und während der zwanzig Jahre polnischer Ausbeutung fast unmöglich macht.

Einem solchen statistischen Vergleich stellen sich die verschiedenen Entwicklungstendenzen der durch die Verträge von Versailles aus ihrer engen wirtschaftlichen Verflechtung mit dem Reichsgebiet herausgerissenen Teile Ostdeutschlands, insbesondere des Freistaates Danzig, entgegen. Der polnische Staat sah keine andere Möglichkeit der Einverleibung der deutschen landwirtschaftlich hochentwickelten Provinzen Westpreußen und Posen, als sie an das niedriger liegende Niveau seiner zentralen und östlichen Wojewodschaften anzugleichen. Die Folge war eine Abnahme der Acker- und Gartenländereien und der Viehweiden und Hutungen, dafür aber eine Zunahme der Wiesen und Forsten. Welche Auswirkungen eine solche plötzliche Umstellung von der intensiven Bewirtschaftung wertvoller Anbaufrüchte auf die Extensivierung der agrarischen Fläche für die Bevölkerung haben muß, ist leicht einzusehen. Nicht nur bei den dort verbliebenen Deutschen, denen die Agrarreform und die Steuerlasten den Boden unter den Füßen entzogen, sondern auch bei den Polen selbst war der Verarmungsprozeß in Westpreußen unvermeidbar. Hinzu kamen die verringerten Absatzmöglichkeiten nach dem deutschen Reich. Bei einer rückschauenden Betrachtung kann man sagen, daß Posen und Westpreußen in dem schlecht entwickelten polnischen Staat wie Fremdkörper wirkten.

Außerdem führte der Freistaat Danzig noch eine gesonderte Entwicklung durch, soweit die wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen Polens das zuließen. Für Danzig ist ungemein charakteristisch, daß für seine zu polnischer Zeit volkswirtschaftliche „Insel“ fast gar keine Vergleichsmöglichkeiten zu der Vorkriegszeit bestehen, höchstens lassen sich noch Entwicklungstendenzen erkennen. In den zwanzig Jahren der Abtrennung vom Reich hat Danzig als Abwehr gegen Polens Kampfmaßnahmen, die besonders den Hafen betroffen haben, neben seiner standortgebundenen Schwerindustrie (Werften, Waggonfabriken usw.) eine lokale Industrie aufgebaut, die eine beachtliche Kapazität entwickelt hat. Noch bis in das Jahr 1938 hinein wurden rentable Neugründungen industrieller Natur unternommen.*) Diese neuen Industrien waren im wesentlichen Veredelungsindustrien, nicht allein für landwirtschaftliche Produkte, sondern auch für industrielle Halberzeugnisse. Neben den Mühlen, Zucker- und Schokoladefabriken entstanden Konserven-, Essig- und Mostriechfabriken, entwickelte sich die Mineralwasserfabrikation, die Baumaterialienherstellung, eine ausgedehnte chemische und pharmazeutische Industrie, wurden Werke für Lederbearbeitung errichtet, elektrotechnische Betriebe, Papierfabriken, Webereien, Pelzwerkstätten, eine große Tabakfabrik, chirurgische und optische Werkstätten, Gummiwaren-, Treibriemen- und Kabelfabriken usw. erstellt. Die Danziger Industrie richtete ihren Absatz vor-

*) Vergleiche „Ost-Europa-Markt“, Heft 1 vom Januar 1939 den Artikel „Strukturwandlungen der Danziger Wirtschaft“ und Heft 7/8 vom Juli-August 1939 den Artikel „Danzig und die Königsberger Messe“ von demselben Verfasser.

nehmlich auf den polnischen Markt ein, hat aber auch bemerkenswerte Ausfuhrerfolge auf dem deutschen Binnenmarkt und auf verschiedenen ausländischen Märkten erzielen können. Bekannt sind die Lieferungen von Danziger Blechemballagen nach Ostpreußen. Danzig bringt also ein beachtliches industrielles Potential in den neuen Reichsgau, der dadurch eine ganz veränderte wirtschaftliche Struktur gegenüber der Vorkriegszeit erhält. Während in Westpreußen der agrarische Sektor zu erblicken ist, kann das Danziger Gebiet heute als das industrielle Zentrum des neuen Reichsgaues angesehen werden, dessen Eigenarten umso bemerkenswerter sind, als die heutigen industriellen Gründungen in Danzig sich zwanglos und ungewollt den Gedankengängen anschließen, die seinerzeit um die Jahrhundertwende der Oberpräsident von Goßler zu einem Teil und unter großen Schwierigkeiten finanzieller Art durchgeführt hat. In dieser Beziehung sind die zwanzig Jahre polnischen Wirtschaftskampfes eine Lehre gewesen, sie haben die Augen geöffnet für die Notwendigkeit eines Industrialisierungsprozesses im Osten Deutschlands, nicht nur aus Gründen des harmonischen Ausgleichs zwischen industriellem Sektor und agrarischem Hinterland, sondern auch um des Volkstumskampfes willen. Eine Industrialisierung verhindert wirksam die Abwanderung völkisch wichtiger Kräfte aus dem Osten nach dem Westen.

Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge, wie sie im Augenblick der Machtübernahme im befreiten Gebiete vorgefunden wurde, zeigt es sich, daß in dem neuen Reichsgau Danzig eine volkswirtschaftlich zu rechtfertigende Angleichung und Ausgleichung des industriellen an den agrarischen Sektor durchaus möglich ist, ohne die zukünftige Aufgabe des Reichsgaues, agrarisches Ueberschußgebiet für den deutschen Binnenmarkt zu sein, zu stören. Unter Zugrundelegung der Leistungsfähigkeit der Danziger Industrie und der bald wieder einsetzenden Arbeitssteigerung in der Landwirtschaft nach den Anordnungen des Reichsnährstandes dürfte sich sogar ein weit besseres Ergebnis erzielen lassen als in der Vorkriegszeit. Für die Landwirtschaft kommt die Motorisierung und die Rationalisierung der Arbeitsmethoden in Frage; die Industrie jedoch, die hauptsächlich Konsumgüter, zum Teil aber auch schon Produktionsgüter (Werkzeugmaschinen) herstellt, kann sich wirksam der deutschen Exportaktivität anschließen, die für den deutschen Außenhandel von größter Wichtigkeit ist. Andererseits berechtigt ihre genaue Kenntnis der polnischen Marktverhältnisse zu der Annahme, daß sie aus Gründen der Billigkeit, der Vereinfachung der gesamten reichdeutschen Marktorganisation und der Transportverbilligung nicht nur den westpreußischen, sondern auch Posen und den späteren polnischen Markt beliefert, der durch das frühere Kongreßpolen gekennzeichnet wird, in welchem Danziger Industrieprodukte sich trotz des polnischen Boykotts in den letzten Jahren dennoch durchgesetzt haben. Dabei wird man indessen irgendwelche Monopolisierungen zu vermeiden haben und im volkswirtschaftlichen Interesse bestimmten Danziger Artikeln ruhig eine andere deutsche

Konkurrenz lassen können, welche den Qualitätsgedanken nur fördern, im übrigen aber hinsichtlich der Preisgestaltung kein Unheil anrichten kann, da für die Ausbalancierung des Preisniveaus der überparteiliche Preiskommissar zuständig ist.

Die Konsumkraft des neuen Reichsgaues.

Eine sehr wesentliche Frage ist dabei die der Konsumkraft des neuen Reichsgaues, welche natürlich unter dem Blickwinkel der reichsdeutschen Voraussetzungen betrachtet werden muß. Die Unfähigkeit der Polen, mit den hochentwickelten Gebieten Westpreußens eine weitsichtige Wirtschaftspolitik zu unternehmen, insbesondere der Auspowerungsprozeß, der durch die Parzellierungen großer Güter und das Nachlassen der intensiven Bewirtschaftung der agrarischen Nutzfläche hervorgerufen wurde, hat eine **Arbeitslosigkeit** größten Ausmaßes erzeugt. Schon im Jahre 1937 wies die „Gazeta Pomorska“ darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit, welche rund 50 000 Arbeiter erfaßt hatte, eine besondere Verdichtung in einem Gebietsgürtel aufzuweisen hatte, der von Konitz nach Pr. Stargard und Graudenz führte, Schwetz berührte und gewissermaßen auf einer Brücke verlaufe, welche das Altreich mit Ostpreußen verbinde. Deutlicher konnte damals wohl von polnischer Seite nicht auf das Grundübel des Korridor-Unsinns in arbeitspolitischer Beziehung hingewiesen werden, als durch diese indirekte Empfehlung an die polnischen Behörden, die polnischen Landarbeiter im Reiche in Arbeit und Lohn zu bringen. Damit sind wir bei dem Thema der **Bevölkerungsbewegung** angelangt, die für die modernen Planungen eine große Rolle spielt. Während der polnische Staat eine erfolgreiche Bekämpfung der agrarischen Ueberbevölkerung nicht vornehmen konnte, bestand in den Jahren vor 1913 dieses Problem nicht, da der deutsche Arbeitsmarkt die überschüssigen Arbeitskräfte Westpreußens und Posens aufnahm, andererseits das Kapital mit industriellen Investitionen nicht zögerte. Unter den heutigen Umständen sind noch andere Faktoren zu berücksichtigen, welche eine forcierte Erschließung der Gebiete begünstigen (wobei für die Uebergangszeit Löhne und Preise in gleitender Skala von der früheren polnischen Berechnung über die Danziger Lohn- und Preisgestaltung auf das reichsdeutsche Lohn- und Preisniveau gebracht werden sollen).

Kapitallenkung und Arbeitseinsatz.

Einmal ist es heute die **staatlich gelenkte Kapitalbewegung**, welche den notwendigen Aufbau und die Ausmerzung der Kriegsschäden erfolgreicher in die Wege leiten kann als jede privatkapitalistische Betätigung, wie sie aus der Vorkriegszeit bekannt ist, das jemals zustande bringen könnte. Zum anderen ist es die ebenfalls vom Staate inspirierte **Lenkung des Arbeitseinsatzes**, welche eine **rasche Neubesiedlung** der durch die polnische Ausrottungspolitik von der deutschen Bevölkerung ziemlich stark entblößten Gebiete Westpreußens und Posens gewährleistet. Die modernen Bevölkerungsschübe treten hier gleichfalls in Aktion. Im Wege der **Umsiedlung** wird nach der Ankün-

digung des Führers das baltische Deutschtum bereits aus den baltischen Ländern zurückgezogen, um eine neue Heimat in Westpreußen, Posen und in anderen Teilen des Reichsinteressengebietes zu finden. Eine Andeutung in bezug auf die notwendige Besiedlungsstärke bringt die Feststellung, daß das ländliche Deutschtum Westpreußens und Posens durch die von den Polen systematisch betriebene Entdeutschung etwa 60 v. H., das städtische Deutschtum in diesen Gebieten rund 90 v. H. seines ehemaligen Bestandes verloren hat. Derartige Bevölkerungsverluste müssen wieder aufgeholt werden in einer planmäßigen Besiedlungsaktion, die für das Land sicherlich die Einsetzung von Jungbauern in Erbhöfe und für die Städte eine Zuwanderung von deutschen Gewerbetreibenden aus dem Baltikum, aus Danzig und dem Binnenreich zur Verstärkung der bereits ansässigen volksdeutschen Gewerbetreibenden vorsehen wird. Schließlich ist das eingeborene polnische Element, soweit es seine Anwesenheit in diesen Gebieten mehrere Jahrzehnte hindurch nachweisen kann und nicht zu den ost- und kongreßpolnischen überflüssigerweise Zugewanderten gehört, für die Danzig-westpreußische Wirtschaft eine billige und anspruchlose Arbeitskraft, deren planvoll gelenkter Einsatz für volkswirtschaftlich wichtige Aufgaben zu einem Regulativ des volkswirtschaftlichen Kräftespiels ausgebaut werden kann. Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß die dem polnischen Staate eigene unnatürliche Ost-Westbewegung der Bevölkerungsteile nach den einleitenden deutschen Maßnahmen zum Stillstand gebracht werden wird und daß klare ethnographische und kulturelle Grenzen, die bei den Teilgebieten schon immer bestanden, nunmehr zur endgültigen Verhärtung gebracht werden dürften. Wie lange dabei der neue Reichsgau finanzielles Zuschußgebiet bleiben wird, kann jetzt noch nicht gesagt werden. Aber es besteht die begründete Annahme, daß dieses Problem angesichts der nationalsozialistischen Arbeitsweise bei weitem nicht mehr die Rolle spielen wird, die es in der Vorkriegszeit zu einem bedeutenden Faktor der wirtschaftlichen Erschließung machte. Heute steht für uns die Arbeit im Vordergrund des volkswirtschaftlichen Geschehens und nicht das Kapital.

Die verkehrspolitische Erschließung.

Nach diesen binnenwirtschaftlichen Betrachtungen allgemeiner Art ist es notwendig, im besonderen noch auf die verkehrsmäßige Erschließung des neuen Reichsgaues Danzig einzugehen. Vor dem Kriege bahnte sich in Deutschland die in modernen Nationalstaaten übliche Entwicklung des volkswirtschaftlichen Gefälles an, bestehend aus dem westdeutschen Industrialisierungsprozeß und dem ostdeutschen Agrarsektor, zu dem die ostdeutschen Agrarprovinzen Pommern, Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien gehörten, welche zueinander in einem arbeitsteiligen Austauschverhältnis standen, darüber hinaus bald an den großen westdeutschen Markt durch ein dichtes Verkehrsnetz angeschlossen

wurden. Es entwickelte sich über die Eisenbahn und die beiden Flußwege O d e r und W e i c h s e l ein gesteigerter westöstlicher Verkehr, der zu polnischer Zeit seit 1926 gänzlich einschloß und der endgültig abgeriegelt werden sollte durch den Bau des Warthe-Goplo-Kanals, welcher das Warthegebiet von der Odermündung lösen und Posen unmittelbar mit Gdingen verbinden sollte. Auch der Binnenschiffahrtsweg zur Netze wurde von dem polnischen Staate, der sich ausschließlich auf die Nord-Süd-Richtung umgestellt hatte, lahmgelegt. Daß damit jeglicher Verkehr der ostdeutschen Provinzen untereinander, wie er in der Vorkriegszeit bestand, unterbunden war, braucht nicht erst erläutert zu werden. Heute nach der Wiederherstellung der alten Verkehrsbeziehungen wird sich über den neuen Reichsgau Danzig wieder ein erfreulicher W e s t - O s t - V e r k e h r gestalten, der im Zeichen der Motorisierung ganz andere Ausweitungsmöglichkeiten aufweist und im besonderen auch die Verkehrsverflechtung der ostdeutschen Gaue wieder in Erscheinung treten lassen wird. Inwieweit jedoch der frühere Zustand der agrarischen Zusammenarbeit erneuert werden kann, läßt sich natürlich nicht abschätzen. Man wird besser tun, unbeeinflußt von den Vorkriegszuständen die Neuordnung des ostdeutschen Raumes nach den Erfordernissen des Tages vorzunehmen. Das bedingt u. a. neben der West-Ost-Orientierung auch eine B e r ü c k s i c h t i g u n g d e r n o r d - s ü d l i c h e n V e r k e h r s r i c h t u n g, welche schon vor dem Kriege Schlesien und Posen mit Danzig verband und heute (siehe Kohlenmagistrale) stark ausgebaut worden ist.

Die günstige verkehrspolitische Lage des neuen Reichsgaues kann schon allein aus diesem oben erwähnten Verkehrskreuz nord-südlicher und west-östlicher Orientierung entnommen werden, das durch den Bau des Mittellandkanals um eine gute Schifffahrtsstraße über die Elbe nach Westdeutschland erweitert wird. Die Nogat besorgt den Anschluß an das ostpreußische Kanalsystem, die neue Reichsautobahn schließt das Danziger Straßennetz sowohl an das pommersche, wie an das ostpreußische an. Hier ergeben sich neue Verkehrsverflechtungen, die allen ostdeutschen Gauen zugute kommen werden. Nicht zu vergessen ist auch die Tatsache, daß die Weichsel heute ein deutscher Strom geworden ist und daß die Regulierung ihres Wasserstraßennetzes noch weit größere verkehrspolitische Perspektiven eröffnet, über die zu sprechen heute allerdings verfrüht wäre.

Aktivität im großdeutschen Seehandel.

Zum Schluß muß noch eingeschaltet werden, daß der neue Reichsgau Danzig nicht allein die Aufgabe hat, agrarisches Ueberschußgebiet für das Großdeutsche Reich darzustellen, sondern daß ihm auf Grund seiner günstigen Verkehrslage und seines seewärtigen Ausfalltores Danzig-Gotenhafen, welches eine U m s c h l a g s k a p a z i t ä t v o n z u s a m m e n 24 M i l l i o n e n t j ä h r l i c h b e s i t z t (davon Danzig rund 15 Mill. t und Gotenhafen 9 Mill. t), auch die Möglichkeit einer aktiven Betätigung im europäischen Handel zur Verfügung steht. Die daraus für die anderen deut-

schen Ostseehäfen entstandene Konkurrenz wird natürlich im Wege einer grundsätzlichen Klärung der Wettbewerbsverhältnisse geregelt werden müssen. Eine vernünftige Arbeitsteilung nach den geopolitischen Voraussetzungen der einzelnen Häfen wird sicherlich nicht unzweckmäßig sein. In der Tagespresse ist hinsichtlich der Ausfuhr oberschlesischer Kohle in das Ausland einmal Stettin, zum anderen der Hafenkomples Danzig-Gotenhafen stärker betont worden. Endgültige Feststellungen lassen sich erst dann treffen, wenn man auch die Wünsche der ausländischen Abnehmer auf Berücksichtigung ihrer Usancen und Gewohnheiten kennt. Am 25. September 1939 ist der Danziger Hafen durch die deutsche Reichsbahn tarifarisch den anderen deutschen Seehäfen gleichgestellt worden. Er ist damit ein wichtiges Glied des seewärtigen deutschen Außenhandels geworden. Berücksichtigt man seine nicht abgerissenen Verbindungen zu den Ostseestaaten und nach Uebersee, so wird man gerade seine Leistungen als Einfuhrhafen für wertvolle Stückgüter, die ihm durch die Polen ständig geschmälert wurden, stark in Rechnung stellen müssen. Darüber hinaus wird man auch die Bedeutung Danzigs für den Transitverkehr aus Rußland berücksichtigen müssen.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß der neue Reichsgau Danzig viele Voraussetzungen mit sich bringt, die ihn geeignet erscheinen lassen, einen bedeutenden Faktor in der volkswirtschaftlichen Entwicklung des Großdeutschen Reiches darzustellen. Es besteht kein Zweifel, daß die Danziger und volksdeutsche Bevölkerung, die so lange von der Aufwärtsentwicklung des Reiches ausgeschlossen war, alle Kräfte daran setzen wird, um diese Leistungsfähigkeit ihres Gaus zu erarbeiten.

Die Bedeutung der ost-oberschlesischen Industrie für die deutsche Wirtschaft

Von Werner Brzezinka.

Durch die Inbesitznahme Ost-Oberschlesiens ist auch in diesem Gebiet das Unrecht wieder gut gemacht worden, das durch die Abstimmung vom 20. März 1921 das große Industriegebiet zerschnitt. Diese willkürliche, allen wirtschaftlichen Grundsätzen hohnsprechende Zerreißung des einheitlichen, in sich abgeschlossenen Wirtschaftsgebietes in zwei Teile erhöhte notwendigerweise die Schwierigkeiten, die bereits durch die ungünstige geographische Lage als Grenzgebiet gegeben waren.

Ein Gebiet von etwa 2500 qkm mit etwa einer Million Menschen (d. h. 30 % der Fläche und 42 % der Bevölkerung des Abstimmungsgebietes, wurde durch die Genfer Entscheidung gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung der Republik Polen zugesprochen. So kamen z. B. von dem Gesamtvorrat abbauwürdiger ober-

schlesischer Kohle bis zu einer Tiefe von 5000 m 85 % an Polen und nur 13 % verblieben bei Deutschland.

Die Gesamtförderung der Montan-Industrie Oberschlesiens aus dem Jahre 1913 verteilte sich nach der Zerreibung des Gebiets wie folgt:

Erzeugung	in 1000 t	davon blieb deutsch in %	wurde polnisch in %
Steinkohlenförderung	43 434,9	25,5	74,5
Kokserzeugung	2 055,6	59,0	41,0
Briketterzeugung	432,9	25,9	74,1
Roheisen	994,6	38,3	61,7
Rohstahl	1 470,5	24,8	75,2
Walzerzeugnisse	1 064,3	22,1	77,9
Zinkblende	400,4	23,1	76,9
Bleierz	52,6	29,1	70,9
Rohzink	169,0	—	100,0
Rohblei	42,0	—	100,0

Die Wirtschaftslage dieses zerrissenen Gebietes wurde immer ungünstiger, was sich vor allem auf die Produktion und den Absatz auswirkte.

Durch die Wiedergewinnung Ost-Oberschlesiens erhält die deutsche Wirtschaft nicht nur große Rohstofflager an Kohle und Erzen, sondern auch eine leistungsfähige Industrie aller Zweige zurück. Man kann die Bedeutung dieses Gebietes für die deutsche Wirtschaft ermessen, wenn man sich seine Struktur und den Aufbau der Industrie vergegenwärtigt. Es umfaßt die Wojewodschaft Schlesien mit den Kreisen Kattowitz, Schwientochlowitz, Tarnowitz, Lublinitz, Rybnik, Pleß, Bielitz und Teschen, das unter der Bezeichnung Olsa-Schlesien bekannt wurde, mit einer Gesamtfläche von 4216 qkm. Vergegenwärtigen wir uns zunächst die Struktur dieses Gebietes:

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche beträgt 240 000 ha. Angebaut werden vor allem Weizen, Korn, Gerste, Hafer, Kartoffeln und Zuckerrüben. Daneben aber findet man große Waldbestände vor allem in den Kreisen Rybnik, Pleß und Bielitz mit einer Gesamtwaldfläche von 1 377 111 ha.

Die Bevölkerung dieses Gebietes belief sich auf 1 298 352, wovon 362 019 in der Stadt und 936 333 auf dem Lande wohnten. Diese Zahlen besagen, daß durchschnittlich 308 Personen auf den qkm entfallen. Daß gerade einige Kreise durch die starke Industrie-Zusammenballung eine dementsprechende Zusammenballung der Bevölkerungsdichte zu verzeichnen haben, beweist die Tatsache, daß auf die Städte eine Bevölkerungsdichte von 1170,7 Personen je qkm, auf die ländlichen Gemeinden dagegen 239,7 Personen auf den qkm kommen. Im Kreis Schwientochlowitz z. B. entfallen 2561,6 Personen je qkm. Dieser Kreis weist auch die stärkste Industrie auf. So ist auf dem verhältnismäßig kleinen Raum durch die Industriekonzentration eine außerordentliche Bevölkerungsdichte festzustellen, und damit gehört dieses Gebiet zu den am dichtesten besiedelten. Folgende Tabelle verschafft einen Ueberblick über die Berufsgliederung der Bevölkerung. Es wurden beschäftigt:

Landwirtschaft	12,7 %
Berg- und Hüttenindustrie	54,6 %
Handel und Versicherung	5,2 %
Verkehr	6,9 %
ohne Erwerb	12,6 %

Danach kann man feststellen, daß ein sehr hoher Prozentsatz in der Industrie beschäftigt ist, während in der Landwirtschaft verhältnismäßig wenig Menschen ihrem Erwerb nachgehen. Zu den Kreisen, die eine überwiegend bäuerliche Bevölkerung aufweisen, gehören Pleß und Teschen.

Oberschlesien ist reich an verschiedenen Rohstofflagern, deren Zusammenballung zu dem Entstehen des großen Industriezentrums beitrugen. Starke Steinkohlenflöze durchziehen das Land und erreichen oft eine Stärke von 14 m. Die ober-schlesischen Kohlenvorräte werden auf 45—49 Milliarden geschätzt. Darüber hinaus ist Oberschlesien reich an Zink- und Bleierzlagern. Gefördert werden hier Rohgalmei, Rohblende, Bleierze, zinkhaltiger Dolomit usw. Hinzu kommt die Gewinnung von aufbereiteten Erzen, wie Galmei-Blende- und Bleierzschlämme sowie Pyrit, Markasit und dergl.

Die ungünstige geographische Lage Oberschlesiens hat sich auch auf dem Gebiete des Verkehrswesens bemerkbar gemacht. Neben den großen Entfernungen kam noch das Fehlen eines leistungsfähigen Wasserweges hinzu. Das Gebiet wurde auch im Verkehrsnetz durchschnitten. Schwerer noch wirkte sich das Fehlen eines notwendigen Hinterlandes aus.

Heute ist auch auf dem Gebiete des Verkehrswesens die Einheit wiederhergestellt, und das zum Absatz notwendige Hinterland mit dem großen Verbraucherkreis ist wieder vorhanden.

Für die Industrialisierung Oberschlesiens waren vor allem die reichen

Rohstoffvorkommen

ausschlaggebend. Den wichtigsten Rohstoff bildet die Steinkohle. Das ober-schlesische Steinkohlenbecken, der Ausdehnung nach das zweitgrößte aller deutschen Steinkohlenlager, wird an Schichtmächtigkeit wie an Zahl und Stärke der abbaufähigen Kohlenflöze von keinem andern übertroffen. Wie bereits erwähnt, werden die Vorräte an Steinkohlen auf 45—49 Milliarden t geschätzt. Hinzu kommen noch die reichen Steinkohlenvorkommen im Ostrau-Karwiner Kohlenbecken, im sogenannten Olsa-Gebiet.

An zweiter Stelle stehen die Rohstoffvorkommen von Zink- und Bleierzen. Gefördert werden hier Rohgalmei, Rohblende, Bleierze und zinkhaltiger Dolomit, vornehmlich aber Bleiglanz, außerdem die bereits erwähnten Erzschrämme.

Deutschlands Vorrat an Zinkerzen ist nur gering. Oberschlesien nimmt darin bei weitem die erste Stelle ein. Nach vorsichtigen Schätzungen kann man die Ueberzeugung gewinnen, daß es in der Lage ist, seine heutige Förderung noch auf 100 Jahre hinaus aufrecht zu erhalten, was in anbetracht der drohenden Erschöpfung der meisten Zinkerzlager der Welt von großer Bedeutung ist. Die Erzvorräte sind infolge der mittleren Erzmächtigkeit auf großen Flächen bedeutend und werden von einzelnen Geologen sogar als „einzig in der Welt dastehende Vorkommen“ bezeichnet. Für Ost-Oberschlesien gibt Dr. Kuzmar den gesamten Vorrat an sicheren und wahrscheinlichen Erzmengen einschl. derjenigen Kongreßpolens mit rund 20 Mill. t an.

Man ist leicht geneigt, die Eisenerzvorkommen zu unterschätzen, wenn man die reichen natürlichen Bodenschätze an Kohle in Vergleich setzt. Die ursprüngliche Eisenerzgewinnung stützte sich auf die an zahlreichen Stellen vorhandenen Vorkommen von Raseneisenerzen und auf das Brauneisenerzvorkommen von Tarnowitz. Letzteres Erzvorkommen bildet die eigentliche Grundlage für die Entwicklung der oberschlesischen Eisenindustrie zum Großbetrieb. Mit dem vermehrten Bedarf konnte die oberschlesische Erzförderung nicht Schritt halten. Die Erzvorkommen erschöpfen sich allmählich und gingen bis auf einige wenige zurück. Mit Erschöpfung der phosphorarmen Eisenerze und dem zunehmenden Bedarf mußte die Hüttenindustrie zum Bezug von hochwertigen ausländischen Erzen greifen, vor allem aus Schweden und Norwegen. Folgende Tabelle veranschaulicht den Bezug von Eisenerzen (in t):

Jahr	Erzverbrauch insges.	aus Deutsch- O/S	aus Poln. O/S	aus dem übrigen Deutschl.	aus dem Schweden Norwegen	Ausland Rußland	und zwar: sonst. Ausl.
1924	289 118	3104	945	70 922	137 446	13 290	63 411
1925	360 352	4471	12 296	56 079	189 962	33 500	64 045
1926	278 544	1046	21 330	30 038	94 750	35 883	95 497
1927	391 793	847	22 222	21 281	141 617	79 627	126 199
1928	305 668	60	20 292	12 311	101 280	73 311	98 414
1929	228 406	—	12 546	5 249	97 660	25 175	87 776
1930	96 413	—	5 355	3 433	31 007	23 998	32 620
1931	67 230	5	4 746	5 072	23 613	19 197	18 697

Neben den erwähnten Rohstoffvorkommen besitzt Oberschlesien weitere Mineralien. Bedeutende Kalkvorkommen treten auch hier auf, daneben finden wir Braunkohle, Schwefel, Salz, Ton, Gips, Marmor usw. Wenn diese Vorkommen auch zum großen Teil nicht abgebaut werden, so besitzen sie doch einen erheblichen Wert.

Werfen wir nun einen Blick auf die einzelnen Industriezweige in Ost-Oberschlesien.

Steinkohlen-Industrie.

Die reichen Steinkohlenlager werden in zahlreichen Steinkohlengruben ausgebeutet. Durch die Rückgliederung kommen 53 Steinkohlengruben zu Deutschland, das entspricht 75 % der Gesamtproduktion des gesamten oberschlesischen Kohlenreviers. Die Produktion dieser Gruben betrug im Jahre 1938 28 748 557 t, davon entfielen auf eigenen Verbrauch 1 593 904 t. Am Inlandsmarkt wurden abgesetzt 16 289 729 t; ausgeführt wurden in demselben Jahre 10 016 366 t. Die wichtigsten Unternehmungen der Steinkohlenindustrie sind folgende:

- Kattowitz A.-G. für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb
- Poln. Staatsgruben A.-G. in Oberschlesien-Skarboferme, Königshütte
- Zwangsverwaltung der Fürstl. Pleßschen Bergwerksdirektion Kattowitz
- Giesche A.-G., Kattowitz
- Graf Henkel Fürst von Donnersmark-Gruben und Hütten in Schwienklaniec
- Hohenlohe-Werke A.-G. in Hohenlohe-Hütte bei Kattowitz
- Rybniker Steinkohlengewerkschaft Kattowitz
- Godulla-A.-G. Morgenroth.

In der Steinkohlen-Industrie arbeiteten zuletzt 47 000 Arbeiter, wobei man die Ausdauer und guten Arbeitsleistungen des oberschlesischen Bergmannes berücksichtigen muß. Die Kohlenindustrie ist technisch sehr gut ausgerüstet. Erwäh-

nenswert sind die Oheim-Grube der Hohenloherwerke und der Moszicki-Schacht. Bedeutsam ist auch die Stärke der Kohlenflöze, z. B. in den Richterschächten der Laurahütte, die eine Stärke von 14 m erreichen. Der Abbau in den ostoberschlesischen Steinkohlengruben geht im allgemeinen in Tiefen von 200—500 m vor sich.

Weit verbreitet ist in Ost-Oberschlesien auch die chemische Auswertung der Steinkohle. Auf den großen Kohlenlagern und Kohlengruben beruhend, arbeiten acht Kokereien, von denen als modernste Betriebe die Emma-Kokerei im Kreise Rybnik und die Königshütte sowie die Kokerei der Friedens- und Hubertus-Hütte Schwientochlowitz zu erwähnen sind. Die Koksproduktion betrug im Jahre 1936 1 615 597 t. Im Inlande wurden abgesetzt 1 583 788 t, ausgeführt hingegen nur 360 294 t, wobei die Hauptabnehmer Schweden und Deutschland waren. Neben der Koks-gewinnung wird eine Reihe von Nebenprodukten wie Rohteer, Rohbenzol, schwefelsaures Amoniak, Teerpech, Leuchtgas usw. gewonnen.

Eng verbunden mit den Koksanstalten sind die Teerdestillationen und Benzolfabriken Oberschlesiens. Verarbeitet werden hier Rohteer, Rohbenzol und andere Rohöle, zu absatzfähigen Produkten wie präparierter Teer und Teerverdickung, Teeröle aller Art, Fertigbenzole, Amoniakwasser, Eisenlack, Kristall-Karbolsäure usw. Alle diese Produkte sind bisher zum größten Teil ausgeführt worden, und zwar vor allem nach Deutschland.

Zink- und Blei-Industrie.

Fast alle Zinkhütten, Zinkwalzwerke und der größte Teil der Zink- und Bleierzgruben kamen, wie aus der Tabelle eingangs ersichtlich, 1921 zu Polen. Dadurch erreichte die Zinkproduktion dieses Gebietes den dritten Platz der Weltproduktion nach USA und Belgien. Von 1 223 300 t Zink-Weltproduktion entfielen auf die polnische Zinkindustrie ein Anteil von 123 100 t, das sind 10,1 %.*) Bedeutsam für die Entwicklung der Zinkindustrie war besonders das Zusammentreffen der Rohstoffe Galmei, Zinkblende und Kohle, die gerade in Ost-Oberschlesien in glücklichster Weise beisammen gelagert sind. Fremde Erze werden ergänzend für die Bearbeitung der einheimischen schwefelreichen Erze eingeführt.

Von zehn Zink- und Bleierz-Gruben waren bei der Uebernahme nur noch zwei in Betrieb. Zu erwähnen wäre die „Neue Helene-Grube“ der Hohenlohe-Grube in Scharley sowie die Blei-Scharley-Grube der Giesche A.-G. in Brzeziny. Außerdem erhält die deutsche Wirtschaft sämtliche seinerzeit abgetretenen Zinkhütten und Walzwerke wieder zurück. Vor der Verhüttung der Zinkerze muß diesen Erzen die Schwefelsäure durch die Blende-Rösthütten entzogen werden. Zu diesen gehören die Scheller-Hütte der Hohenlohe A.-G., die Lazy-Hütte in Radzionkau und die Silesia-Hütte in Lipine. Hierbei werden auch Schwefelsäure und Salpetersäure gewonnen. Die gerösteten Zinkerze werden in den Rohzinkhütten und Zinkoxydhütten verhüttet. Zu nennen wären die Hohenlohe-Zinkhütte sowie die Christian-Kraft-Hütte in Brozowitz, weiterhin die Zinkhütten der Schlesi-schen A.-G. für Zinkhüttenbetrieb, Rosamunde und Lipine-Hütte, die Bernhardt- und Elektrolyt-Zinkhütte der Giesche A.-G. in Schopenitz. Neben den drei Zink-

*) Die Produktion der polnischen Zink- und Bleierzgruben betrug (in 1000 t):

	1937	1938
Zinkerze	191	498
Bleierze	8,9	44

galtungen wie Rohzink mit einem Zinkgehalt von 98 %, Raffinierzink mit 99 % und elektrolythisches Zink mit einem Zinkgehalt von 99,9 % werden in diesen Zinkhütten außer dem Zinkstaub, Zinkblei, Zinkoxyd, Kadmium, destilliertes Zink, Bleischlamm und feuerfeste Steine gewonnen.

Die Zinkproduktion in den letzten Jahren veranschaulicht folgende Tabelle:

Jahr	Welt- produktion in t	Produktion in Ost-O/S in t	%-Anteil a. d. Welt- produktion
1935	1 335 000	84 852	6,36
1936	1 494 800	94 300	6,31

Die Produktion der polnischen Zink- und Bleiindustrie wuchs in den folgenden Jahren stark an und betrug (in 1000 t):

	1937	1938
Zink	107	108
Blei	18	20

Der größte Teil des gewonnenen Zinkes wurde exportiert. Im Jahre 1935 54 638 t, im Jahre 1936 61 568 t. Hauptabnehmer war auch hier Deutschland. Außer Rohzink wurden exportiert Zinkstaub, Zinkbleche, Zinkweiß usw. Der gesamte Ausfuhrwert der Zink- und Erzproduktion des Jahres 1935 von rund 21,5 Mill. Zl. läßt die Bedeutung der Zinkindustrie erkennen. Die Zinkblechwalzwerke exportierten 1936 7720 t, Hauptabnehmer war Japan mit 50 % des Gesamtexportes. An Zinkwalzwerken wären zu erwähnen: das Walzwerk Hohenlohe, das Walzwerk Schopenitz der Giesche A.-G. und das Walzwerk Silesia der Schlesischen A.-G. für Bergbau und Hüttenbetriebe.

Eng verbunden mit der Zinkproduktion ist die Gewinnung von Schwefelsäure, die durch die Verarbeitung des bei der Zinkverhüttung auftauchenden Anhydrit gewonnen wird, und vor allem in der Kunstdünger-Industrie Verwendung findet. Gewonnen wurden in fünf vorhandenen Werken im Jahre 1936 128 331 t Schwefelsäure. Das gewonnene Produkt Kadmium findet Verwendung bei Legierungen, Galvanisierungen, in den Farbenfabriken, bei Arzneierstellung und den fotografischen Chemikalien. Von den sechs produzierenden Ländern stand Ostoberschlesien an vierter Stelle mit einer Produktion von 154,4 t im Jahre 1936. Ausgeführt wurden im Jahre 1936 139,8 t, und der Hauptabnehmer war wiederum Deutschland. Auch das in den Zinkerzen seltener anzutreffende Thallium ist in Oberschlesien vertreten. Wenn auch die Produktion nur einige Tausend Kilo erreicht.

Zu diesem Industriezweig gehören ebenfalls die Blei- und Silberhütten. Von Bedeutung ist die Staatliche Blei- und Silberhütte in Strybnica. Die Erzeugung an Blei betrug im Jahre 1936 15 136 t, die Silbergewinnung 1000 Kilo. Aus den Blei- und Silbererzen werden durch die Verhüttung Roh-, Raffinier- und Hartblei gewonnen. Nicht zu vergessen ist die Produktion von Minium, Bleiglätte, Silber sowie die Nebenprodukte Salpetersäure, Salzsäure, Schwefelsäure u. ä. Zusammenfassend können wir feststellen, daß die Zinkindustrie für die deutsche Wirtschaft von großer Bedeutung ist, da Deutschland fast den gesamten Zink- und Bleibedarf bisher durch Einfuhr decken mußte.

Eisenindustrie.

Dieser in Ost-Oberschlesien stark konzentrierte Industriezweig umfaßt Eisenerzgruben, Eisenhütten und Dolomitbrüche. Zwei

große Konzerne umfassen heute den gesamten Industriezweig. Die Vereinigte Königs- und Laurahütte und die Kattowitzer A.-G. für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb, die im Jahre 1929 zu einer Interessengemeinschaft der Vereinigten Bergwerks- und Hütten-A.-G. zusammengeschlossen wurden. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Interessengemeinschaft veranschaulichen folgende Angaben aus dem Jahre 1937:

Eisenerzgewinnung	175 104 t	— 22,4 %	d. Gesamtpoln. Prod.
Erzeugung von Koks	581 013 t	— 27,3 %	„ „ „
„ „ Roheisen	240 180 t	— 33,2 %	„ „ „
„ „ Rohstahl	619 967 t	— 42,1 %	„ „ „
„ „ Walzerzeugnissen	419 341 t	— 40,1 %	„ „ „
„ „ Schmiedeeisen u. a.	118 686 t	— 45,3 %	„ „ „

Der zweite große Konzern der Eisenindustrie ist die Friedenshütte, Schlesische Bergwerks- und Hütten-A.-G. in Kattowitz.

Die reichen Eisenerzvorkommen ließen zahlreiche Eisenerzgruben entstehen, die sich auf das gesamte Gebiet verteilen. Die wichtigsten Bestandteile der Eisenindustrie aber sind die Eisenhütten mit den großen Hochofenwerken, in denen Roheisen erzeugt wird. Darüber hinaus spielen auch die Stahlgießereien, Drahtziehereien, Kettenfabriken, Walz- und Rohrwerke, Preßwerke, Nägelfabriken usw. eine große Rolle. Hinzu kommen die Verfeinerungsbetriebe der Metallindustrie mit Schmiede- und Preßwerken, Kaltwalzwerken, Konstruktionswerkstätten, Verzinkereien und Betrieben der Kleinindustrie. Letztere umfassen:

- Textilmaschinen-Industrie mit zwei Werken,
- Nägel-, Draht- und Schrauben-Industrie mit sechs Werken,
- Werkzeug-Industrie mit 13 Werken,
- Konstruktions- und Eisenbahnen-Industrie mit vier Werken.

Zu erwähnen wären außerdem die den großen Eisenhütten angeschlossenen Nebenbetriebe wie Tonziegeleien, Sauerstoff- und Wasserstoffanlagen.

Die Bedeutung der Roheisen-Erzeugung für die deutsche Wirtschaft veranschaulicht folgende Tabelle, die die Roheisenerzeugung von Gesamtoberschlesien und die Erzeugung von Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien getrennt aufführt.

Jahr	Gesamt- erzeugung an Roheisen	davon	
		in Deutsch- O/S	in Polnisch- O/S
1913	994 601 t	381 318 t	613 283 t
1924	525 379 t	262 264 t	263 115 t
1925	577 032 t	288 870 t	288 162 t
1926	499 749 t	231 801 t	267 948 t
1927	752 048 t	311 038 t	441 010 t
1928	711 561 t	247 755 t	463 806 t
1929	656 253 t	180 194 t	476 059 t
1930	410 198 t	86 524 t	323 674 t
1931	325 457 t	59 159 t	226 298 t

Die hauptsächlichsten Walzwerkerzeugnisse sind Stab- und Profileisen aller Art und Abmessungen, ferner Röhren, Bleche, Walzdraht und Schienen. Hierzu kommen noch die Erzeugnisse der Kaltwalzwerke. Die Produktionszahlen hierfür ergeben sich aus der nachstehenden Aufstellung, in der die Jahre seit der Grenzziehung getrennt für Deutsch- und Polnischoberschlesien berücksichtigt sind. Die Tabelle zeigt die Menge der Walzwerkerzeugnisse sowie die Erzeugung der Preß- und Hammerwerke, der Rohrwalzwerke, Rohrpreßwerke, Kaltwalzwerke und der sonstigen Verfeinerungsbetriebe.

Die Gesamtproduktion zeigt in den letzten Jahren einen großen Aufschwung. Die polnischen Eisenhütten produzierten (in 1000 t):

	1932	1934	1936	1937	1938
Roheisen	199	382	584	724	879
Stahl	564	856	1145	1451	1441
Heißwalzerzeugnisse	404	619	826	1043	1074
Röhren	34	54	61	96	80

Sonstige Industrien.

Zu den restlichen Industriezweigen gehören die 27 Werke der elektrotechnischen Industrie, von denen 22 sämtliche elektrotechnische Artikel herstellen und die restlichen elektrische Maschinen aller Art.

Weiterhin weist die Mineralindustrie wichtige Betriebe auf: So 86 Ziegeleien, 13 Kalkbrennereien, 3 Glashütten, 10 Betonfabriken, 3 Porzellanfabriken, 5 Schamottfabriken, 30 Steinbrüche, 6 Glas- und Spiegelschleifereien und 1 Zementfabrik.

Auch die chemische Industrie ist in Ost-Oberschlesien weit verzweigt und umfaßt 40 Werke, von denen noch 35 in Betrieb sind. Die wichtigsten Zweige der chemischen Industrie sind:

- Gasanstalten mit acht Werken,
- Oelraffinerien mit zwei Werken,
- Sprengstofffabriken mit drei Werken,
- Kunstdüngerfabriken mit sechs Werken,
- Lack- und Farbenfabriken mit vier Werken,
- Dachpappenfabriken mit sieben Werken,
- Oelfabriken mit drei Werken,
- Seifenfabriken mit sechs Werken,
- Fabriken für pharmazeutische Artikel mit drei Werken,
- Fabriken für kosmetische Artikel mit drei Werken.

Zu diesen Zweigen der ost-oberschlesischen chemischen Industrie wären als wichtigste Unternehmungen zu nennen:

- Chemische Fabrik vorm. Carl Scharff & Co., A.-G., Kattowitz,
- Lignose-Sprengstoff-Fabrik in Lazisk,
- Fabrik für synthetisches Ammoniak der Poln. Staatsgruben in Knurow,
- das Staatl. Stickstoffwerk in Chorzow mit einem Aktienkapital von 105 735 000 Zl. In diesem Werk wird vor allem Kalkstickstoff, Calciumkarbid, Sauerstoff, flüssiges Ammoniak (in Stahlflaschen), Ammoniakwasser, Salpetersäure und Natronsalpeter gewonnen werden.

Nicht zu vergessen ist die Holzindustrie mit 44 Sägewerken und 3 Holzverarbeitungsfabriken. Gleichzeitig müssen zu diesem Industriezweig die vorhandenen Möbelfabriken gezählt werden. Die Produktion dieses Industriezweiges galt ausschließlich der Ausfuhr und ihr Hauptabnehmer war wiederum Deutschland.

Von den weiteren Industriezweigen sind zu nennen:

- die Papierindustrie mit 15 Werken
- die Lebensmittelindustrie mit 46 Werken
- die Lederindustrie mit 14 Werken
- die Bekleidungsindustrie mit 15 Werken.

Ein für sich abgeschlossenes Gebiet im ost-oberschlesischen Industriezentrum bildet der Bieltzer Kreis. Dazu gehören Bie-

litz und Biala mit einer ausgesprochenen Woll- und Jute-Industrie. Ausschlaggebend ist die Industrie der Stadt Bielitz selbst. Vorherrschend sind mittelgroße Betriebe mit 100 bis 150 Arbeitern. Diese Textilunternehmungen haben den Vorteil, weniger konjunktur-empfindlich zu sein. Erzeugt werden hauptsächlich Kammgarnqualitäten und Streichgarnqualitäten. Die Jute- und Hanfindustrie erzeugt hauptsächlich Säckegewebe und Teppiche. Die Stadt Bielitz besitzt außerdem einen Vorteil gegenüber anderen Textilzentren durch die vorhandene hochentwickelte Textilmaschinen-Industrie.

Olsa-Schlesien.

Dieses Industriegebiet bildet eine Einheit für sich und umfaßt die Kreise Oderberg, Freystadt, Karwin, Teschen und Jablonkau mit insgesamt 2794 Industrieunternehmungen. Den größten Teil bilden Großbetriebe der Metall- und Bergbauindustrie in Karwin und Oderberg, während in Teschen an größeren Betrieben nur die große Eisenhütte in Trinitz zu nennen ist. Die vorhandenen 16 Steinkohlengruben hatten eine Produktion von 7,3 Mill. t im Jahre 1937, 1938 6,5 Mill. t. Vorhanden sind außerdem fünf Kokereibetriebe mit einer Jahresproduktion von 1,2 Mill. t und zwei Brikettfabriken von etwa 150 000 t.

Die Montan-Industrie mit den Hauptstandorten in Trinitz und Oderberg können zu den größten Europas gezählt werden. Welche Produktionskapazität diese Werke haben, zeigen die Statistiken der Gesamterzeugung.

Danach entfielen auf dieses Gebiet 40 % der gesamt-polnischen Rohstahlerzeugung, 85 % der gesamt-polnischen Erzeugung von Halbfabrikaten und 25 % der gesamt-polnischen Walzwerkerzeugung. Die Trinitzer Hütte hat eine Produktionskapazität von 550 000 t Roheisen im Jahre. Die zwölf vorhandenen Martinöfen verfügen über eine Leistung von 45 000 t täglich. Hinzu kommt noch ein Ofen nach dem System „Wellmann“ mit einer täglichen Leistungsfähigkeit von 100 t. Die Jahresproduktion der Stahlwerke beträgt 600 000 t Rohstahl. Die angeschlossenen Walzwerke mit einer Jahresproduktion von 450 000 t Fertig- und Halbfabrikaten.

Oderberg ist der Mittelpunkt der Herstellung von Fertigwaren. Der wichtigste Produktionszweig ist die Herstellung von Draht, Nägeln und Schienen. Die Drahtfabrik allein hat ein Produktionsvolumen von 60 000 t im Jahre. Das bedeutendste Unternehmen Oderbergs ist das große Röhrenwerk der Firma Alfred Hahn A.-G.

*

Zusammenfassend können wir feststellen, daß dieses oberschlesische Gebiet ein geschlossenes Industriezentrum großen Ausmaßes bildet, dessen Produktionskapazität bei den einzelnen Werken bei weitem nicht ausgenutzt ist. Durch den Anschluß des ost- mit dem westoberschlesischen Industriegebiet ist die Einheit dieses Gebietes wiederhergestellt worden. Darüber hinaus sind für die deutsche Industriewirtschaft reichhaltige Rohstofflager und ein leistungsfähiges Gruben- und Hüttenwesen hinzugekommen. Was die Rückgliederung dieses Gebietes besagt, geht schon daraus hervor, daß Deutschland bei fast allen Zweigen der ostoberschlesi-

schen Industrie als Hauptabnehmer hervorgetreten ist. Jetzt fällt die hohe Einfuhr fort, der wirtschaftliche Zusammenschluß des ober-schlesischen Industriegebietes ist wiederhergestellt und die Wirtschaft um bedeutende Rohstoffe und Hüttenbetriebe bereichert. Aufgabe der deutschen Industriewirtschaft ist es nun, dieses zurückgewonnene Gebiet mit seiner weitverbreiteten Industrie neu aufzubauen und sie in die großdeutschen Wirtschaftsaufgaben im Zeichen des Vierjahresplanes einzugliedern und den Anforderungen der Kriegswirtschaft anzupassen.

Litauens Wirtschaft unter der Einwirkung des Krieges.

Von Dr. A. Scholz, Kaunas.

Auch die Wirtschaft des neutralen Litauen wird durch den gegenwärtigen Krieg weitgehend berührt, denn mehr als zwei Drittel seines Außenhandels wickelte sich mit den heute kriegführenden Staaten ab. Aber auch der Verkehr mit den neutralen Ländern, selbst den nordischen Ländern, erleidet durch Transportschwierigkeiten und dadurch, daß diese Länder selbst wieder ihre Wirtschaft in vielerlei Hinsicht umstellen müssen, namhafte Einbuße. So findet z. B. gegenwärtig auch mit Schweden keinerlei Warenaustausch statt. Welchen Platz die kriegführenden Staaten im litauischen Außenhandel einnahmen, zeigt nachstehende Tabelle:

	1938		1939 I—VII	
	% der Gesamteinfuhr	% der Gesamtausfuhr	% der Gesamteinfuhr	% der Gesamtausfuhr
England	32,94	39,84	37,72	44,77
Deutschland	24,46	26,80	29,54	25,66
Frankreich	3,54	2,99	3,99	3,64
Polen	0,07	0,03	1,88	0,45
% d. Gesamt- u. Exportes	61,01	69,66	68,13	74,52

Dieser Warenaustausch ist, wie mit England und Frankreich, jetzt gänzlich unterbunden, aber auch mit Deutschland erfährt er, wenigstens vorläufig noch, Einschränkungen. Auf einem Gebiet seiner Binnenversorgung, dem wichtigsten, ist Litauen freilich völlig unabhängig, dem der Lebensmittelversorgung. Bei seiner ausgesprochen landwirtschaftlichen Struktur ist es im Gegenteil ein Land, dessen Ausfuhr fast nur aus landwirtschaftlichen Produkten und Lebensmitteln besteht, für die es heute auch beim Ausfall seines Hauptabnehmers England in Deutschland und Rußland Absatzmärkte findet, die seine gesamte Ausfuhr ohne Schwierigkeiten aufnehmen können, so daß dieser Seite des litauischen Außenhandels bei entsprechender Umstellung keine Gefahr droht. Bis jetzt hat eine Reihe von Beratungen der zuständigen Stellen über diese Frage stattgefunden, ohne daß jedoch konkrete Beschlüsse bekannt geworden wären. Irgendwelche Beschränkungen in der Lebensmittelbeschaffung sind deshalb in Li-

tauen bis jetzt nicht getroffen worden und werden sich wohl als nicht notwendig erweisen, wenn nicht ganz besondere Umstände eintreten. Wenn die Bevölkerung in den ersten Septembertagen und dann noch ein zweites Mal, als die Sowjetrussen in Polen einmarschierten, „hamsterte“, so war das nur eine vorübergehende, wenige Tage anhaltende Erscheinung. Interessant ist, daß in der Hauptsache Salz gehamstert wurde, also ein Einfuhrartikel, der zumal von der Landbevölkerung für die Herbst- und Winterschlachtungen als einer der unentbehrlichsten Artikel empfunden wird. Es mögen da vielfach auch Erfahrungen und Erinnerungen an die Zeiten des Weltkrieges mitgesprochen haben, als sich bei der langen Dauer des Krieges gerade auf litauischem Territorium großer Mangel an Salz fühlbar machte. In Wirklichkeit verfügt Litauen über hinreichende Salzvorräte, ganz abgesehen davon, daß dieser Artikel ohne Schwierigkeiten auch heute aus Deutschland und Rußland bezogen werden kann. Einer Panik auf dem Lebensmittelmarkt wurde von vornherein durch sehr scharfe Strafbestimmungen für unerlaubte Preiserhöhungen durch den Preiskommissar vorgebeugt.

Anders gestaltet sich die Lage der litauischen Industrie, soweit sie ihre Rohstoffe und Halbfabrikate aus dem Auslande bezieht. Vorausgeschickt sei, daß die Autarkiebestrebungen der litauischen Wirtschaft im letzten Jahrzehnt zu beachtlichen Erfolgen geführt haben; eine Reihe neuer Industriezweige wurde geschaffen, schon bestehende bedeutend ausgebaut. Dies gilt in erster Linie von der Textilindustrie. Die litauische Industrie, die heute gegen 40 000 Arbeiter beschäftigt, verbrauchte 1938 insgesamt für 204,3 Mill. Lit Rohstoffe und Halbfabrikate; der Anteil der davon aus dem Ausland bezogenen Rohstoffe betrug 53,8 Mill. Lit oder 26,3 %, der an Brennstoffen 10,3 Mill. Lit; von letzterem wurde für 5,7 Mill. Lit oder 55,8 % aus dem Auslande bezogen. Die Brennstoffversorgung Litauens ist also ungünstiger gestellt als die Rohstoffversorgung, denn diese ist nur zu einem Viertel auf das Ausland angewiesen. In den einzelnen Industriezweigen war 1938 der Bedarf an ausländischen Roh- und Brennstoffen folgender (in 1000 Lit):

	Rohstoffe	Brennstoffe
Gruben	7,6	3
Steine und Erden	669,7	676
Metalle und Maschinen	9 546,8	591
Chemie	4 465,3	166
Leder und Felle	6 896,8	412
Textil	13 536,0	481
Holz	271,5	29
Papier	2 719,8	478
Lebensmittel	7 606,6	2 040
Kleider und Schuhe	8 062,2	108
Elektrische Werke	51,7	759
Zusammen:	53 834,0	5 743

Der litauische Industriebedarf an Roh- und Brennstoffen für die Industrie beläuft sich also auf rund 60 Mill. Lit, worin allerdings die Ausgaben für Zölle und Frachten enthalten sind. Nach Abzug dieser kommt man auf etwa 50 Mill. Lit. Dabei ist aber zu beachten, daß in

diesen statistischen Angaben nur die Unternehmen enthalten sind, die fünf und mehr Arbeiter beschäftigen, insgesamt 1352 Betriebe, während weitere etwa 2000 gewerbliche Unternehmen mit weniger als fünf Arbeitern pro Betrieb in ihrem Rohstoff- und Brennstoffbedarf ebenfalls vom Auslande abhängig sind. Dazu muß ferner noch die große Zahl handwerklicher Betriebe, wie etwa der Schmiede, gerechnet werden, die zumindest im Brennstoffbezug auf das Ausland angewiesen sind. (Handwerkliche Betriebe gibt es in Litauen gegen 12 000.) Man errechnet deshalb den Gesamtbedarf der litauischen Industrie einschließlich der kleineren Unternehmen an ausländischen Rohstoffen mit 79 Mill. Lit, Brennstoffe nicht mit eingerechnet.

Der Bedarfsgröße nach steht an erster Stelle die Textil- und Bekleidungsindustrie mit 21,6 Mill. Lit für Rohstoffe ohne Brennstoffe. 61 % davon entfallen auf den Bezug aus dem Auslande. Die Textilindustrie, die zu über 75 % ihren Rohstoffbedarf in England eindeckte, verfügt heute nur noch über geringe Vorräte, die nur in einzelnen Fällen für drei bis vier Monate ausreichen. Besser liegen die Dinge bei den Textilfertigfabrikaten, deren Vorräte für längere Zeit ausreichen. An zweiter Stelle steht die Metallindustrie mit einem Bedarf von 9,5 Mill. Lit an ausländischen Rohstoffen. Mit 82 % ist sie noch mehr auf das Ausland angewiesen als die Textilindustrie. In der Lebensmittel- und Genußmittelindustrie sind es Tabak, Tee, Hopfen, die aus dem Auslande bezogen werden und deren Einfuhr unterbunden werden kann.

Die Hauptpositionen für die einzelnen ausländischen Rohstoffe sind: Garne für Textil- und Trikotagenindustrie, Wollgarne für 5,5 Mill. Lit, Baumwollgarne für 4,8 Mill. Lit, Seidengarne 3,9 Mill. Lit, Eisen, Stahl, Draht, Bleche für 5,9 Mill. Lit, Rohleder für 4,1 Mill. Lit, Chemikalien für 2,9 Mill. Lit.

An Brennstoffen wurden aus dem Auslande bezogen: 57 487 t Steinkohle für 3,9 Mill. Lit, 5 802 t Naphthaprodukte für 1,8 Mill. Lit. Die Hauptverbraucher für Steinkohle waren: Ziegeleien (6993 t), Papierfabriken (6595 t), Zuckerfabriken (6339 t) Lederfabriken (4928 t), Fleischindustrie (4329 t) Spiritusbrennereien (3953 t), Metallfabriken (3848 t), für Naphthaprodukte: elektrische Werke (2694 t), Mühlen (1016 t).

Nach Ländern geordnet lieferten:

Garne: England 75,7 %, Holland 7,6 %. Der Rest verteilt sich auf andere Länder wie UdSSR. 1,5 %, Lettland 1,3 %, Estland 1,2 % usw.

Eisen und Stahl sowie Halbfabrikate aus solchen: England 36,3 %, Belgien 29,5 %, Deutschland 12,6 %, UdSSR. 2,8 % (1937 waren es bei UdSSR. — 10,4 %).

Rohleder: Argentinien 43 %, Uruguay 21 %, Kuba 18,4 %.

Chemikalien: Deutschland 38 %, Frankreich 19,7 %, England 10,1 %.

Brennstoffe wurden 1938 eingeführt: Steinkohle aus England 83,9 %, UdSSR. — 16,3 % und nur 0,7 % aus Deutschland, Naphthaprodukte (Petroleum, Gasöl, Benzin) aus UdSSR. 61 %, aus den holländischen Kolonien 37,2 %.

Nächst der Textilindustrie weist die metallverarbeitende Industrie den größten Rohstoffbedarf auf. Rechnet man dazu noch Baueisen, so führte Litauen in den letzten Jahren durchschnittlich 40 000—50 000 t ein. Hauptlieferanten waren Eng-

land, Belgien, Luxemburg, Länder, die heute als Lieferanten wegen der Sperrung des Wassertransportweges nicht mehr in Frage kommen. Wie weit Deutschland, das als kriegführendes Land selbst erhöhten Bedarf an Eisen hat, diese Lücke ausfüllen wird, läßt sich heute noch nicht übersehen.

Das wichtigste Problem ist aber das der Brennstoffversorgung. Wie oben angegeben, lieferte England 84 % der eingeführten Steinkohle, die jetzt wegfallen, Holland 37 % der Naphthaprodukte. Lebenswichtige Betriebe, wie die Eisenbahn und gewisse Industriezweige verfügen augenblicklich noch über bestimmte Vorräte, so daß auch hier eine Rationierung im eigentlichen Sinne noch nicht eingeführt ist. Es wird nur zu äußerster Sparsamkeit aufgefordert, und es werden nicht beliebige Mengen verabfolgt. Das einzige Gebiet, auf dem eine strenge Kontrolle und Rationierung eingeführt worden ist, ist die Petroleum- und Benzinversorgung. Einmal sind hierin die Vorräte sehr beschränkt und dann war der Bedarf für militärische Zwecke ein erhöhter und für die Dauer noch nicht abzusehender. Den Steinkohlenbedarf hofft man aus Deutschland decken zu können, während dem Vernehmen nach mit Rußland bereits Verhandlungen wegen Lieferung von Petroleum und Benzin laufen.

Bis jetzt ist es zu irgendwelchen Betriebseinstellungen infolge Rohstoff- oder Brennstoffmangel noch nicht gekommen. Versuche einzelner Unternehmer, Arbeiter zu entlassen, wurden durch entsprechende behördliche Verfügungen vereitelt. Auch Betriebseinschränkungen bedürfen behördlicher Genehmigung. Man will verhindern, daß die Zahl der Arbeitslosen, die sowieso jährlich im Herbst und Winter beträchtlich ist, durch Entlassungen noch erhöht wird, um so mehr, als an und für sich die Arbeiterschaft in Litauen stark kommunistisch orientiert ist, und das kommunistische Element, das sich jetzt wieder recht bemerkbar macht, eine unerwünschte Stärkung erfahren würde.

Pflanzenzüchterische Fortschritte in Mandschukuo

Von Johann Newel, Mukden.

Mandschukuo ist das Land der Sojabohne. Die jährliche Ernte beträgt rund 5 Millionen t oder drei Fünftel der Welternte. Die Sojabohne hat dem Land ihren Stempel aufgedrückt; denn sie ist letzten Endes maßgebend für den wirtschaftlichen Wohlstand des Landes und seiner Bevölkerung. Nun gibt es in der Mandschurei genug Bohnen, die Preise sind auf dem Lande nicht zu hoch, aber die Qualität läßt vielfach zu wünschen übrig. Die früheren Machthaber kümmerten sich wenig um die Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, ihnen war es hauptsächlich um die Einnahmen aus dem Exportmonopol zu tun. Da sie selbst im Lande wenig Ausgaben hatten, genügte ihnen der abgeworfene Gewinn, bei dem es auf ein paar Millionen Yuan, die vielleicht durch eine Veredelung der Bohne erzielt werden konnten, nicht ankam. Anders ist die Lage im neuen Staat.

Die ungeheuren Anstrengungen, eine leistungsfähige Industrie aufzubauen, um die vorhandenen Bodenschätze ausbeuten zu können, verschlingen Millionen Yuan. Zwar floß und fließt auch heute noch viel Geld aus Japan nach Mandschukuo, aber auch für Japan ist die Zeit gekommen, daß sein Schutzstaat sich auf eigene Füße stellt. Durch den Krieg in China sind die Finanzen des Inselreiches aufs äußerste gespannt; daher ist der Zeitpunkt der finanziellen „Selbstständigkeit“ Mandschukuos früher als erwartet eingetreten. Zur Finanzierung der Einfuhr von Maschinen, Fahrzeugen usw. muß jede Einnahmequelle ausgenützt werden, und dabei spielt jede Million Mehreinnahme eine große Rolle.

Fast die gesamten Einnahmen Mandschukuos stammen aus der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Es waren die Japaner, die die unbedingte Notwendigkeit einer Ernte- und Qualitätsverbesserung dieser Produkte einsahen. Die Weitsichtigkeit der japanischen Kontinentalpolitik zeigte sich in der Gründung der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt bei Kungchuling durch die Süd-Mandschurische Eisenbahn Gesellschaft (SMR) im Jahre 1913 mit einem Kostenaufwand von einer halben Million Yen, damals über eine Million RM. Auf einer Gesamtfläche von 523 acres*) werden dort seither in sorgfältiger Arbeit Versuche zur Veredelung mandschurischer Bodenerzeugnisse vorgenommen.

Sojabohne.

Die Leitung der Versuchsanstalt in Kungchuling richtete ihr Augenmerk naturgemäß zuerst auf die Sojabohne. Sie leitete sofort die nötigen Untersuchungen in bezug auf Oelgehalt, Wachstum und Widerstandsfähigkeit der Pflanze ein. Nach zehnjährigen Versuchen wurden ihre Bemühungen belohnt. Aus der sogenannten Szuliuhuang-Bohne, der besten einheimischen Sorte, ist es ihr im Jahre 1923 gelungen, zwei neue Arten noch besserer Qualität zu züchten, die Juichu und die Huangpaochu. Die erstere wurde später wieder aufgegeben, nachdem es sich herausstellte, daß die Güte beider Arten ungefähr gleichwertig war. Die neu gezüchtete Bohne hat sich in vielen Beziehungen der einheimischen überlegen erwiesen, was aus der folgenden Vergleichstabelle der Versuchsanstalt in Kungchuling ersichtlich wird:

Allgemeiner Vergleich:

Art	Anzahl der Schoten je Pflanze	Anzahl der Samen je Schote	Gewicht von 100 Bohnen
Huangpaochu-Bohne	. . . 35	meistens 3	25 Gramm
Einheimische-Bohne	. . . 26	meistens 2	19 Gramm

Vergleich der Ernte je ha:

Art	Gewicht	Volumen	Prozentsatz der Ertragsfähigkeit
Huangpaochu-Bohne	. . 182 015 kg	25 927 Liter	116
Einheimische-Bohne	. . 157 105 kg	21 836 Liter	100

*) 1 acre = 40,5 ar oder 0,4 ha (209,2 ha).

Es ist bemerkenswert, daß die verbesserte Bohne 15,85 % schwerer ist und ein 18,73 % größeres Volumen hat als die einheimische Bohne. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die verbesserte Bohne eine um 20—50 % höhere Ernte bringt als die alte. Der tatsächliche Mehrertrag gegenüber der alten Bohne ist demnach ganz beträchtlich. Eine Analyse des chemischen Laboratoriums der SMR in Dairen zeigte, daß auch die chemische Zusammensetzung der Huangpaochu-Bohne der einheimischen überlegen ist, was aus der nachstehenden Tabelle hervorgeht:

Vergleich der chemischen Zusammensetzung:

Art	Nicht Stickstoff enthaltende				
	Wasser	Fett	Protein	Stoffe u. Fiber	Asche
Huangpaochu-Bohne	7,775	19,640	37,840	30,306	4,435
Einheimische Bohne	9,750	17,030	38,760	26,330	8,130

Vergleich des Oelgehaltes:

Art	Versuchs- Oelgehalt menge	Prozentsatz des Oelgehaltes
Huangpaochu-Bohne . .	2 455 kg	131 kg
Einheimische-Bohne . .	2 459 kg	108 kg

Nachdem einwandfrei festgestellt worden war, daß die neu gezüchtete Sojabohne sowohl an Oelgehalt als auch im Ernteertrag der einheimischen vorzuziehen ist, begann die SMR für diese Bohne unter der Bauernschaft zu werben. Nach sorgfältiger Ueberlegung wurde das Gebiet an der südmandschurischen Eisenbahn zwischen Kaiyuan und Changchun, dem heutigen Hsinking, zum Anbau ausersehen. Die Einführung der verbesserten Bohne auf einem so großen Gebiet erweckte naturgemäß einen riesigen Bedarf an Saatbohnen. Um der Nachfrage begegnen zu können, richtete die SMR im Jahre 1923 Saatfarmen in Kaiyuan und Menchiatun ein. Die letztere wurde 1925 nach Tatung verlegt. Drei Jahre später setzte die große Propagandaaktion in der Umgebung von Chengchiatung, Taonen und Tungliao ein. Die kleine landwirtschaftliche Versuchsanstalt in Chengchiatung wurde in eine Saatfarm umgewandelt. Im Jahre 1931 wurde eine weitere Saatfarm in Szuping kai eingerichtet. Um eine wirksame Propaganda für die verbesserte Bohne auch in allen anderen Ortschaften sicherzustellen, wurden im Jahre 1928 in verschiedenen Gegenden der südmandschurischen Eisenbahnzone „Verbände für die Kultivierung der verbesserten Bohne“ gegründet. Die Verbände verteilten die Saatbohnen bis 1931 kostenlos an die Bevölkerung, d. h. für die erhaltene Menge der verbesserten Bohne mußten die Bauern dieselbe Menge alter Bohnen abgeben.

In den letzten Jahren ließ der Erfolg, trotz umfangreicher Aufklärung zu wünschen übrig, da die meisten Bauern bei der Aussaat die Samen vermischten. Um hier das Eis zu brechen, griff die SMR zu folgender Maßnahme: Sie ließ 1926 zum ersten Male verbesserte Sojabohnen exportieren, und zwar war es die Mitsui, die zwei Waggonladungen nach Japan ausführte. Der Erfolg stellte sich bald ein, als die Käufer in Japan die bessere Qualität der

Bohne anerkannten und größere Posten nachbestellten. So konnten tatsächlich daraufhin allein aus der Umgebung von Hsinking in einem Jahr rund 100 Waggonladungen verfrachtet werden. Vielfach begannen jetzt die Bauern beim Verkauf der Ernte gewöhnliche Bohnen unter die guten zu mischen, was seitens der Bahn wiederum durch die Einführung eines Kontrollsystems beantwortet wurde, d. h. alle Bohnen wurden zuerst auf ihre Qualität geprüft, bevor sie ausgeführt werden durften. Die Regierung von Mandschukuo hat jetzt dieses System gesetzlich für das ganze Land übernommen.

Trotz der Schwierigkeiten hat sich die verbesserte Bohne langsam Anerkennung erworben. Mit dem Steigen der Preise wurden auch die konservativen Bauern gewonnen. In der südmandschurischen Eisenbahnzone werden heute fast ausschließlich neue Bohnen gepflanzt. Die Anbaufläche betrug nach Angabe der SMR im Jahre 1937 rund 450 000 ha, die Ernte 600 000 t. Man will die Anbaufläche auf eine Million ha bringen. Es ist jedoch zu bemerken, daß die verbesserte Bohne nicht in allen Teilen Mandschukuos gedeiht und daß die Distrikte für den Anbau der verschiedenen Sorten sorgfältig ausgesucht werden müssen, um gute Erträge zu erzielen.

Nach der Gründung des Staates Mandschukuo übergab die SMR ihre Aufgabe, an der sie so erfolgreich gearbeitet hat, dem Staat. Das Industrieministerium setzt die begonnene Arbeit fort, während sich die landwirtschaftlichen Versuchsanstalten der SMR, an der Spitze Kungchuling, neuen Aufgaben zugewandt haben.

Paddy-Reis.

Wengleich die Sojabohne die Hauptrolle im Wirtschaftsleben Mandschukuos spielt und die anderen Bodenerzeugnisse bisher nur sekundäre Bedeutung hatten, so hat man sie doch nicht vergessen. Im Folgenden sollen die wichtigsten anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse kurz besprochen werden.

Die gesamte Anbaufläche für Paddy-Reis betrug 1937 rund 136 000 ha, die Ernte 280 000 t. Nach Durchführung der japanischen und koreanischen Einwanderungspläne wird mit einer Anbaufläche von einer Million ha gerechnet.

Nach einem Untersuchungsergebnis der der SMR gehörenden landwirtschaftlichen Versuchsanstalt in Hsiungyaocheng sind die in den beiden japanischen Provinzen Daiya und Kamonoo angepflanzten Reissorten für Süd-Mandschukuo besonders geeignet. Zuchtversuche ergaben zwei verbesserte Qualitäten — die Taigen und Mannen — die auch eine um 10 % höhere Ertragsfähigkeit besitzen. Diese Reissorte gedeiht aber nur in Süd-Mandschukuo. Um für die Zentralgebiete ebenfalls eine geeignete Sorte zu finden, wurden in Changchun Versuche mit japanischem Reis aus Hokkaido gemacht, die zufriedenstellend verliefen. In den ersten Jahren der Reisanpflanzung in der Gegend von Changchun betrug die Ernte nur 2,5 Koku je Tan, während heute auf derselben Fläche schon 4 Koku geerntet werden. Die SMR ist stolz auf die Tatsache, daß die Reisfelder, die heute überall in Mittel- und Süd-Mandschukuo anzutreffen sind, ausschließlich auf ihre Initiative angelegt wurden. Jetzt steht die

weitere Veredelung des Reises ganz der Versuchsanstalt in Hsiungyaocheng zu, die ihr Hauptaugenmerk auf die Anpflanzung in Nord-Mandschukuo verlegt hat, woran sie jetzt arbeitet. Zur Zeit ist die Einfuhr von Reis nach Mandschukuo trotz aller Anbauförderung noch im Steigen begriffen. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Bemühungen der Regierung, sich von der Einfuhr unabhängig zu machen, mit der Zeit Erfolg haben werden.

Hochland-Reis.

Hochland-Reis ist schon seit Jahrhunderten von den Einwohnern der Mandschurei angebaut worden. Die heutige Anbaufläche beträgt rund 120 000 ha, die jährliche Ernte 150 000 t. Die Versuchsanstalt in Kungchuling stellte fest, daß die einheimische Reissorte Chinsientaitzu allen eingeführten Sorten überlegen ist und versuchte, sie zu veredeln. Erst das Jahr 1922 führte zum Erfolg: der verbesserte Reis erhielt den Namen „improved species Nr. 13“, er ist jetzt in Mandschukuo allgemein eingeführt. Die Ertragsfähigkeit des neuen Reises übertrifft die der ursprünglichen Sorte um 40 %.

Weizen.

Weizen wächst hauptsächlich in Nord-Mandschukuo. Im Süden liegt die Ernte infolge häufiger Witterungsumschläge um 50 % tiefer. Die augenblickliche Anbaufläche beträgt rund 2 Millionen ha mit einer jährlichen Ernte von 2 Millionen t. Der mandschurische Weizen ist von sehr guter Qualität. Da das Land zur Zeit jährlich noch große Mengen Weizen bzw. Weizenmehl einführen muß, ist die Regierung bestrebt, den Anbau stark zu erweitern, um vom Ausland unabhängig und selbst Exportland zu werden.

Italienische Hirse.

Die italienische Hirse ist in ganz Mandschukuo vorzufinden. Sie ist nach der Sojabohne und dem Kaoliang das drittwichtigste Produkt des Landes. Die jährliche Ernte betrug rund 2,4 Millionen t, die (bis auf etwa 100—150 000 t, die in der Hauptsache nach Korea gehen) im Lande selbst verbraucht werden, da Hirse nicht nur eins der Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung ist, sondern auch zum Brennen von Branntwein gebraucht wird. Die Versuchsanstalt in Kungchuling fand die sogenannte Daihaku-Hirse unter 130 Sorten als die geeignetste, da nicht nur das Korn selbst größer, sondern auch die Ertragsfähigkeit 30 % höher ist als bei der gewöhnlichen Hirse. Unter dem alten Regime ist es nicht gelungen, die neue Sorte einzuführen, aber nach der Errichtung Mandschukuos fielen die gesetzlichen Schranken, so daß eine intensive Bearbeitung der Landbevölkerung möglich wurde. Wie bekannt wird, ist die Farm in Kungchuling bestrebt, die Daihaku-Hirse weiter zu veredeln und hat bereits angekündigt, daß bald eine neue, weit bessere Hirse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden wird.

Baumwolle.

In der Mandschurei gab es in der Gegend von Liaoyang eine alte Baumwollkultur. Bereits im Jahre 1918 begannen die ersten

Züchtungsversuche der SMR. Zur selben Zeit setzten die Versuche der Regierung des Kwantung-Pachtgebietes ein, die aber keine nennenswerten Erfolge zu verzeichnen hatten. Es stellte sich später heraus, daß die Gegend um Liaoyang für Baumwolle die geeignetste ist. Dorthin wurde das Hauptanbauggebiet verlegt und die Bauern systematisch zur Vergrößerung ihrer Anpflanzungen angehalten. Auch größere Teile der Provinz Jehol eignen sich für die Baumwolle, und wer eine Fahrt mit der Eisenbahn durch diese mit vielen Naturschönheiten gesegnete Gegend macht, ist erstaunt über die ausgedehnten Flächen, die mit Baumwolle bewachsen sind.

Flachs.

Seit alten Zeiten wird Flachs in Jehol gebaut, allerdings ausschließlich zur Oelgewinnung. Nach Feststellung der Farm in Kungchuling, daß der in Hokkaido und Rußland wachsende Flachs für die Nord-Mandschurei besonders geeignet ist, begann der Anbau in den gebirgigen Gegenden der Provinz Kirin. Die SMR bringt die sogenannten Sumagawa-Flachse Nr. 25, 31 und 37 zur Verteilung, deren Ernte an Stengeln 3 100 kg und an Fasern, die gewöhnlich über zwei Fuß lang werden, 300—350 kg pro ha beträgt. Da Flachs in der Nord-Mandschurei überhaupt noch nicht angepflanzt worden ist, stößt seine Verbreitung bei den Bauern immer noch auf Schwierigkeiten. Gleich nach der Gründung des neuen Staates entstand die North Manchuria Flax Co, die große Anstrengungen macht, den vielversprechenden Flachsanbau in der Nord-Mandschurei einzuführen.

Hanf.

Es gibt zwei Sorten von Hanf in Mandschukuo, den gewöhnlichen Hanf und den blauen Hanf. Der erste wächst hauptsächlich im Inneren der Provinz Kirin, während der blaue Hanf überall gedeiht. Obwohl der blaue Hanf für die Herstellung von Hanfsäcken verwendet wird, ist er nicht mit indischer Jute vergleichbar. Mandschukuo führt jährlich für rund 30 Millionen Yuan Jute, Hanf und Säcke daraus, meist aus Indien, ein. Diese Tatsache erklärt die Dringlichkeit, im eigenen Lande ein geeignetes Ersatzprodukt herzustellen. Die SMR stellte fest, daß der in der Gegend von Taschkent (Rußland) wachsende Kenafe auch in der Mandschurei gedeiht und setzte sich dafür ein, den blauen Hanf durch Kenafe zu ersetzen. Da nicht genug Saat vorhanden ist, wird es noch einige Zeit dauern, bis Kenafe in großen Mengen angepflanzt werden kann.

Zuckerrüben.

Die Zuckerrübe ist eine ganz neue Pflanze für die mandschurischen Bauern. Es hat sich herausgestellt, daß das ganze Land für ihre Anpflanzung gut geeignet ist. Die Ertragsfähigkeit ist im Süden um 50 % höher als im Norden. Im Jahre 1916 wurde in Mukden die South Manchuria Beet-Sugar Manufacturing Co gegründet, die in der ersten Zeit gute Geschäfte tätigen konnte, aber infolge der fallenden Weltmarktpreise für Zuckerrüben bald den Betrieb einstellen mußte. Auch waren die

Zuckerrüben von geringerer Qualität und enthielten meistens nur 14 % Zucker. Kungchuling suchte nach einer geeigneten Sorte und fand diese in der „Virmoris Improved White“. Es gelang, Rüben mit 20 % Zuckergehalt zu ziehen. Da der Zuckerbedarf Mandschukuos ständig wächst, macht die Regierung außerordentliche Anstrengungen, um den Anbau von Zuckerrüben zu fördern. Im Jahre 1938 wurde dann auch die Zuckerfabrik in Mukden wieder unter neuer Verwaltung eröffnet und hat bereits ihre ersten Erzeugnisse auf den Markt gebracht.

Tabak.

Der mandschurische Tabak ist nur von geringer Qualität, und daher für die verarbeitende Industrie unbrauchbar, die ihren ganzen Bedarf aus dem Ausland beziehen muß. Die SMR errichtete in Fenghuangcheng eine besondere Versuchsfarm für Tabak, um den amerikanischen gelben Tabak auszuprobieren. Die Erfolge sind vielversprechend. Die Versuche sind heute soweit vorgeschritten, daß die Gegend westlich des Liaoflusses als Tabakzentrum vorgesehen ist. Der Anbau in großem Maßstabe wird bereits im Jahre 1939 einsetzen. Es soll versucht werden, die jährliche Einfuhr von Tabakerzeugnissen soweit als möglich einzuschränken, wie überhaupt alle pflanzenzüchterischen Versuche in Mandschukuo dem Zweck dienen, die noch vorhandene Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse allmählich zu beseitigen.

Osteuropäische Wirtschaftsbriefe.

Lettland:

Aktuelle Fragen der lettischen Außenwirtschaft.

WI. Die Nachricht vom Abschluß des lettisch-russischen Beistandspaktes sowie von der Entsendung einer größeren lettischen Abordnung zu Wirtschaftsverhandlungen nach Moskau, hat in hiesigen Kaufmannskreisen ein reges Interesse gefunden. Da amtlicherseits von einer Wendung der lettischen Beziehungen zur Sowjetunion die Rede war, glaubt man, auch wesentliche Auswirkungen wirtschaftlicher Art aus den jüngsten Ereignissen erwarten zu dürfen. Die durch die europäische Lage hervorgerufene Erschwerung und teilweise Unterbindung des lettischen Außenhandels, sowie die Einführung einer strengen staatlichen Kontrolle über den Handel in Lettland selbst haben einen Stillstand im Wirtschaftsleben bewirkt, aus dem heraus sich jetzt eine gespannte Erwartung über den weiteren Verlauf der außenwirtschaftlichen Beziehungen Lettlands erklärt.

Die Handelsbeziehungen zu England, einem wichtigen Handelspartner Lettlands, sind praktisch ganz unterbrochen, da England seinerseits die Lieferung der meisten Industriewaren eingestellt hat und Lettland andererseits wegen der durch England selbst heraufbeschworenen Wirtschaftsblockade nicht

dorthin exportieren kann. Demgegenüber hat D e u t s c h l a n d nicht nur seine Bereitschaft erklärt, seine bisherigen Lieferungen fortzusetzen und gegebenenfalls zu erhöhen, sondern hat auch sein Einverständnis zur Erhöhung der Einfuhr aus Lettland zum Ausdruck gebracht. Dazu verfügt es über die militärischen Mittel zur Sicherung der Warentransporte. So ist Deutschland in der Lage, die ausfallenden Handelsbeziehungen zu England in einem gewissen Umfang zu ersetzen. Durch Abmachungen mit neutralen Staaten, insbesondere mit der Sowjetunion will Lettland das Gleichgewicht seines Außenhandels wieder herzustellen versuchen.

Im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme lebhafterer Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion gewinnen L e t t l a n d s H ä f e n eine neue Bedeutung. Die Häfen Riga, Libau und Windau sind vor dem Kriege als wichtige Handelsplätze im russischen Außenhandel bekannt gewesen. Die Ziffern des Durchgangsverkehrs Lettlands aus und nach der Sowjetunion in den letzten Jahren zeigen, daß diese Wirtschaftsbeziehungen praktisch ganz abgebrochen wurden und daß namentlich der Durchgangsverkehr über die Häfen ganz aufgehört hat.

So belief sich nach lettischen Angaben der gesamte T r a n s i t 1938 aus und nach der UdSSR auf insgesamt rund 90 000 t. Diese Ziffer ist allerdings besonders niedrig, da in den letzten Jahren die Durchfuhr von Holz, die 1926 noch 119 000 t betragen hatte, ganz eingestellt wurde. Aus der Sowjetunion wurden — fast ausschließlich über den kurzen Durchgangsverkehr der Eisenbahn Indra-Dünaburg-Eglaine — geliefert: 44 000 t Steinkohlen, 20 000 t Düngemittel, 7 900 t Salz und 1 400 t Landmaschinen und Geräte. Auf dem Durchgangswege wurden nach Rußland eingeführt rund 11 000 t Schweine aus Litauen. Daraus geht hervor, daß Rußland seine Umschlagsplätze aus der Vorkriegszeit, insbesondere Riga, Libau und Windau, überhaupt nicht mehr in Anspruch genommen hat. Dementsprechend ging der Schiffsverkehr in diesen Häfen zurück. Es liefen ein:

	Riga		Libau		Windau	
	Zahl der Schiffe	1 000 NRT	Zahl der Schiffe	1 000 NRT	Zahl der Schiffe	1 000 NRT
1913	2 924	2 070	1 737	1 070	628	1 070
1938	1 778	1 042	712	377	565	377

In dieser rückläufigen Entwicklung kommt nicht nur die Tatsache zum Ausdruck, daß die Sowjetunion sich, ganz von den lettischen Häfen zurückgezogen; sie zeigt auch die irriige Hoffnung Lettlands, durch Einführung der sog. „Rußlandklausel“ in seine Außenhandelsverträge (Privilegierung der UdSSR), sowie durch die Begünstigung sowjetrussischer Belange durch die lettische Eisenbahntarifpolitik seine Stellung als Vorland des russischen Wirtschaftsraumes trotz der veränderten politischen Lage behaupten zu können. Gerade aus der Wendung in Lettlands Politik glaubt man jetzt Verbesserungen im Transitverkehr erwarten zu dürfen. Bei dieser Gelegenheit erscheint ein Rückblick auf die Zeit vor dem Kriege angebracht, in der die Häfen Riga, Libau und Windau wichtige Umschlagsplätze des

russischen Handels waren. Nach russischen Angaben entfielen im russischen Außenhandel auf die Umschlagplätze Riga, Libau und Windau folgende Anteile der eingeführten bzw. ausgeführten Gesamt mengen:

Ware	Menge	davon Riga			Libau in %	Windau
		1 000 t				
Einfuhr:						
Steinkohlen	319	5 225,2	14,8	3,2	0,4	
Gußeisen	6	98,3	5,3	4,1	16,0	
Formeisen	2	32,8	21,2	0,2	3,6	
Stahl	1	16,4	31,3	11,0	1,4	
Blei	3	49,1	16,4	0,8	0,4	
Maschinen	20	327,6	11,8	4,9	12,5	
Farbholz, Gerbstoffe	4	65,5	46,1	32,6	—	
Superphosphat	—	—	23,7	24,3	—	
Thomasmehl	—	—	23,7	24,3	—	
Kainit	—	—	14,2	9,5	—	
Ausfuhr:						
Flachs	24	393,1	41,6	0,1	18,4	
Hanf	3	—	40,2	1,7	2,2	
Leinsaat	7	49,1	36,4	14,5	7,6	
Oelkuchen	45	114,7	9,0	10,8	3,1	
Eier	14	737,1	35,6	0,7	0,2	
Butter	4	229,3	5,3	0,1	71,9	
Leder, Felle	4	229,3	39,0	—	—	

Wertmäßig haben diese drei Häfen an der gesamten russischen Einfuhr in Höhe von rd. 970 Mill. Rubel folgenden Anteil: Riga 15 %, Libau 3,3 % und Windau 2,9 %. Größer ist ihre Bedeutung für die Ausfuhr: vom Gesamtwert der Ausfuhr des europäischen Rußlands von 1268 Mill. Rubel entfielen auf Riga 17,7 %, auf Libau 5,7 % und auf Windau 7,5 %.

Wie aus der Tabelle ersichtlich ist, sind Riga und Libau wichtige Häfen für die Düngemittelleinfuhr gewesen, die sich insgesamt auf 573 000 t belief. Libau verzeichnete eine größere Stahleinfuhr zur Versorgung seiner eigenen Metallindustrie. In der Ausfuhr war Riga führend für Flachs, Hanf, Leinsaat, Leder und Eier. Auch galt Riga als einer der größten russischen Holzhäfen. So wurden 1912 in Riga 2,4 Mill. cbm Grubenholz und 0,5 Mill. cbm Papierholz umgeschlagen. Für ganz Finnland lauten die Zahlen 13,4 Mill. cbm bzw. 2,9 Mill. Kubikfuß. Zum Holzhandel ist Riga nicht nur durch seine günstige Wasserverbindung nach Rußland, sondern auch dank der großen Wasserflächen in seiner Umgebung von der Natur begünstigt. Libau diente vor dem Kriege hauptsächlich als Kriegshafen; seine Rolle als eisfreier Handelshafen im Norden Rußlands sollte erst beginnen. Windau war der Hauptumschlagsplatz für die russische Butterausfuhr.

Die stürmische Entwicklung, die die drei Häfen vor dem Kriege durchmachten, wurde plötzlich abgebrochen. Obgleich Lettland der Schifffahrt große Aufmerksamkeit schenkte, mußte doch alle Mühe um die Aufrechterhaltung der bisherigen Umschlagsziffern vergeblich sein. Aus diesen Gründen ist es auch zu keinen wesentlichen Erweiterungen der Hafenanlagen dieser Städte gekommen: der lettische Staat investierte nur erhebliche Summen in den Ausbau des Vorhandenen. Gegenwärtig sind die Umschlagsvorrichtungen und Hafenanlagen besonders in Libau und Windau größtenteils unbenutzt.

Die technische Ausrüstung der lettischen Häfen, von denen Libau und Windau eisfrei sind, ist aus folgender Zusammenstellung zu ersehen:

	Zufahrts- tiefe	Lager- räume	Eleva- toren	Kräne	Tank- anlagen	Docks	Freihafen
Riga	8 m	180 000 qm	20	20	ja	Werft	ja
Libau	8—10 m	45 000 qm	12	5	ja	Werft	ja
Windau	8 m	49 000 qm	28	2	nein	Werft	Bezirk

Die nach Sowjetrußland entsandte lettische Delegation zur Aufnahme von Wirtschaftsverhandlungen hat bereits in Moskau verhandelt. Von den Ergebnissen ihrer Besprechungen dürfte die wirtschaftliche Entwicklung Lettlands entscheidend bestimmt werden. Obgleich in jetziger Zeit die politische Entwicklung gar nicht abzusehen und dementsprechend auch die kaufmännische Tätigkeit eingeschränkt ist, sieht man hier den Ereignissen mit Ruhe entgegen.

Riga, den 17. Oktober 1939.

Estland:

Die Auswirkungen des Krieges auf die Wirtschaft Estlands.

Obwohl der Krieg bereits einen Monat andauert, besteht noch keineswegs Klarheit über die Einwirkung der durch die Eröffnung der Feindseligkeiten geschaffenen europäischen Lage auf die wirtschaftliche Lage Estlands. Immerhin läßt sich ein annäherndes Bild davon gewinnen, welchen Einfluß der Krieg auf die wirtschaftliche Struktur des Landes, auf den Außenhandel und die Versorgungslage bereits gehabt hat und in der weiteren Folge haben dürfte. Die ersten Kriegswochen brachten naturgemäß erhebliche Stockungen im Außenhandel mit sich, und zwar in erster Linie auf verkehrstechnischem Gebiet. Der Transport im estländischen Außenhandel vollzieht sich fast ausschließlich auf dem Seewege und hier war es vor allem die Zurückziehung der englischen Tonnage aus der Ostsee, welche eine erhebliche Stockung in der Wareneinfuhr und im Export mit sich brachte. Der überwiegende Teil der estnischen Handelsflotte befindet sich auf Zeitcharter in den süd- und westeuropäischen Gewässern sowie in Uebersee, und finnische sowie schwedische Tonnage sind sehr schwer erhältlich. Eine der ersten Maßnahmen der Regierung bestand demgemäß in der Unterstellung der gesamten Auslandschiffahrt unter staatliche Lenkung, die sich auch auf die Befrachtung der Schiffe erstreckt. Zwecks Ueberwindung der Schwierigkeiten bei der Kriegsversicherung wurde ein Pool der Versicherungsgesellschaften unter der Leitung des Wirtschaftsministeriums geschaffen, wobei die Regierung einen Betrag von 5 Mill. Ekr. als Garantiefonds zur Verfügung stellte.

Außenhandel

Die Versuche, den Handelsverkehr mit Westeuropa und Uebersee im früheren Maße aufrechtzuerhalten, mußten indessen bald aufgegeben werden und neuerdings sind alle Anstrengungen darauf gerichtet, den Warenaustausch mit den an der Ostsee gelegenen Staaten nach Möglichkeit zu intensivieren. Der Anteil dieser Staaten am Gesamtaußenhandel Estlands betrug bisher rund 50 %, wobei Deutschland mit 30 % und in weitem Abstand Schweden, Rußland und Finnland folgten. Der Seeverkehr mit Schweden und Finnland konnte, wenn auch in verringertem Umfange, aufrechterhalten werden und neuerdings beginnen auch die Schifffahrtslinien zwischen Reval und deutschen Häfen regelmäßig zu arbeiten. Um eine Grundlage für die Beurteilung dieser Umstellungsmöglichkeiten zu haben, sei der Umfang und die Struktur des estländischen Außenhandels in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres in folgendem kurz dargestellt. Der gesamte Einfuhrwert betrug rund 73 Mill. Ekr. und entsprach dem Einfuhrwert in derselben Zeit des Vorjahres. Hierbei ist festzustellen, daß die Einfuhr von Rohstoffen und notwendigen Bedarfsartikeln gegenüber dem Vorjahr gestiegen, während der Bezug von Investitionsgütern zurückgegangen ist. Demgemäß ist auch die Einfuhr aus den Rohstoffe liefernden Ländern (England, USA usw.) gestiegen, während der Anteil Deutschlands, woher in verstärktem Umfange bearbeitete Metalle und Chemikalien eingeführt worden sind, sich nicht verändert hat. Die amtliche Statistik gibt für die ersten acht Monate folgende Einfuhrziffern für wichtige Waren an (in Mill. Ekr.):

	1939	1938
Heringe	0,6	0,9
Salz	0,4	0,3
Zucker	3,3	2,7
Kraftfutter	0,4	0,4
Rohhäute	1,3	1,2
Jute	0,6	0,5
Baumwolle	4,8	3,8
Wolte	1,0	0,6
Kohle, Koks	0,7	0,7
Petroleum	0,8	1,0
Düngstoffe	3,2	3,5
Wollgarn	1,9	1,5
Kunstseidengarn	0,9	0,8
Eisen	5,7	4,6
Landmaschinen	4,0	3,9
Industriemaschinen	4,7	6,8
Eisenröhren	0,6	1,1
Kraftwagen	3,3	2,9
Fahrräder	1,6	1,7

Die **Ausfuhr** hatte den Wert von 77,8 gegen 65,6 Mill. Ekr. Diese Steigerung bezieht sich namentlich auf Holz, Oel, Flachs, Schweine und Textilwaren. England war mit 29,5 Mill. Ekr. (24,4) Hauptabnehmer, ihm folgte Deutschland mit 23,4 (18,3) Mill. Ekr. Im einzelnen wurden ausgeführt (in Mill. Ekr.):

	1939	1938
Schweine	6,7	4,1
Butter	17,1	16,9
Eier	2,1	1,8
Fleischwaren	3,9	3,2
Fische	1,1	0,8
Süßwaren	0,2	0,3
Rohhäute	1,0	0,8
Holz	8,1	4,8
Zellstoff	5,5	5,9
Flachs	6,6	4,6
Benzin	1,3	0,6
Oel	5,0	2,9
Sperrholzwaren	3,4	2,7
Papier	0,8	1,6
Baumwollgarn	3,3	2,6
Baumwollstoff	1,4	1,6

Die Umstellung auf den Handel innerhalb des Ostseeraums wird naturgemäß erhebliche Strukturveränderungen im Außenhandel nach sich ziehen. Faßt man zunächst die **Absatzmöglichkeiten** ins Auge, so sind diese verhältnismäßig günstig, da sowohl Deutschland als auch die skandinavischen Länder eine große Anzahl der estländischen Erzeugnisse brauchen. So richtet sich schon jetzt der größte Teil des Exports landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach Deutschland, welches auch in verstärktem Maße als Bezieher von Holz und Flachs in Frage kommen dürfte. Schweden und Finnland zeigen lebhaftes Interesse für die Erzeugnisse der Brennschieferindustrie und für Spiritus. Demgemäß sind die Inlandpreise für Benzin und Spiritus stark erhöht worden, um diese Waren in stärkerem und Spiritus stark erhöht worden, um diese Waren in stärkerem Maße als Austauschgüter für den Import notwendiger Waren zu verwenden. Auf anderen Gebieten ist indessen mit Absatzstockungen zu rechnen, die z. T. bereits eingetreten sind und zu Produktionseinschränkungen in der Industrie geführt haben. Infolge der Schwierigkeiten bei der Baumwoll- und Juteeinfuhr wird die bisher recht lebhaft ausgeführten entsprechenden Fabrikate nach Deutschland und Skandinavien vielleicht ganz eingestellt werden müssen. Bedeutende Einschränkungen sind im Export von Papier, Sperrholzwaren, Kunsthorn, Zellstoff, Holz und Süßwaren vor auszusehen, soweit sie nicht bereits vorgenommen worden sind.

Auf der **Einfuhrseite** ist zunächst mit einem erheblichen Rückgang der ausländischen Bezüge zu rechnen, doch ist es mit großer Befriedigung vermerkt worden, daß Deutschland gewillt ist, seinen Handel mit den neutralen Staaten aufrechtzuerhalten und bereits solche Waren nach Estland geliefert hat, die sonst nirgends mehr zu haben sind. Eine Verstärkung der Ausfuhr nach Deutschland, wie sie sich zwangsläufig aus der Lage ergeben wird, muß eine gleiche Erhöhung der Bezüge deutscher Erzeugnisse nach sich ziehen und hier ergeben sich zahlreiche Möglichkeiten für den deutschen Exporteur, deren Ausnutzung indessen auf manchen Gebieten eines handelspolitischen Unterbaus bedürfen. England genießt für eine Reihe von Waren große Einfuhr-

kontingente und die entstehenden Lücken ließen sich durch entsprechende deutsche Lieferungen schließen. Hier kommen in erster Linie in Betracht: Kohle, Zucker und Textilwaren. Wie der Wirtschaftsminister mitteilte, besteht die Absicht, bei der Textilindustrie in verstärktem Maße zur Verwendung neuer Spinnstoffe überzugehen, wie z. B. Zellwolle, die bisher kaum verarbeitet worden ist. Auch für Zellstoffgewebe besteht großes Interesse, doch müßte hier eine Herabsetzung des sehr hohen Zollsatzes vorgenommen werden. Im übrigen ist man in Regierungskreisen bestrebt, Waren ausfindig zu machen, um den Handelsausgleich mit Deutschland herbeizuführen. In diesem Zusammenhange haben verschiedene größere Investierungspläne wieder eine konkrete Form angenommen. So wird bereits der Bau einer Fabrik für die Herstellung von veredeltem Phosphorit in Angriff genommen. Die Hochkonjunktur in der Brennschieferindustrie hat zum Plan der Errichtung einer weiteren großen Verschwelungsanlage in den staatlichen Werken geführt und auch die staatliche Torfbrikettfabrik soll bedeutend erweitert werden, da die Nachfrage nach Briketts das Angebot weit übersteigt. — Alles in allem glaubt man in Estland, daß die Krise im Außenhandel zu überwinden sei und daß er sich in den neuen Bahnen normal vorwärtsbewegen dürfte. Durch den neuen Handelsvertrag hofft man auch den Warenaustausch mit Rußland vergrößern zu können.

Binnenwirtschaft.

Auf dem Gebiete der Binnenwirtschaft macht die Kriegslage naturgemäß größere Umstellungen erforderlich. Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln ist, da Estland Ueberschüsse an agrarischen Erzeugnissen besitzt, als sichergestellt anzusehen, umsomehr, als die Ernte an Brotgetreide durchaus befriedigend ausgefallen ist. Dank rechtzeitiger Vorsorge verfügen die Firmen über z. T. recht erhebliche Vorräte an Zucker, Salz und Kolonialwaren, die auch von Privatpersonen in der letzten Zeit stark gekauft worden sind. Bisher ist das Kartensystem lediglich für Zucker eingeführt worden, um auch den ärmeren Bevölkerungsschichten den Bezug zu normalen Preisen (50 c. je kg) zu sichern. Mit dem Kriegsausbruch begannen sich Kleinhandel und Verbraucherschaft mit Waren aller Art für längere Zeiträume einzudecken, wobei namentlich die Nachfrage nach Importgütern stark stieg. Durch eine neuerliche Verfügung ist der Verkauf dieser Gebrauchswaren nur in Mengen gestattet, die dem normalen Bedarf der Kundschaft entsprechen. Gleichzeitig wird eine scharfe Preiskontrolle ausgeübt, wobei die Bestimmung besondere Bedeutung hat, daß alle Preiserhöhungen sieben Tage vorher beim Wirtschaftsministerium anzumelden sind, welche über ihre Zulässigkeit entscheidet. Eine Verteuerung des Lebens, welche zunächst auf etwa 15 bis 20 % geschätzt wird, kann durch diese Bestimmungen naturgemäß nicht verhindert werden, da sich das Preisniveau Estlands in mancher Hinsicht an den Stand der Preise in den kriegführenden Staaten halten muß.

Industrie und Arbeitsmarkt.

Umstellungen auf dem Arbeitsmarkt werden unvermeidlich sein, wenn sie auch nicht in dem Umfange erfolgen werden, wie anfangs angenommen. Die Aussichten für die Industrie sind im allgemeinen nicht allein wegen der Transportverhältnisse, sondern auch wegen der veränderten Absatzlage ziemlich unklar. Wenn in der Brennschieferindustrie schon jetzt von einer Hochkonjunktur die Rede ist, so sind für einen anderen großen Industriezweig, die Holz- und Holzverarbeitende Industrie bereits Schwierigkeiten eingetreten, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Blockade begründet sind. Der Holzexport dürfte merklich eingeschränkt werden, falls Deutschland nicht als größerer Abnehmer auftreten sollte und die Zellstoffausfuhr ist neuerdings in Frage gestellt. In der Textilindustrie läßt sich die Entwicklung vorläufig noch nicht übersehen, da die Frage der ungehinderten Rohstoffbeschaffung noch ungeklärt ist. Ende September haben sich gewisse Aussichten auf Baumwolllieferungen aus Amerika ergeben, während auf der anderen Seite ein verstärkter Bezug moderner Spinnstoffe als Ersatz für Wolle und Baumwolle erwogen wird. Immerhin sind in diesem Industriezweig bereits Arbeitseinschränkungen vorgenommen worden. Vorläufig ist von einer Krise auf dem Arbeitsmarkt noch nichts zu merken — alles wird davon abhängen, wie sich die Zufuhrmöglichkeiten von Rohstoffen, u. a. auch von Metallen gestalten werden.

Geld- und Kreditmarkt

Zum Schluß wäre noch die Entwicklung der Verhältnisse auf dem Geldmarkt kurz zu erwähnen. Die Abhebungen der Spareinlagen aus den Banken nahmen in den ersten Kriegswochen einen recht bedeutenden Umfang an, ohne daß es zu Auszahlungsschwierigkeiten gekommen wäre. Später begannen die Gelder wieder über den Klein- und Großhandel zurückzuzießen, doch sind die Banken im allgemeinen in der Kreditgewährung vorsichtiger geworden, um ihre Liquidität zu erhalten. Eine Diskonterhöhung ist nicht vorgenommen worden und die Eesti Bank hat alles getan, um den normalen Ablauf des Geschäftslebens sicherzustellen. Der Notenumlauf hat allerdings durch den erhöhten Geldbedarf der Regierung und der Wirtschaft eine über das im Herbst übliche Maß reichende Erhöhung erfahren, doch ist dieser Erscheinung keine Bedeutung beizumessen, da u. a. die Devisenlage nach wie vor flüssig ist und eine Verschärfung der Devisenbestimmungen, wie sie in Lettland und Litauen durchgeführt worden ist, nicht vorgenommen zu werden brauchte. — Auch die finanzielle Lage des Staats ist als befriedigend zu bezeichnen. Steuererhöhungen sind nicht erfolgt und es wird lediglich die Einführung einer besonderen Konjunktursteuer nach deutschem Muster in Erwägung gezogen.

Abgeschlossen am 27. 9. 1939.

H. von Schulman

Osteuropäische Wirtschaftschronik.

Sowjetunion:

Deutsches Handels- und Kreditabkommen mit der Sowjetunion.

Die seit längerer Zeit zwischen Deutschland und der UdSSR über eine Verbreiterung des beiderseitigen Warenverkehrs geführten Verhandlungen wurden am 19. August 1939 erfolgreich abgeschlossen. Das Ergebnis der Verhandlungen ist ein Handels- und Kreditabkommen, das auf deutscher Seite von dem Gesandten im Auswärtigen Amt Dr. K. Schnurre, auf sowjetischer Seite von dem stellvertretenden Leiter der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland, E. Babarin, unterzeichnet wurde.

Das Abkommen sieht einen Warenkredit von 200 Mill. RM vor, den Deutschland der UdSSR gewährt und der für den Bezug deutscher Waren zur Verfügung steht. Das Abkommen legt ferner fest, daß die UdSSR innerhalb der nächsten zwei Jahre sowjetische Waren an Deutschland im Werte von 180 Mill. RM liefert.

Der Konsultations- und Nichtangriffspakt.

Die Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der UdSSR sind am 24. August 1939 abgeschlossen worden. Der Vertrag lautet wie folgt:

Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, geleitet von dem Wunsche, die Sache des Friedens zwischen Deutschland und der UdSSR zu festigen und ausgehend von den grundlegenden Bestimmungen des Neutralitätsvertrages, der im April 1926 zwischen Deutschland und der UdSSR geschlossen wurde, sind zu nachstehender Vereinbarung gelangt:

Artikel 1. Die beiden vertragschließenden Teile verpflichten sich, sich jeden Gewaltaktes, jeder aggressiven Handlung und jeden Angriffs gegeneinander, und zwar sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten, zu enthalten.

Artikel 2. Falls einer der vertragschließenden Teile Gegenstand kriegerischer Handlungen seitens einer dritten Macht werden sollte, wird der andere vertragschließende Teil in keiner Form diese dritte Macht unterstützen.

Artikel 3. Die Regierungen der beiden vertragschließenden Teile werden künftig fortlaufend mit Konsultation in Fühlung miteinander bleiben, um sich gegenseitig über Fragen zu informieren, die ihre gemeinsamen Interessen berühren.

Artikel 4. Keiner der beiden vertragschließenden Teile wird sich an irgendeiner Mächtegruppierung beteiligen, die sich mittelbar oder unmittelbar gegen den anderen Teil richtet.

Artikel 5. Falls Streitigkeiten oder Konflikte zwischen den vertragschließenden Teilen über Fragen dieser oder jener Art entstehen sollten, würden beide Teile diese Streitigkeiten oder Konflikte ausschließlich auf dem Wege freundschaftlichen Meinungsaustausches oder nötigenfalls durch Schlichtungskommissionen bereinigen.

Artikel 6. Der gegenwärtige Vertrag wird auf die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen mit der Maßgabe, daß, soweit nicht einer der vertragschließenden Teile ihn ein Jahr vor Ablauf dieser Frist kündigt, die Dauer der Wirksamkeit dieses Vertrages automatisch für weitere fünf Jahre als verlängert gelten.

Artikel 7. Der gegenwärtige Vertrag soll innerhalb möglichst kurzer Frist ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt sofort mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

Weitere Vereinbarungen in Moskau.

Auf Grund von Besprechungen zwischen dem Reichsminister des Auswärtigen, von Ribbentrop, und den sowjetrussischen Staatsmännern, dem Regierungschef und Außenkommissar Molotow und Herrn Stalin, wurden in Gegenwart des deutschen Botschafters in Moskau, Graf von der Schulenburg, am 28. September 1939 folgende Vereinbarungen unterzeichnet:

Gemeinsame politische Erklärung.

Nachdem die deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR durch den heute unterzeichneten Vertrag die sich aus dem Zerfall des polnischen Staates ergebenden Fragen endgültig geregelt und damit ein sicheres

Fundament für einen dauerhaften Frieden in Osteuropa geschaffen haben, geben sie übereinstimmend der Auffassung Ausdruck, daß es den wahren Interessen aller Völker entsprechen würde, dem gegenwärtig zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand ein Ende zu machen. Die beiden Regierungen werden deshalb ihre gemeinsamen Bemühungen, gegebenenfalls im Einvernehmen mit anderen befreundeten Mächten, darauf richten, dieses Ziel so bald wie möglich zu erreichen.

Sollten jedoch die Bemühungen der beiden Regierungen erfolglos bleiben, so würde damit die Tatsache festgestellt sein, daß England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind, wobei im Falle einer Fortdauer des Krieges die Regierungen Deutschlands und der UdSSR sich gegenseitig über die erforderlichen Maßnahmen konsultieren würden.

Grenz- und Freundschafts-Vertrag.

Die Neuordnung des polnischen Raumes.

Die deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR betrachten es nach dem Auseinanderfallen des bisherigen polnischen Staates ausschließlich als ihre Aufgabe, in diesen Gebieten die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen und den dort lebenden Völkern ein in ihrer völkischen Eigenart entsprechendes friedliches Dasein zu sichern. Zu diesem Zwecke haben sie sich über folgendes geeinigt:

Artikel I. Die deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR legen als Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen im Gebiete des bisherigen polnischen Staates die Linie fest, die in der anliegenden Karte eingezeichnet ist und in einem ergänzenden Protokoll näher beschrieben werden soll.

Artikel II. Beide Teile erkennen die im Artikel I festgelegte Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen als endgültig an und werden jegliche Einmischung dritter Mächte in diese Regelung ablehnen.

Artikel III. Die erforderliche staatliche Neuregelung übernimmt in den Gebieten westlich der im Artikel I angegebenen Linie die deutsche Reichsregierung, in den Gebieten östlich der Linie die Regierung der UdSSR.

Artikel IV. Die deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR betrachten die vorstehende Regelung als ein sicheres Fundament für eine fortschreitende Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Völkern.

Artikel V. Dieser Vertrag wird ratifiziert und die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

Moskau, den 28. September 1939. Ratifiziert am 19. Oktober in Berlin.

Der Verlauf der Grenzlinie.

Die Grenzlinie beginnt an der Südspitze Litauens, verläuft von da in westlicher Richtung nördlich von Augustowo bis an die deutsche Reichsgrenze und folgt dieser Reichsgrenze bis zum Flusse Pissa bis Ostrolenka, sodann verläuft sie in südöstlicher Richtung, bis sie den Bug bei Nur trifft. Sie verläuft weiter den Bug entlang bis Krystnopol, dann nach Westen und verläuft nördlich Rawa Ruska und Lubaczow bis zum San. Von hier an folgt sie dem Flußlauf des San bis zu seiner Quelle.

Deutsche Wirtschaftsdelegation in Moskau.

Bei seinem letzten Besuch in Moskau hat der Reichsaußenminister von Ribbentrop mit dem Präsidenten des Rats der Volkskommissare der UdSSR, Molotow, Vereinbarungen getroffen, nach denen die beiden Regierungen mit allen Mitteln die Wirtschaftsbeziehungen und den Warenumsatz zwischen Deutschland und der UdSSR entwickeln werden. Es soll zu diesem Zweck von beiden Seiten ein Wirtschaftsprogramm aufgestellt werden, nach dem die UdSSR Deutschland Rohstoffe liefern wird, die Deutschland seinerseits durch industrielle, auf längere Zeit sich erstreckende Lieferungen kompensieren wird. Dieses Wirtschaftsprogramm soll so gestaltet werden, daß der deutsch-sowjetische Warenaustausch seinem Volumen nach das in der Vergangenheit erzielte Höchstmaß wieder erreicht.

Zur Durchführung dieser Vereinbarungen vom 28. September 1939 ist Botschafter Ritter, der die Oberleitung aller wirtschaftlichen Angelegenheiten im Auswärtigen Amt hat, und eine Wirtschaftsdelegation, die unter

Führung des Gesandten im Auswärtigen Amt, Dr. Schnurre, steht, am 7. Oktober 1939 nach Moskau abgereist. Der Delegation gehören sowohl Vertreter der beteiligten deutschen Reichsministerien als auch der deutschen Wirtschaftskreise an. Außer der Steigerung des Warenumsatzes zwischen beiden Ländern werden sich die Besprechungen insbesondere auch auf die Transport- und Verkehrsfragen zwischen Deutschland und der UdSSR erstrecken.

Sowjetrussische Delegation in Berlin.

Am 26. Oktober 1939 traf in Berlin eine Delegation der Sowjetregierung ein. Die Delegation steht unter Führung des Volkskommissars Tewossjan und wird begleitet von dem General der Artillerie Sawtschenko. Nachdem bei den Wirtschaftsverhandlungen in Moskau in den letzten zwei Wochen eine Einigung über die Lieferungen der Sowjetunion nach Deutschland erfolgt ist, insbesondere über die Lieferungen großer Mengen von Getreide, Erdöl und Erdölzeugnissen, Holz, Baumwolle, Rohphosphaten, ferner von Flachs, Platin, Manganerz und anderen Erzen, gehen z. Zt. in Moskau die Verhandlungen über die deutschen Warenlieferungen weiter, die sich nach dem Briefwechsel zwischen dem Reichsaußenminister von Ribbentrop und dem Präsidenten des Rats der Volkskommissare der UdSSR, Molotow, vom 28. September 1939 auf längere Zeit erstrecken werden. Bei diesen Lieferungen an die Sowjetunion handelt es sich neben größeren Lieferungen von Maschinen der verschiedensten Art auch um große industrielle Anlagen, bei denen Deutschland der Sowjetunion seine neuesten Erfahrungen auf dem Gebiet der künstlichen Herstellung von Benzin, Kautschuk u. a. zur Verfügung stellen will.

Die in Berlin eintreffende Delegation hat von der Sowjetregierung den Auftrag erhalten, sich zu diesem Zweck an Ort und Stelle zu informieren. Bei dieser Gelegenheit wird eine Besichtigung von Industrieanlagen, wirtschaftlichen Einrichtungen, Rüstungsbetrieben usw. stattfinden.

Rußland liefert uns eine Million Tonnen Futtergetreide.

Bei den in Moskau z. Zt. stattfindenden Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion ist ein Kaufvertrag über die Lieferung von Futtergetreide an Deutschland abgeschlossen worden. Auf Grund dieses Vertrages wird ab sofort sowjetrussisches Getreide in Höhe von einer Mill. t nach Deutschland geliefert.

Es dürfte sich bei diesem Abschluß, der deutscherseits durch den Präsidenten der Reichsgetreidestelle, Herrn Dassler, getätigt wurde, um den größten Abschluß handeln, der jemals zwischen zwei Ländern vereinbart wurde. Die Lieferungen des Futtergetreides sollen nun in den nächsten Tagen beginnen und im Laufe von zwei Monaten beendet sein.

London bricht Handelsverträge mit den Sowjets.

Die amtliche Sowjetagentur veröffentlicht am Sonntag eine Erklärung, die einleitend bemerkt, daß in letzter Zeit eine unfreundliche Haltung seitens Englands auf dem Gebiete der Handelsbeziehungen festzustellen sei. Seit Ende August habe eine ganze Reihe von englischen Firmen sich Akte der Unfreundlichkeit gegenüber Sowjetrußland zuschulden kommen lassen.

Es werden dann englische Firmen aufgezählt, die ihren Lieferungsverpflichtungen gegenüber Sowjetrußland nicht nachgekommen sind bzw. die mit ihnen abgeschlossenen Verträge einseitig gebrochen haben. Diese Firmen lehnen es ab, die Waren zu liefern, über die bereits die Londoner Handelsvertretung der Sowjetunion Abschlüsse getätigt hatte. Die Erklärung nennt dann einzelne Verletzungen von Lieferungsverträgen, so in Kautschuk und Drehbänken. In allen Fällen erklärt jetzt England, daß es die Waren selbst dringend benötige.

Der Sowjetbotschafter in London hat scharfen Protest gegen diese grobe Verletzung der Verträge eingelegt. Leider ist dieser aber, so heißt es in der Erklärung, erfolglos geblieben. Die Taß schließt die Erklärung mit der Feststellung, daß diese Tatsache die sowjetrussisch-englischen Handelsbeziehungen in der Wurzel zerstöre.

Beistandspakte mit Estland, Lettland, Litauen.

Am 28. September, 5. Oktober und 11. Oktober 1939 wurden Beistandspakte mit Estland, Lettland und Litauen abgeschlossen. Einzelheiten vergl. die Chronik der entsprechenden Staaten.

Litauen:

Wirtschaftsabkommen mit der UdSSR.

Zwischen Litauen und der UdSSR wurde am 11. Oktober 1939 ein gegenseitiger Beistandspakt unterzeichnet, in dem der Sowjetunion ein Seeflugstützpunkt in Palanga und drei Flugplätze auf litauischem Territorium zugestanden werden. Ferner ist ein Zusatzprotokoll über die Abtretung des Wilna-Gebietes an Litauen in Moskau unterzeichnet worden. Am 16. Oktober 1939 wurde vom Außenhandelskommissar der Sowjetunion, Mikojan, und dem Direktor des Außenhandelsdepartements im litauischen Außenministerium, Norkaitis, das neue litauisch-sowjetrussische Wirtschaftsabkommen abgeschlossen, das für 1939/40 eine Erhöhung des Warenaustausches fast um das Doppelte vorsieht. Der Gesamtumsatz wird auf 40 Mill. Lit festgesetzt, wonach Sowjetrußland in Zukunft aus Litauen mehr landwirtschaftliche Produkte beziehen wird, vor allen Dingen Fleisch und lebendes Vieh. Litauen wird seinen Bedarf an Kohle, Salz und Erdölprodukten in Sowjetrußland decken. Die Lieferung von Industrieerzeugnissen nach Litauen ist nur unwesentlich erhöht, da diese Artikel wie bisher aus Deutschland bezogen werden sollen.

Maßnahmen zur Sicherung der Wirtschaft.

Am 5. September 1939 wurde ein Gesetz zur Regelung der Volkswirtschaft während des Ausnahmezustandes erlassen, das dem Finanzminister das Recht gibt, Verfügungen über Ein- und Ausfuhr von Waren sowie über Erzeugung und Verteilung der Erzeugnisse zu erlassen. Bei Nichtbeachtung dieser Verordnungen kann eine Geldstrafe bis zu 100 000 Lit oder Gefängnis bis zu sechs Monaten verhängt werden. Durch eine Verordnung des Preiskommissars ist jede Preissteigerung und jeder spekulative Ankauf von Lebensmitteln unterbunden. Die Lebensmittelgeschäfte sind unter Kontrolle gestellt. Ferner hat der Preiskommissar eine Einschränkung des Verbrauchs von Brennstoff angeordnet; Benzin und Motorin darf an Privatpersonen überhaupt nicht verkauft werden. Taxichauffeure dürfen nur 5 l täglich erhalten. Ebenso wurde der Omnibusverkehr im ganzen Lande stark eingeschränkt. Für den Verkauf von Petroleum ist ein Kartensystem eingeführt. Hausbesitzer mit Zentralheizungsanlagen dürfen nur zweimal in der Woche heißes Wasser ausgeben. Aus dem Auslande eingeführte Waren dürfen nur in beschränktem Maße verkauft werden. Den Staatsbeamten wurde nahegelegt, weniger ausländische Waren zu kaufen. Nach einer Verordnung vom 13. September sind für sämtliche Ein- und Ausfuhrwaren Lizenzen eingeführt. Damit ist der gesamte Außenhandel unter Staatskontrolle gestellt. Ferner dürfen Devisen ohne Genehmigung der Valutakommission nicht verkauft werden, und somit ist die Devisenfreigrenze ganz aufgehoben. Die Textilindustrie stellt sich auf einheimische Rohstoffe, in erster Linie Wolle und Flachs um, mit deren Ankauf bereits begonnen ist. Für wichtige öffentliche Arbeiten ist die Arbeitspflicht eingeführt. Kriegspflichtige, vom Staate anerkannte Geistliche, Schüler und Staatsbeamte sind davon befreit. Der Warenverkehr mit England ist ganz zum Stillstand gekommen, daher sind zugesagte englische Lieferungen nicht mehr erfolgt. Aus diesem Grunde können die Rundfunkstation und das Fernsprechamt in Kaunas nicht fertiggestellt werden. Die Ausfuhr hat sich nach Deutschland und Rußland verlagert. Die Preise für Butter und Getreide sind um 25 % erhöht, ebenso ist die Nachfrage nach Fettschweinen außerordentlich groß.

Der Gänseankauf

für den Export nach Deutschland ist von der Genossenschaft „Maistas“ auf den Oktober und November festgesetzt. Die Gänse müssen ein Mindestgewicht von 4,2 Kilogramm haben und einfarbig sein.

Der neue Eisenbahn-Bauplan

sieht die Errichtung von rd. 307 km Breitspur- und 329 km Schmalspurbahnen vor. Die Eisenbahnverwaltung wird demnächst fünf Lokomotiven kaufen, um den Anforderungen des Verkehrs besser entsprechen zu können. Außerdem wollen die Kommunalbehörden einiger Städte eine größere Anzahl Omnibusse erwerben.

Ein Spezialfonds für die Elektrifizierung

wurde von den zuständigen Wirtschaftsstellen ausgearbeitet, aus dem die Unkosten für die Errichtung größerer elektrischer Kraftanlagen bestritten werden sollen.

Jahresbericht der „Lietuvos Cukrus“ A.-G.

Infolge der Erhöhung des Zuckerverbrauchs in den letzten vier Jahren um insgesamt 76 % mußten 1938 für 2,4 Mill. Lit 8500 t Zucker eingeführt werden. Im Vorjahre konnten wegen Rückganges des Zuckergehaltes auf 17,32 % nur 20 044 t gegenüber 1937 — 28 549 t Zucker hergestellt werden. 1939 sollen 160 000 t Zuckerrüben zu 25 000 t Zucker verarbeitet werden. Zur Deckung des Gesamtbedarfs müssen demnach noch 8000 t Zucker eingeführt werden. Die Gesellschaft hat nun den Bau einer dritten Fabrik in der Nähe von Panevežys beschlossen, die schon im Herbst 1940 mit der Zuckerproduktion beginnen soll. (Die Gesellschaft wird für den Bau der neuen Fabrik eine Anleihe von 18 Mill. Lit aufnehmen.) Ferner wurde der Preis für Zuckerrüben um 30 Cent je Ztr. auf 2,30 Lit erhöht.

Neue Fabrikgründungen.

Die Wollfabrik „Drobe“ in Kaunas, die augenblicklich mit 50 Webstühlen arbeitet, beabsichtigt ihren Betrieb um weitere 60 Webstühle zu vergrößern. Ebenso wird die Fabrik „Nemunas“ ihr Unternehmen nach Kedainiai verlegen und hier eine Vergrößerung und Modernisierung ihrer Einrichtungen vornehmen. Die A.-G. „Kauno Audiniai“ will eine Zellwollweberei einrichten. bisher wurden diese Webarten aus dem Auslande eingeführt. Glazer & Fain planen in Kaunas noch eine Trikotagen- und Strumpffabrik zu bauen. Nach dem erfolgten Umbau wird die Oelfabrik A.-G. „Ringuva“ in Zukunft neben Oel auch Waschmittel verschiedener Art herstellen.

Die planmäßige Industrialisierung

des Landes sieht die Errichtung folgender Betriebe als notwendig an: in der Energieindustrie einige Torfgräbereien mit 20 bis 30 Torfmaschinen, eine Torfkoksfabrik, eine Torfbrikettfabrik. In der Bauindustrie zwei Zementfabriken zu je 75 000 t Jahresproduktion, 20 Ziegeleien mit 50 bis 60 Mill. Stück Jahresproduktion, zwei Eternit-Fabriken, zwei Ofenkachelfabriken, zwei bis drei Fabriken für Isoliermaterial, zehn Kalkbrennereien. In der chemischen Industrie: eine Superphosphatfabrik mit 100 000 t Jahresproduktion, eine Schwefelsäurefabrik, eine Ammoniak- und Sodafabrik, eine Chlor- und Laugefabrik, eine Galalith- und Kaseinfabrik, eine Fabrik für Kunstwolle, eine Fabrik für Kunstseide. In der Metallindustrie: eine Eisen- und Stahlgießerei, eine Hufeisenfabrik, eine Fabrik für landwirtschaftliche Geräte, eine Fabrik für Eisenrohre und verschiedene Metallwaren. In der elektrotechnischen Industrie: eine Radiofabrik, eine Fabrik für elektrotechnische Bedarfsartikel, eine Fabrik für telefonische und telegrafische Artikel. In der Holzindustrie: zwei Furnierfabriken, eine Zellulosefabrik, zwei Sägewerke für den Export. In der Textilindustrie: 20 Flachsbearbeitungsbetriebe, eine Kammgarnweberei.

Die Arbeiten des Forstdepartements.

Seit 1937 ist dem Sägewerk „Lietmedis“ in Šančiai eine Produktionsstätte für Holzkohle angeschlossen. Dieser Betrieb belieferte in erster Linie das Kriegs- und Verkehrsministerium. Infolge der Umstellung auf Gasgeneratoren kann die Nachfrage nach Holzkohle nicht mehr befriedigt werden. Daher hat die Forstverwaltung beschlossen, die Produktionsmöglichkeiten für Holzkohle zu erweitern. In Alytus verarbeitet eine Fabrik den aus Fichten gewonnenen Harz zu Terpentin und Kolophonium. 1939 sollen von 250 000 Bäumen 300 t Harz gewonnen werden, die die Nachfrage auf dem Binnenmarkt decken werden. Auch in der Belieferung mit Furnierholz ist Vorsorge getroffen. Die Furnierfabrik „Bisdom & Zoon“ in Memel schuldet der Forstverwaltung für gelieferte Rohstoffe noch 1,8 Mill. Lit. Diese Schuld soll durch Furnierholzlieferungen in drei Jahren getilgt werden. Ferner wurde der Bau einer modernen Torffabrik beschlossen, um von ausländischen Brennstoffen unabhängiger zu werden.

Die Seefischerei.

Nach dem Verlust des Memellandes beträgt die Länge der Seeküste nur 21 Kilometer. Dieses Küstengebiet wird von ungefähr 2500 Fischern bewohnt, die 50 Motorschiffe, 10 Kutter, 35 Segelboote, 46 Ruderboote, 600 Netze und 60 Keschere besitzen. Die Kutter und kleineren Schiffe werden im Hafen von Sventoji gebaut und den Fischern auf Abzahlung geliefert. Für die Hochseefischerei ist der Ankauf zweier größerer Dampfer vorgesehen.

Lettland:

Vertrag mit der UdSSR.

Zwischen Lettland und der UdSSR wurde am 5. Oktober 1939 ein gegenseitiger Beistandspakt unterzeichnet, in dem der Sowjetunion Flottenstützpunkte, Küstenbefestigungen und Flugplätze auf lettischem Territorium zugestanden werden. Im Rahmen der Neuregelung der Beziehungen zur Sowjetunion reiste eine große lettische Wirtschaftsdelegation nach Moskau. Dort wurde am 17. Oktober 1939 ein Handelsabkommen mit zunächst einjähriger Geltungsdauer unterzeichnet. Darin ist eine Steigerung des bisherigen Warenverkehrs zwischen beiden Staaten auf etwa 60 Millionen Lat vorgesehen. Des weiteren wurde für den lettischen Export der Durchgangsweg zum Weißen Meer und über das Flußsystem zum Schwarzen Meer zur Verfügung gestellt. Die Sowjetunion ihrerseits erklärt, von Lettlands Häfen in erhöhtem Umfange Gebrauch zu machen. Zur Realisierung dieses Abkommens reist eine lettische Wirtschaftsdelegation in nächster Zeit nach Moskau. Bekanntlich bewegte sich der lettisch-russische Wirtschaftsverkehr in sehr engem Rahmen, und auch der Transitverkehr von und nach Rußland über Lettland konnte selbst durch eine begünstigende lettische Tarifpolitik nicht belebt werden.

Umstellung des lettischen Außenhandels.

Das lettische Außenhandelsdepartement prüfte die durch die neue Lage entstandenen Möglichkeiten der Sicherstellung der notwendigen Wareneinfuhr. Das Departement stellte fest, daß die Wareneinfuhr aus Deutschland ungehindert in nahezu vollem Umfang aufrechterhalten werden könne. Die Einfuhr aus England stoße auf Schwierigkeiten und soll nach Möglichkeit über Skandinavien geleitet werden. Heringe, ein wichtiger Einfuhrartikel aus England, können sehr gut durch norwegische Ware ersetzt werden, die dazu billiger sei. Als Ersatz für die Einfuhr aus der USA (Baumwolle) werde man die Einfuhr aus der UdSSR verstärken können, die überhaupt auf vielen Gebieten den Einfuhrbedarf ergänzen werde.

Das Kraftwerk Keggums

nähert sich seiner Vollendung, und im November 1939 ist bereits mit der ersten Stromlieferung begonnen worden. Durch die internationale Lage haben die Bauarbeiten keine Unterbrechung erfahren.

Die Umsiedlung der deutschen Volksgruppe

wird in der lettischen Wirtschaft nicht ohne wesentliche Auswirkungen bleiben. Zunächst läßt sich nur rein äußerlich feststellen, daß eine große Zahl von Stellen akademischer Berufe frei werden, und daß nicht alle Unternehmen ohne Unterbrechung werden fortgeführt werden können. Im einzelnen lassen sich die wirtschaftlichen Auswirkungen noch nicht absehen.

Lettlands wirtschaftliche Vorbeugungsmaßnahmen.

Da Lettlands Wirtschaft auf vielen Gebieten von einer normalen Abwicklung des Außenhandels abhängig ist, mußten die lettischen Behörden Maßnahmen ergreifen, um Störungen im Wirtschaftsablauf zu verhindern.

Der Schifffahrt galten die ersten Gesetze. 60 % des Güterverkehrs über See wurden 1938 von ausländischen Schiffen befördert, mit denen Lettland nicht mehr rechnen kann. Daher wurde am 6. September 1939 eine Aktiengesellschaft „Frachtzentrale“ vom Staat geschaffen, die sich mittels besonderer Verfügungen mit der Beschaffung von Schiffsraum befaßt. Die Versicherungsabteilung des lettischen Finanzministeriums übernahm die Kriegsversicherung aller lettischen Schiffe.

Um einer Störung des Holzexports Lettlands zu begegnen, soll die Waldnutzung eingeschränkt werden. Als Ersatz für die ausfallenden Kohlenlieferungen

rungen aus England will das Staatliche Forstdepartement ausreichende Mengen Brennholz bereitstellen.

Im Kampf gegen die Spekulation wurde eine Preisstopverordnung und ein Verbot der Hamsterei erlassen. Beide Verfügungen werden bereits energisch durchgesetzt. Dazu wurde für einzelne Lebensmittel eine Zwangsbewirtschaftung eingeführt, so für Zucker und Heringe.

Zur geregelten Einschränkung des Verbrauchs von flüssigen Brennstoffen wurde für „Latol“ (eine Mischung von Benzin und Spiritus) ein Bezugschein-system eingeführt. Außerhalb dieses bereitgestellten Kontingents ist Benzin im freien Handel nur mit einem Aufschlag von etwa 600 % zu haben, wodurch praktisch der Verkauf unterbunden ist.

In einem Aufruf an die Bevölkerung weist der Direktor des Handels- und Industrieministeriums, Svanks, darauf hin, daß Lettland bei einer sparsamen Haushaltung und entsprechender Altmaterialbewirtschaftung mit Rohstoffen hinreichend versorgt sei.

Die gesamte Warenausfuhr aus Lettland ist von besonderen Erlaubnissen des Außenhandelsdepartements abhängig gemacht worden. Verboten ist insbesondere die Ausfuhr von Brennstoffen und Metallen.

Durch ein Gesetz ist der lettischen Regierung die Möglichkeit gegeben worden, im Bedarfsfalle die Landeswährung, die seit dem Herbst 1936 an das englische Pfund angeschlossen ist, von diesem zu lösen und nach Maßgabe der Kaufkraft des amerikanischen Dollars und der schwedischen Krone selbst im Kurse festzusetzen.

Die Devisen-Freigrenze für Ausreisende ist von 200 Lat auf 65 Lat herabgesetzt worden.

Die Ernte 1939.

Nach einer Vorschätzung hat die Anbaufläche gegenüber dem Vorjahr allgemein eine Zunahme erfahren, von 2 187 000 ha auf 2 231 000 ha. Im einzelnen stieg die Anbaufläche von Roggen um 11 000 ha auf 298 400 ha, die Anbaufläche für Weizen um 12 100 ha auf 153 100 ha, von Gerste um 2300 ha auf 180 200 ha, von Hafer um 31 500 ha auf 378 300 ha und von Mengkorn um 12 500 ha auf 90 400 ha. Die Anbauflächen von Klee, Hackfrüchten und Flachs gingen etwas zurück, die Anbaufläche von Flachs sogar recht bedeutend.

Nach einer vorläufigen Schätzung betragen die Ernteerträge 1939: für Roggen 4,3 Mill. dz (1938: 3,8 Mill. dz); für Weizen 1,99 (1938: 1,91) Mill. dz; für Gerste 2,1 (2,2) Mill. dz; für Hafer 4,5 (4,5) Mill. dz; für Flachsfasern 212 000 (215 000) dz; für Leinsaat 241 000 (204 000) dz.

Estland:

Wirtschaftspolitische Beziehungen.

Mit Deutschland ist ein neues Zusatzabkommen am 7. Oktober 1939 unterzeichnet worden. Dazu führt die estnische Presse aus, daß Deutschland der größte und gegenwärtig am leichtesten zu erreichende Handelspartner der baltischen Staaten sei. Das habe sich namentlich in den letzten Wochen gezeigt, als Estland von dort Waren bekam, die sonst nirgends mehr zu haben seien.

Mit der Sowjetunion trat ein neues Handelsabkommen vom 28. September 1939 am 1. Oktober 1939 in Kraft und ist bis zum 30. September 1940 gültig. Es soll das Abkommen vom 26. Februar 1938 ersetzen und zur Erweiterung des gegenseitigen Warenverkehrs beitragen, der im Laufe der nächsten 15 Monate einen Umsatz von 39 Mill. Ekr. erreichen soll. Für einzelne Warengattungen sind Normalpreise festgesetzt. Zur Einfuhr aus der UdSSR. sind vorgesehen: Oele, Baumwolle, Eisen, Getreide, Düngemittel, Zucker, Salz und Landmaschinen, zur Ausfuhr nach der Sowjetunion: Milch, Schweine, Kalbfelle, Zellstoff, Papier, Eisenbahnwagen und kleine Schiffe. Ferner sollen Instandsetzungsarbeiten an sowjetrussischen Schiffen estländischen Werften übertragen werden.

Transitverkehr über Skandinavien nach England und Uebersee.

Da infolge des Krieges eine direkte Verbindung mit England nicht mehr besteht, hat die estnische Regierung die Durchführungsgenehmigung über Schweden und Norwegen nach Großbritannien und Amerika eingeholt, obwohl sie sich darüber klar ist, daß dieser Weg eine bedeutende Steigerung der Unkosten mit sich bringen wird.

Im Außenhandel

ergab sich mit Ausbruch des Krieges eine Reihe von Schwierigkeiten, da vor allem auf einen Warenverkehr mit England und auf die englische Handelsflotte nicht mehr zu rechnen ist. Da sich Finnland in der gleichen schwierigen Lage befindet, kann auch auf die finnländische Tonnage nicht gerechnet werden. Der Verkehr mit Westeuropa soll von den estländischen Reedereien bestritten werden, die auf ihren Schiffen Kühlvorrichtungen einbauen wollen. Für entferntere Häfen bestimmte Waren sollen zunächst nach Stockholm verfrachtet werden. Am 8. September wurde der Schiffsverkehr zwischen Deutschland und Estland wieder aufgenommen.

Durch ein Dekret über die staatliche Exportkontrolle, das der estnische Staatspräsident Anfang September erlassen hat, ist die Ausfuhr genehmigungspflichtig geworden. Auch dürfen Schiffe nur mit Genehmigung des Wirtschaftsministers aus Estland verkauft werden.

Sichtvermerke für Ausländer.

Einreisevisa für Ausländer aus der Schweiz, Italien, Holland und Litauen sind am 8. September 1939 eingeführt worden. Weitere derartige Verordnungen sind noch zu erwarten.

Die Industrie

wird voraussichtlich an einem Mangel an gewissen Rohstoffen zu leiden haben, so daß die Entlassung von Arbeitern vorauszusehen ist. Auch die Exportindustrie sieht sich auf Grund der Absatz- und Transportschwierigkeiten ganz neuen Aufgaben gegenüber. Günstige Aussichten bestehen für die Brennschieferindustrie, da der Oel- und Benzinbedarf der Nachbarstaaten jetzt ein sehr großer ist, die von ihren bisherigen Lieferanten keine Treibstoffe mehr beziehen können.

Die englischen Fachleute aus der Baumwollmanufaktur Kraehnholm

haben ihre Arbeit, nach Abschluß des sowjetrussisch-estnischen Beistandspaktes, aufgegeben und sind nach England zurückgekehrt.

Die Errichtung neuer Fabriken

wird in Estland geplant. So soll von der Ersten Estländischen Brennschieferindustrie ein viertes großes Oelwerk gebaut werden. Im Gebiet des Phosphoritvorkommens soll ferner eine Fabrik für Phosphoritkonzentrate entstehen, wofür die Ausrüstungsmaschinen demnächst bestellt werden sollen.

Petroleum für Motor- und Beleuchtungszwecke

wird nunmehr auch nur noch auf Karte ausgegeben, nachdem Benzin und Dieselöl schon früher bezugscheinpflichtig geworden sind.

Das Kartensystem für Zucker

ist am 18. September 1939 eingeführt worden. Der Verkauf sonstiger Waren ist frei, darf aber nur im Rahmen des normalen Verbrauchs erfolgen.

Die Preise für Spiritus und Branntwein

sind von der Regierung um 10 bis 15 % heraufgesetzt worden, um den Verbrauch im Lande zu beschränken und größere Mengen zur Ausfuhr frei zu haben, gegen die notwendige Artikel und Rohstoffe aus dem Ausland bezogen werden sollen.

Ein erhöhter Verbrauch von Rindfleisch

im Heer wird von den zuständigen Behörden angeordnet, ferner soll etwa das Siebenfache der bisherigen Menge von Fleischkonserven hergestellt werden; durch diese Maßnahme wird der Absatz von Fleisch auf dem Binnenmarkt bedeutend erweitert und Preisspekulationen werden verhindert. Die estländischen Landwirte sahen sich bekanntlich gezwungen, infolge des drohenden Futtermangels ihren Viehbestand zu verringern. Durch die Anordnungen der Regierung wird nun eine Schädigung vor allem des Milchviehbestandes verhindert, besonders, da im Zuge dieser Maßnahmen auch Kraftfutter auf den Markt gebracht und in größerem Maßstabe als bisher lebende Tiere ausgeführt werden sollen.

Eine Konjunkturstener

soll von Handels- und Industrieunternehmungen, sowie von Privatpersonen erhoben werden, und zwar von dem Mehreinkommen gegenüber den vorjährigen Einnahmen. Der Steuersatz ist noch nicht bekanntgegeben.

Ein strenges Verbot spekulativer Preissteigerungen

ist vom Wirtschaftsministerium erlassen worden. Zuwiderhandelnden wird die Genehmigung zur Einfuhr und Devisenbeschaffung entzogen.

Eine Risikoprämie für Seeleute

ist von Vertretern der Reedereien und Seeleute beschlossen worden, und zwar beim Verkehr nach Finnland in Höhe von 50 %, nach anderen neutralen Ländern in Höhe von 100 % und wenn es sich um Häfen kriegsführender Mächte handelt, um 150 %.

Finnland:

Drei neue Gesetze

wurden vom finnländischen Riksdag Ende September 1939 angenommen, und zwar 1. über den Kriegszustand, 2. über die Einführung von Strafen für Wucher und 3. über die Errichtung eines Versorgungsministeriums.

Ein neues Gesetz für den Fall des Kriegszustandes

ist im finnländischen Riksdag eingebracht worden, da das alte von 1921 bereits als stark veraltet betrachtet werden muß. Das neue Gesetz sieht vor, im Kriegsfall den Kriegszustand über das gesamte Land zu verhängen, ferner sollen verschiedene Industriezweige verpflichtet werden, sich für militärische Zwecke umzustellen. Die Bestimmungen über die Arbeitspflicht bleiben bestehen, diese kann jedoch in Sonderfällen erweitert werden. Die Wehrmacht soll Vollmachten zur Requirierung von Maschinen, notwendigen Stoffen usw. erhalten. Auch das freie Verfügungsrecht über die Bankguthaben soll im Kriegsfall Einschränkungen unterworfen werden.

Eine Lizenzverwaltung

ist im Zusammenhang mit der Kriegslage eingeführt worden, bei der die Genehmigung zur Ein- und Ausfuhr sämtlicher Waren beantragt werden muß. Folgende Artikel unterliegen nicht der Lizenzpflicht: Proviant für einheimische und ausländische Fahrzeuge, Benzin für fahrplanmäßig verkehrende Flugzeuge, Steinkohle, Benzin, Roh- und Brennöl für Hin- und Rückreise finnischer Schiffe; ausländische Schiffe erhalten die für die Fortsetzung ihrer Reise unbedingt erforderliche Brennstoffmenge, sowie, unter den gleichen Einschränkungen, Schmieröle, Farben, Trossen u. a. Ausnahmebestimmungen gelten ferner für Transitwaren, Verpackung u. dergl. Einfuhrwaren, die spätestens bis zum 18. September 1939 an Land gebracht sind, sind nicht lizenzpflichtig. Das Lizenzbüro befindet sich in Helsinki, Fabiansg. 23.

Der Verbrauch von Erdöl und Erdölprodukten

ist durch Reglementierung des Verkaufs durch die finnische Regierung stark eingeschränkt worden. Die Besitzer von Lastkraft- und Personenwagen, Autobussen und Motorrädern müssen wöchentlich Lizenzen zum Ankauf von flüssigem Brennstoff erwerben, die je nach Stärke der Motoren in Höhe von 20—200 l je Woche gewährt werden. Fremde Staatsangehörige dürfen ihre Kraftfahrzeuge wie bisher benutzen. Die Flugzeuge werden mit Brennstoff versorgt und der Flugverkehr aufrecht erhalten. Auch der Bedarf der Industrierwerke an Treibstoff wird berücksichtigt. Nur die Behörden, Gemeinden und Schutzkorpsorganisationen sind zu freiem Brennstoffverkauf berechtigt.

Sichtvermerke und Hafengebühren.

Ab 6. September 1939 hat Finnland die Sichtvermerke für Pässe ausländischer Reisender wieder eingeführt, wobei jedoch Staatsangehörige Estlands und der skandinavischen Staaten ausgenommen sind. Die Ein- und Ausreise von Ausländern darf nur über Helsinki, Abo, Torneå, Rajajoki und Lin-

hammar, für Reisende aus den skandinavischen Staaten auch noch über Vasa und Mariehamm erfolgen.

Der finnländische Staatshaushalts-Voranschlag für 1940

ist, nach Erklärung des Finanzministers, infolge der Kriegslage nicht mehr durchführbar, da verschiedene in Aussicht genommene Einnahmen fortfallen dürften. Andererseits seien die jetzt notwendig gewordenen Rüstungen so bedeutend, daß sie das Dreifache der ursprünglich vorgesehenen Ausgaben betragen würden. Was die Olympischen Spiele betreffe, dürften die dafür in Aussicht genommenen zusätzlichen Ausgaben fortfallen.

Die Benzinzufuhr aus Estland

bleibt auch weiterhin gesichert, obwohl Estland zur Zeit in allen Ostseestaaten reichlichen Absatz für diesen Betriebsstoff findet. Ein großer Teil von Exportbenzin ist für Finnland bereitgestellt.

Die von der ETEC festgesetzten Kontingente

sind für das Jahr 1939 von 290 320 Stds. auf 3 193 520 Stds. heraufgesetzt worden. Auf die einzelnen Länder entfallen infolge dieser Ausfuhrregelung also für Finnland 884 400 Stds., UdSSR 836 000 Stds., Lettland 111 760 Stds., Rumänien 216 480 Stds., Schweden 721 600 Stds.

Die drei größten Passagierdampfer

der Finnischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, „Ariadne“, „Ilmatar“ und „Aallotar“ sind aus Mangel an Fahrgästen aus dem Verkehr gezogen worden. Finnland beabsichtigt, den Frachtdampferverkehr auf folgenden Linien fortzusetzen: nach Lübeck, Stettin, Kopenhagen und den Häfen von Belgien und Holland.

Die Verwendung von Holzkohlengeneratoren bei Kraftfahrzeugen

erscheint geboten, um den Benzinverbrauch einzuschränken. Ein Sonderausschuß ist geschaffen worden, um die Einführung derartiger Generatoren in möglichst weitem Umfange durchzuführen, da sie sich bei Autobussen seit mehreren Jahren bewährt haben.

Sulfitspirituswerke

sollen in Raumo, Valkeakoski und Kajana errichtet werden und zusammen eine Produktion von 6,7 Mill. kg Sulfitspiritus erreichen.

Zur Aufrechterhaltung des Schiffsverkehrs

wurde auf einer Versammlung der Vertreter von 20 Reedereien beschlossen, den Wert der Fahrzeuge statt wie bisher mit 85 %, mit 100 % zu versichern.

Die Entlassung von 12 000 Angestellten

des Gaststättengewerbes zum 15. Oktober ist am 29. September von den Hotel- und Restaurationsbesitzern beschlossen worden. Diese Maßnahme hat ihre Ursache in dem starken Rückgang des Alkoholkonsums, der auf die Verteuerung durch die hohen Steuern zurückzuführen ist.

Ferner Osten:

Staatliche Kontrolle des Sojahandels in Mandschukuo.

Nach einer Verordnung der mandschurischen Regierung werden mit dem 1. November d. J. zwei neue Gesellschaften gegründet, deren Aufgabe es sein wird, den gesamten Sojabohnenhandel und den seiner Produkte zu kontrollieren, bzw. zu übernehmen.

Die Sojabohnenkontrollgesellschaft wird von der mandschurischen Regierung mit einem Kapital von 30 Mill. Yen ins Leben gerufen. Das Kapital wird ausschließlich von der Regierung aufgebracht. Die neue Gesellschaft soll den gesamten An- und Verkauf von Sojabohnen übernehmen. Die Tätigkeit der bisherigen Händler soll zugelassen bleiben. Die An- und Verkaufspreise für Sojabohnen werden von dem neuen Unternehmen allein festgesetzt, wobei der Weltmarktpreis besonders berücksichtigt werden soll. Eine ähnliche Kontrolle ist auch für Sojakuchen und Sojaöl vorgesehen.

In Verbindung mit der vorgenannten Gründung ist eine weitere neue Gesellschaft gegründet, die den Namen „Chemische Sojabohnen-Industrie Gesellschaft“ erhalten hat. Sie soll der Kern einer zu schaffenden mandschurischen chemischen Sojaindustrie werden, während die bisherige Oelmühlenindustrie mechanische und oft noch recht primitive Methoden anwandte. Um eine bessere Ausnutzung der Sojabohnen im Lande selbst zu erreichen, plant die Regierung die Kontrolle der gesamten Sojaölmühlenindustrie. Auch hierfür soll eine Art Dachorganisation geschaffen werden.

Amtliche Regelung des Großhandels in Mandschukuo.

Die mandschurische Regierung hat beschlossen, eine besondere Gesellschaft ins Leben zu rufen, deren Aufgabe es sein soll, das ganze Land mit Bedarfsgütern zu versorgen. Das Kapital wird 10 Mill. Yen betragen und noch in diesem Jahre soll sie ihre Tätigkeit aufnehmen. Durch diese Gesellschaft, die in engster Verbindung mit der zentralen japanischen Exportgesellschaft arbeiten soll, hofft man, daß die Einfuhr nach Mandschukuo vereinfacht und auch verbilligt wird. Die Gesellschaft wird im ganzen Land Agenten unterhalten, die den Absatz in den einzelnen Gebieten regeln. Bei der Größe des Landes bestehen in den einzelnen Gebieten je nach ihrer Verkehrsnähe für ein und dieselbe Ware oft sehr beträchtliche Preisunterschiede, die noch durch Spekulationen zu ungesunden Verhältnissen führen. Diesem Uebelstand soll durch die neue Gesellschaft dadurch abgeholfen werden, daß man feste Preise festzusetzen beabsichtigt, die im ganzen Land gelten sollen. Da durch die Schaffung dieser Gesellschaft ihr gewissermaßen das Binnenhandelsmonopol gegeben ist, fehlt es nicht an Opposition. Verschiedene Großhandelsfirmen haben gegen die beabsichtigte Gründung Protest erhoben.

Das Kapital der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft

soll nach einer Mitteilung der Gesellschaft von 800 Mill. auf 1,6 Milliarden verdoppelt werden. Zweck dieser Kapitalerhöhung ist die Finanzierung der für die Jahre 1941/46 vorgesehenen Eisenbahnbauten, die in Uebereinstimmung mit dem Plan der Industrialisierung Mandschukuos geschaffen werden sollen. Ueber die Aufbringung des Kapitals heißt es, daß die mandschurische Regierung einen Teil desselben übernehmen werde. Verhandlungen über diese Frage in Japan sind noch nicht abgeschlossen.

Osteuropäische Messen und Ausstellungen.

Lettland:

Schiffahrts-Ausstellung.

Das lettische Seedepartement veranstaltet eine Schiffahrts-Ausstellung, auf der die Leistungen der lettischen Seefahrt dargestellt werden. In diesem Zusammenhang ist auf das Sonderheft des Organs des lettischen Finanzministeriums „Ökonomist“ (Der Volkswirt) zu verweisen, das interessante Angaben über Lettlands Häfen und Schiffsverkehr enthält. Die Ausstellung wurde am 16. September eröffnet.

Osteuropäische Märkte und Preise.

Litauen.

(Kurs am 25. Oktober 1939: 100 Lit = 41,70 RM.)

Nach der neuesten Veröffentlichung von Statistikos Bjuletenis, Kaunas.

Getreide, Gemüse, Samen und Futtermittel (je Ztr. in Lit): Roggen 8,00; Weizen 11,00; Hafer 9,50; Gerste 9,00; Erbsen 15,00; Kartoffeln 4,00; Rotklee 70,00; Weißklee 200,00; Leinsamen 17,00; Heu 5,00; (je kg): Roggenmehl 0,25; Weizenmehl 0,60; Zwiebeln 0,60.

Vieh und Geflügel (je Stück in Lit): Arbeitspferde 450, Milchkühe 250; Schafe 25; Truthähne 8; Gänse 7; Enten 4; Hühner 4; Fleisch und Fische (je kg in Lit): Rindfleisch 1,10; Schweinefleisch 1,80; Hammelfleisch 1,10; Rauchwurst 3,00; Hechte 2,00; Heringe 1,30.

Eier und Milchprodukte: Eier 1. Sorte zehn Stück 0,95; Vollmilch 1 Liter 0,20; Sahne 1 Liter 1,50; Tilsiter Käse 1 kg 2,50; Molkereibutter 1 kg 3,60.

Kolonialwaren (je kg in Lit): Salz 0,17; Würfelzucker 1,50; Bienenhonig 3,00; einfache Waschseife 1,80; Petroleum 1 Liter 0,40; Kakao 100 g 0,80.

Webwaren und Kleider (je m in Lit): Hausmachertuch 18,00; Fabrikleinen 2,30; Hausleinen 2,00; Männeranzug 100; Frauenkleid 12,00.

Baumaterialien: Ziegel 1000 Stück 100; Portlandzement 1 Ztr. 5,50; Tannenbretter 2,54 cm 1 cbm 100; Fichtenbretter 2,54 cm 1 cbm 120.

Brennmaterialien: Benzin 1 l 0,80; Birkenholz 1 fm 17; Handtorf 1 t 25; Kohlen 1 dz 10.

Lettland.

(Kurs am 23. Oktober 1939: 100 Lat = 48,75 RM.)

Nach den Veröffentlichungen der Rigaer Börsenmakler.

Nahrungs- und Genußmittel (100 kg): Hafer 16,50 bis 17,25, Futtergerste 17,00 bis 18,50, Roggen (freier Handel) 18,00 bis 18,50, desgleichen 16,50 bis 19,00 (Staatshandel), Weizen (freier Handel) 24,50 bis 25,00, desgleichen 28,50 bis 32,00 (Staatshandel), Reis, Burma Rangoon 92,00 bis 102,00, Roggenmehl, grob, mit Säcken 19,00, Weizenmehl, gebeuteltes, mit Säcken 40,00 bis 55,00, Speck aller Art 160,00, Schinken aller Art 180,00, Feinzucker 66,50, Salz (Koch- und Stein-) 6,75, Tee (1 kg) 15,00 bis 18,50, Kaffee (100 kg) 300,00 bis 450,00.

Metalle (1000 kg): Gußeisen in Masseln 157,00, Sorteneisen 300,00, Kesselbleche 2—6 mm dick 346,50 bis 391,50, Blech verzinkt 1,5 mm 507,00 bis 562,00, 0,5 mm 570,00, Federstahl (100 kg): 39,50 bis 41,50, Kupferbleche 225,00, Weichblei in Masseln (1000 kg) 571,00, Zink (100 kg) 66,00, Zinn 660,00, Nägel 3" (je Kiste = 15,97 kg) 5,72 bis 5,82.

Minerale und Minerallerzeugnisse: Zement in Papiersäcken (je Faß) 8,00, gelöschter Kalk (100 kg) 2,50, Ziegel (1000 Stück) 42,00, Gips, ungebrannt in Stücken (100 kg) 0,65 bis 0,75, gebrannt 1,50 bis 1,90, Asphalt (Bitumen) 22,00, Fensterglas, 2 mm dick (je m²) 2,00 bis 3,00, 3 mm dick 4,30 bis 9,00.

Estland.

(Kurs am 3. Oktober 1939: 100 Ekr. = 62,50 RM.)

Revaler Marktpreise vom 3. Oktober 1939.

Fleisch (Ekr. je kg im Großhandel): größere Bullen 0,42 bis 0,49; kleinere Bullen 0,38 bis 0,45, Kühe und Rinder, gemästet 0,50 bis 0,55, Sterken, gemästet, 0,50 bis 0,55, Kälber, gemästet, 0,65 bis 0,75, Schafe 0,34 bis 0,50, Schweine, Bacongewicht und Jungschweine, 0,94 bis 0,97, Fettschweine 0,88 bis 0,93, Fleischschweine 0,86 bis 0,90.

Felle und Häute: Rinderhäute, frisch, I. Sorte 0,73, II. Sorte 0,65, gesalzen I. Sorte 0,85, II. Sorte 0,77, Kalbfelle, trocken, I. Sorte bis 3,5 kg 4,00 Ekr. je Stück, Schaffelle (je Stück) I. Sorte 3,85, Pferdehäute, frisch, I. Sorte über 20 kg 10,00 je Stück, leichtere 6,50 je Stück, gesalzen über 17 kg 10,00 je Stück.

Milch: I. Sorte für den Verbrauch 0,13 je l, für industrielle Verwertung 0,12 je l.

Eier: 1,06 je kg beim Export, Inlandpreis 0,85 je kg.

Butter: Meiereibutter 2,05 bis 2,10, Landbutter 1,85 bis 2,00 je kg.

Flachs: R 1,28, HD 1,19, D 1,10, OD 1,01, LOD 0,92, H 0,83 je kg.

Kartoffeln: Speisekartoffeln 2,40 bis 2,70 je dz, Saatkartoffeln Majestät 4,20 bis 4,40 in Ekr. je dz, estnische gelbe 4,20 bis 4,40 Ekr. je dz, frühe gelbe 4,30 bis 4,70 Ekr. je dz, Bintje 4,30 bis 4,70 Ekr. je dz, Herzog von York 5,70 Ekr. je dz, Industriekartoffeln für Kartoffelmehlfabriken 0,12 bis 0,13 je Stärke-kg, in den Spiritusfabriken 0,13 bis 0,14 je Stärke-kg.

Fische: Lachs 1,50 bis 3,00, Zander I. Sorte 1,00 bis 1,20, Aal 1,50 bis 2,00, Hecht 0,40 bis 0,70.

Finnland.

(Kurs am 21. Oktober 1939: 100 Fmk. = 5,05 RM.)

Marktpreise in Helsinki am 21. Oktober 1939:

Roggenmehl 3,50 je kg, Malz 6,00 je kg, grüne Erbsen 3,00 je l, Kartoffeln 4,00 je 5 l, Vollmilch 1,90 je l, Sahne 14,00 je l, Fett 16,00 je kg, Margarine 14,00

bis 16,00 je kg, Meiereibutter 29,00 bis 31,00 je kg, Landbutter 28,00 bis 30,00 je kg, Eier 26,00 bis 30,00 je Dutzend, frisches Rindfleisch 8,00 bis 15,00 je kg, Schafffleisch 12,00 bis 17,00 je kg, geräuchert 12,00 bis 22,00 je kg, frischer Speck 14,00 bis 19,00 je kg, geräuchert 18,00 bis 32,00 je kg, Kalbfleisch 9,00 bis 18,00 je kg, Huhn 10,00 bis 15,00 je Stück, Ladoga-Lachs frisch 30,00 bis 40,00 je kg, Hecht 13,00 bis 14,00 je kg, Bresse 10,00 bis 12,00 je kg, Renke 10,00 bis 12,00 je kg, gesalzen 20,00 je kg, Strömlinge, frisch 2,00 bis 4,00 je kg.

Aus den osteuropäischen Fachzeitschriften.

Alle Artikel, über die in dieser Spalte berichtet wird, liegen beim Wirtschaftsinstitut für die Oststaaten, Königsberg (Pr), im Wortlaut vor.
Interessenten erhalten auf Wunsch Auszüge oder vollständige Uebersetzungen.

Sowjetunion.

Maschinenbau.

Gasgeneratorenanlagen mit Torfbetrieb, „Sa torfjanuju industriju“ (Für die Torfindustrie), Nr. 6, Moskau 1939.

Das russische Torfinstitut hat unter Mitwirkung des wissenschaftlichen Automobil- und Schlepperinstitutes eine neue Gasgeneratoranlage für Schlepper in zwei Ausführungen gebaut, die sich durch manche Einzelheiten von einander unterscheiden. Als Brennstoff werden Torfsoden mit einem Zersetzungsgrad von mindestens 20 %, einem Aschegehalt bis zu 13 % und einem Feuchtigkeitsgehalt bis zu 35 % verwendet. Die Leistung des Motors bleibt immer fast dieselbe, auch wenn man statt Torf Holzklötzchen verfeuert. J.

Sowjetrussische elektrische Industrieöfen von M. Barino, „Maschinostrojenije“ (Maschinenbau), Moskau, Nr. 23, 1939.

Die Produktion elektrischer Industrieöfen genügt bei weitem nicht, um den ständig wachsenden Anforderungen der Elektro-Metallurgie und anderer Industriezweige nachzukommen. Von den im Jahre 1937 geforderten 2200 Wärme- und 360 Schmelzöfen sah der Plan nur 632 bzw. 103 Öfen vor, doch wurde auch diese herabgesetzte Menge von den Werken nicht erreicht. Der Bau solcher Öfen ist nicht richtig organisiert und wird nur nebenher betrieben. Das Werk „Uralektromaschina“ baut Elektro-Schmelzöfen in durchaus unzulänglichen Mengen und veralteter Bauart. Nicht viel besser steht es mit den Schweißmaschinenwerken „Elektrik“ und „Metko“, die auch Wärmeöfen, aber veralteter Konstruktion herstellen. Doch selbst diese wenigen können oft nicht in Betrieb genommen werden, da es an den Ausrüstungsgegenständen hierfür, wie Ofentransformatoren, Oel-

schaltern, Pyrometern usw. fehlt. Das Werk „Elektrossila“ hat in den letzten beiden Jahren keinen einzigen Hochfrequenz-Umformer für Induktionsöfen geliefert. H. K.

Der Kraftmaschinenbau im dritten Planjahrünft von G. Pudjakow, „Maschinostrojenije“ (Maschinenbau), Moskau, Nr. 28 vom 4. Februar 1939.

Auf dem 18. Parteikongreß legte Molotow eine Leistungssteigerung der sowjetrussischen Elektrizitätswerke im dritten Planjahrünft auf das 2,1fache, d. h. auf 75 Milliarden kW-St fest. Hierfür sollen kleinere Werke bis 25 000 kW-St Leistung mit Hochdruckkesseln von 29 atm gebaut werden sowie Anzapfturbinen von 6000 und 12 000 kW mit Dampfentnahmen von 35 000 bzw. 75 000 to/St. Die frühere Tendenz, möglichst große Werke zu bauen, wird jetzt als „schädliche Gigantomanie“ bezeichnet. H. K.

Sowjetrussische Baumaschinen von Ing. A. Jakuschew, „Maschinostrojenije“ (Maschinenbau), Moskau, Nr. 25, 1939.

Für den Bau von Fabriken, Elektrizitätswerken und Wohnhäusern sollen im III. Planjahrünft 180 Milliarden Rubel investiert werden. Solch ein gewaltiges Bauprogramm erfordert eine Unmenge von Baustoffen, insbesondere Ziegelsteine, Dachpfannen, Schlackenbetonsteine usw., zu deren Herstellung aber nur unvollkommene und veraltete, meist handbetriebene Geräte zur Verfügung stehen. Für Beton- und Steingut-Röhren gibt es überhaupt keine sowjetrussischen Maschinen. Eine Besserung ist auch im laufenden Jahre nicht zu erwarten, da sich zwei Hauptverwaltungen nicht einig sind, welche von beiden die Herstellung der Baustoffmaschinen übernehmen soll. Für die Zementindustrie werden einige

Maschinen in der UdSSR gebaut, ebenso einige Fördermaschinen für Ziegeleien, jedoch in ganz unzureichenden Mengen. H. K.

Drainmaschinen für Torfmoore, „Satorfjanuju industriju“ (Für die Torfindustrie) Nr. 6, Moskau 1939.

Im vergangenen Jahre ist die erste Maulwurfdrainmaschine konstruiert worden, die aus einer schraubenförmigen Fräse, einem Raupenlaufwerk, einem Verbrennungsmotor und einer Uebertragung besteht. Die Fräse ist zur Hälfte in einem Gehäuse eingeschlossen, das seitlich mit Streichflächen und hinten mit zwei flachen Messern versehen ist. Der Motor hat bei 1050 U/min. eine Leistung von 30 PS. Die Maschine wiegt insgesamt 6,1 t und hat einen spezifischen Bodendruck von 0,15 kg/qcm, der ihre Verwendung auf Torfmooren ohne vorangehende Entwässerung gestattet. Die Prüfung der Maschinen ist im allgemeinen zufriedenstellend verlaufen. J.

Holzverarbeitung.

Plastifiziertes Holz als Metallsatz, „Lessnaja promyslennostj“ (Forstwirtschaft) Nr. 68, Moskau 1939.

Das russische wissenschaftliche Institut der forstchemischen Industrie hat zwei neue Arten von plastifiziertem Holz, nämlich das Lignoston und das Lignofol, erhalten. Die erste wird aus Vollholz (vor allem Birke) hergestellt, die zweite aus Holzspänen, wie sie in der Sperrholzindustrie verwendet werden. Beide können Bronze, Weißmetall und Teztolith mit gutem Erfolge ersetzen, namentlich im Maschinenbau. So haben sich Lagernaben aus Lignoston und Lignofol scheinbar gut bewährt, desgl. Bremsklötze. Ferner hat das Lignoston auch in der Webschiffchen-Produktion eine weitgehende Verwendung gefunden. J.

Möbelindustrie in der UdSSR, „Lessnaja industrija“ (Forstindustrie), Nr. 5, 1939.

Im Laufe des zweiten Jahrfünfts ist die Erzeugung der Möbelfabriken der UdSSR von 33,4 Mill. Rbl. 1933 auf 122,8 Mill. Rbl. 1937 gestiegen. Sie hat sich also fast vervierfacht. In der gleichen Zeit haben die Kapitalinvestierungen in der Möbelindustrie insgesamt 34 Mill. Rbl. erreicht. Zwölf neue Möbelfabriken mit einer Gesamtproduktion von 10,3 Mill. Rbl. sind dabei in Betrieb genommen worden. Trotz dieser Erfolge muß die Gesamtlage dieser Indu-

strie immer noch als unbefriedigend bezeichnet werden. Vor allem ist die Verteilung der einzelnen Möbelfabriken ungünstig. In der Regel werden nämlich nur dort Betriebe eröffnet, wo passende Räume, Maschinen, Arbeitskräfte usw. vorhanden sind, ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Bedarf der betreffenden Gebietsteile an Möbeln. So sind z. B. Moskau, Leningrad, der Nordkaukasus und Westsibirien reichlich versehen, das Nordgebiet, der Ferne Osten usw. dagegen nur sehr spärlich. Die Ausrüstung der Möbelfabriken wird auch ungenügend ausgenutzt, im Durchschnitt etwa nur zu 40—50 %, bestenfalls zu 70 %.

J.

Litauen.

Brennstoffindustrie.

Die Gründung einer Torfbrikettfabrik, von Ing. A. Macijauskas, „Lietuvos Aidas“ (Litauisches Echo) Nr. 418, August 1939.

Der Artikel befaßt sich mit den technischen Voraussetzungen und wissenschaftlichen Untersuchungen über die Baumöglichkeit einer Brikettfabrik. Die Kosten für die Errichtung einer solchen mit einer jährlichen Produktion von 50 000 t würden rd. 2½ Mill. Lit betragen. In Litauen gibt es größere Torfflächen, die die Rentabilität eines solchen Betriebes unbedingt gewährleisten. Jo.

Holzindustrie.

Die Notwendigkeit einer Furnierindustrie, „Lietuvos Aidas“ (Litauisches Echo) Nr. 418, August 1939.

Nach dem Verlust des Memellandes besitzt Litauen nur noch eine kleine Sperrholzfabrik mit 30 Arbeitern in Kaunas, die heute nicht mehr in der Lage ist, die Nachfrage auf dem Binnenmarkt zu decken. Während 1938 noch 5161 t für 3 Mill. Lit ausgeführt wurden, betrug die Ausfuhr im ersten Halbjahr 1939 nur noch 1201 für 0,6 Mill. Lit. Litauische Industrielle beabsichtigen in nächster Zeit den Bau einer größeren Furnierfabrik, die den Binnenmarkt befriedigen soll. Jo.

Wirtschaft.

Die Wirtschaft Litauens im August 1939, Lietuvos Banko Biuletenis, Kaunas, August 1939.

Der Artikel gibt einen guten Ueberblick über die wirtschaftliche Lage des Landes. Die Wirtschaftszweige wie Landwirtschaft, Handel und Industrie, Außenhandel, Banken- und Kreditwesen werden an Hand von statistischem Zah-

lenmaterial eingehend betrachtet. Der Schluß des Berichtes befaßt sich recht ausführlich mit der vielseitigen Tätigkeit der Staatsbank. Jo.

Letland.

Bankwesen.

Die langfristigen Kreditanstalten im Jahre 1938, „Menesa-Biletens“ (Monatsbericht), Riga, Nr. 8, 1938.

Die staatliche statistische Verwaltung veröffentlicht eine Uebersicht über die Tätigkeit der staatlichen Banken für langfristige Kredite in den letzten fünf Jahren. R.

Schiffahrt.

Letlands Schiffahrtswirtschaft, von Prof. Dr. J. Karklins, „*Ekonomist*“ (Der Volkswirt), Riga, Nr. 15, 1939.

Letlands Schiffahrtswirtschaft ist im Zusammenhange mit der politischen Entwicklung Europas für den lettischen Staat von erhöhter Bedeutung. Der größere Teil der seewärtigen Transporte von und nach Lettland wurde mit ausländischen Schiffen gefahren. Infolge der Erschwernisse im Schiffahrtsverkehr ist die Schiffahrt in Lettland zu einer der brennendsten Fragen geworden. R.

Estland.

Industrie.

Die Tätigkeit der Exportindustrie von Dr. A. Rannes, „*Konjunktur*“ (Die Konjunktur), Reval, Nr. 8/9, 1939.

Eine Uebersicht der ersten sieben Monate des Jahres 1939 ergibt, daß mit der Steigerung der industriellen Produktion sich auch die Erzeugung von Exportwaren in einer Reihe von Industriezweigen vergrößert hat. Dem Werte

nach steht jetzt erstmalig das Brennschieferöl an erster Stelle der ausgeführten Industrieerzeugnisse. Ebenso ist auch die Ausfuhr von Sägewaren, Kunsthorn und einer Reihe von Textilwaren gestiegen. Der Exportrückgang in Leder, Alkohol, Zement, Sulphitzellulose u. a. konnte durch die oben erwähnte Steigerung der Ausfuhr gewisser Waren nicht nur aufgewogen werden, auch die Gesamtausfuhr der Industrie ist um 12 % größer geworden. Ueber 80 % des diesjährigen Industrieexports sind aus einheimischen Rohstoffen hergestellt. K. v. F.

Finnland.

Außenhandel.

Der neutrale Handel, „*The Finnish Paper & Timber Journal*“, Helsinki, Nr. 18, 30. September 1939.

Es wird darauf hingewiesen, daß die neutralen Länder anfangs glaubten, den Außenhandel, wenn auch in kleinerem Umfange, ungestört weiterbetreiben zu können. Dies sei eine allzu optimistische Auffassung gewesen, da Englands Liste der Bannwaren sehr dehnbar und Deutschland gewillt sei, die gleichen Maßnahmen wie England zu treffen. Dadurch werde aber auch die Wirtschaft der kriegführenden Staaten geschädigt, und die neutralen Staaten müßten gemeinsam dagegen Einspruch erheben, daß die Kriegführenden ihnen alle erdenklichen Schwierigkeiten bereiten, um sie evtl. zu zwingen, für die eine oder andere Seite Partei zu ergreifen. Das Recht der Neutralen sei in hohem Grade vereinbar mit dem Vorteil der Bevölkerung der kriegführenden Staaten. K. v. F.

Osteuropäische Wirtschaftsliteratur.

Roß, Friedrich: Stadt- und Landbevölkerung in Ostdeutschland, Zentral- und Westpolen, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 1939, 215 S.

Der Verfasser geht bei seiner Schrift von der Gefährdung der Grenzbevölkerung durch den Druck des polnischen Bevölkerungsüberschusses von jährlich rund $\frac{1}{2}$ Million Menschen auf die deutsche Ostgrenze aus und der sich hieraus ergebenden Gefahr einer Unterwanderung. Die Unterbringung des polnischen Bevölkerungsüberschusses bei dem Fehlen von Auswanderungsmöglichkeiten führte zur Frage der Indu-

strialisierung und damit des Verstärkungsprozesses. Der Verfasser untersucht die Stadt- und Landbevölkerung in Deutschland und Polen als die „Repräsentanten zweier Lebensformen in ihrer Beziehung auf den Staat“ unter dem Gesichtspunkt einer volksbewußten Politik. Er geht hierbei auf die Bevölkerungsbewegung, die Lage der städtischen und ländlichen Bevölkerung, sowie die Aussichten für die künftige Entwicklung ein. Während Deutschland bereits eine Auflockerung und Verlangsamung zu verzeichnen hat — wies der polnische Staat eine entgegengesetzte Tendenz auf.

Dieser, wissenschaftlich und methodisch sorgfältig durchgeführten Untersuchung dürfte heute, trotz der veränderten politischen Lage größere politische Bedeutung zukommen, da sie grundsätzliche Fragen der Bevölkerungspolitik im Osten des Deutschen Reiches auf Grund umfassenden Materials behandelt.
Helga Schmucker.

Polen, Geschichte und Wirtschaft. Herausg. vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront, Berlin 1939, 75 S.

Diese vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront herausgebrachte Schrift kommt einem lebhaften Bedürfnis entgegen, indem es auf knappem Raum einen allgemeinen Ueberblick über die geschichtliche Entwicklung des polnischen Staates bringt, sowie gleichzeitig dem Leser einen Querschnitt durch die Grundlagen und den Stand der Wirtschaft Polens vermittelt. Der sachkundigen, gedrängten Zusammenfassung der polnischen Geschichte, die bis zum Jahre 1939 fortgeführt worden ist, ist eine Zeittafel mit den wichtigsten Daten beigelegt. Im zweiten Teil wird das Gebiet, seine Land- und Forstwirtschaft eingehend behandelt. Im Abschnitt über Bergbau und Industrie werden die vorhandenen Rohstoffe und ihre Standortverteilung gekennzeichnet, ferner die industrielle Erzeugung der wichtigsten Industriezweige behandelt. Auch die Außenhandelsverflechtung und ihre Strukturwandlung wird an Hand statistischer Angaben dargelegt. Im Anhang sind Tabellen, größtenteils gegliedert nach Wojewodschaften, angefügt.

Diese Schrift verdient in ihrer Beschränkung auf das Wesentlichste und die sachkundige und übersichtliche Verarbeitung und Wiedergabe des statistischen Materials für Zwecke einer raschen Unterrichtung besondere Beachtung.
Helga Schmucker.

Gehrmann, Karlheinz: Die baltischen Staaten, eine Brücke zwischen Ost und West, Verlagsanstalt

Otto Stollberg, Berlin 1939, 96 S., Preis geb. RM 1,80.

Das Büchlein bringt, in allgeringster Form, die Geschichte des baltischen Landes bis zur jüngsten Gegenwart. Sein Zweck ist, einen unvoreingenommenen Ueberblick über dieses stark in den Vordergrund des europäischen Interesses gerückten, schicksalsschweren Raum zu geben. Daher will es, neben voller Würdigung der 750jährigen deutschen Leistungen auf allen Gebieten, auch dem zur Eigenstaatlichkeit gelangten estnischen und lettischen Volke gerecht werden.

W. Freiherr von Ungern-Sternberg.

Stach, Jakob: Das Deutschtum in Sibirien, Mittelasien und im Fernen Osten, von seinen Anfängen bis in die Gegenwart, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 1938, 294 S.

Das Buch bringt zum ersten Male die Geschichte der über 100 000 in den unendlichen Weiten Sibiriens, Mittelasiens und des Fernen Ostens verstreuten deutschen Siedler. Es zeigt, wie diese, meist aus den deutschen Kolonien des europäischen Rußland kommenden Pioniere den Kampf mit der Wildnis aufnehmen und die von ihnen auf fruchtbaren Böden gegründeten Dörfer bald in blühende Kulturländer verwandelten. Dann wird die Wirtschaft und ihr Einfluß auf das Sibirierdeutschtum, vom Ende des vorigen Jahrhunderts bis zum Weltkriege, behandelt und in diesem Zusammenhang auch die großzügige Stolypinsche Agrarreform gewürdigt. Der letzte Abschnitt beschäftigt sich mit dem deutschen Schicksal in jenen fernen Ländern, seit der bolschewistischen Revolution bis zur Gegenwart.

Es ist eine Arbeit, die sich auf mit viel Mühe zusammengetragenes, umfangreiches Quellenmaterial stützt und dem inmitten einer völlig fremden Umwelt nur seiner überragenden Tüchtigkeit vertrauenden deutschen Bauern ein glänzendes Zeugnis ausstellt.

W. Freiherr von Ungern-Sternberg.

Diesem Heft unserer Zeitschrift ist ein Prospekt des Verlages **W. Kohlhammer, Stuttgart** beigegeben, den wir zur Beachtung empfehlen.

Verantwortlich für den Textteil: Dr. Helga Schmucker-Boustedt, für den Anzeigenteil: Erich Werner, beide in Königsberg (Pr.) / Verlag: Ost-Europa-Verlag, G. m. b. H., Königsberg (Pr.), Adolf-Hitler-Straße 6/8. Fernsprecher Sammel-Nr. 344 22. — Pl. 2.
Druck: Königsberger Verlagsanstalt GmbH., Königsberg (Pr.) / Printed in Germany.

Rußland und Polen

sind neue wirtschaftliche Absatzgebiete — die Kenntnis ihrer Sprachen ist daher unerlässlich!

Praktische Einführung ins Russische (Lesen, Schreiben, Sprechen). Von A. Cosack und Dr. E. Walter. 4. Aufl. (mit der amtl. russ. Rechtschreibung). 236 S., geb. RM. 5.40, Schlüssel 48 S. RM. 1.50

Das praktische Leben, Deutsch-russisches Gesprächsbuch nach d. Methode Alvincy. 227 S. (In amtl. russ. Rechtschreibung), geb. RM. 2.85

Deutsch-Polnische Phraseologie. Schwierigere polnische Redewendungen in systematischer Ordnung. Ein Hilfsbuch für den freien und richtigen Gebrauch der polnischen Sprache von H. Braun. 409 S., geb. RM. 9.50

Wörterbuch der polnischen und deutschen Sprache, von O. Callier. Neue Ausgabe mit Nachträgen. 511 + 15 S. 1482 + 12 S. Geb. je Teil RM. 2.70, in 1 Band geb. RM. 4.50

Das praktische Leben. Deutsch-polnisches Gesprächsbuch nach der Methode Alvincy. 224 S., geb. RM. 2.85

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

Verlag Otto Holtzes Nachf.
Leipzig C 1

Grundsätze für den Marktausgleich in der Volkswirtschaft

Denkschrift des Ausschusses für Rechtsfragen des Wirtschaftsaufbaues der Akademie für Deutsches Recht

Vorgelegt von seinem Vorsitzenden
Dr. Otto Mönchmeier, Berlin

1939. IV und 54 S. 8°. Brosch RM 2.50.
(Arbeitsberichte der Akademie für Deutsches Recht, Nr. 10.)

Die Methoden zur Erzielung eines wirtschaftlich gefunden Ausgleiches der Kräfte auf den Märkten sind noch in der Entwicklung begriffen. Der Akademie-Ausschuß hat hier eine Reihe von Grundsätzen zusammengestellt, deren Verwirklichung eine Verbesserung der Wirtschaftsordnung und damit eine Steigerung der Leistungen der Volkswirtschaft ergeben würde, insbesondere in der Richtung einer Vereinfachung und Lockerung der bestehenden Bindungen bei zielkrarer Führung im Dienste des Volkswohls.

Die Zukunft Des Kaufmannsbegriffs in Der Deutschen Rechtsordnung

Von Dr. Hermann Schulze von Lasantz,
Ordentlicher Professor der Rechte und
Oberlandesgerichtsrat in Jena,
1939. 72 Seiten, 8° Broschert RM 3.20.
(Schriften der Akademie für Deutsches
Recht, Gruppe Handels- und Wirtschaftsrecht, Nr. 2.)

W. Kohlhammer Verlag - Stuttgart und Berlin

Baltendeutsche Kulturarbeit!

Kirche und nationale Frage in Livland während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Der Pastor und Generalsuperintendent Ferdinand Walter und seine Zeit.
Von Dr. Heinrich Thimme. Gr. 8°, IV und 144 Seiten. Kartoniert 5,80 RM.

Die lettisch-literarische Gesellschaft und das Lettentum

Von Dr. Jürgen von Hehn. Gr. 8°, VIII und 160 Seiten. Kartoniert 6,20 RM.

Volkstum und ständische Ordnung in Livland

Die Tätigkeit des Generalsuperintendenten Sonntag zur Zeit der ersten Bauernreformen.

Von Dr. Konrad Hoffman. Gr. 8°, IV und 156 Seiten. Kartoniert 5,80 RM.

Durch seine Arbeit in Kirche und Schule, den Ausbau eines geregelten Unterrichtswesens, Bewahrung alten wertvollen Volksgutes, Verbreitung guten Schrifttums hat das **baltische Deutschtum** ohne jede germanisatorische Absicht der **nationalen Entwicklung** des estnischen und lettischen Volkes gedient. Es ist die Aufgabe der Bücher, diese **kulturellen Leistungen des baltischen Deutschtums** der Gegenwart bewahrt zu machen.

Verzeichnisse über osteuropäische Literatur unberechnet!

Ost-Europa-Verlag, Königsberg (Pr) u. Berlin W 35

Königsbergs

Handels- u. Industriehafen

ist der

Zwischenhandelsplatz

Mittel- und Westeuropas

im Verkehr mit den Oststaaten

Niedrige Hafenabgaben

Günstige und preiswerte Bedingungen
für Umschlag und Lagerung aller Güter

Allen Anforderungen fortgeschrittener Technik
entsprechende Umschlagsanlagen

Lagerhäuser, auch heizbare Räume

Silospeicher mit den neuesten Bearbeitungs-
maschinen, insbesondere auch Reinigungs-
maschinen für Rundgetreide

Regelmäßige Verbindung nach allen Hafens-
plätzen der Ostsee, Nordsee und des Kanals

Auskunft erteilt die

Königsberger Hafengesellschaft

m. b. H.